

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 3. Februar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Menschenopfer.

Die den Interessen der Unternehmer dienende Presse schämt sich über die an der Hand der amtlichen Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaft von und gegebene Darstellung der ungeheuren Opfer auf, die auf dem Schlachtfeld der Arbeit in dem einen Jahr 1904 geblieben oder schwer verwundet sind. Mit ihrer ihr und das Schuldgefühl des Unternehmertums besonders kennzeichnenden Unzucht der Sprache überhäuft die gemeinerische Presse die sozialdemokratische Presse mit Vorwürfen. Die „Magdeburger Zeitung“, ihr nach die „Kreuz-Zeitung“, „Tägliche Rundschau“ usw. heulmeieren u. a. wie folgt:

„Gerade die Partei des „Vorwärts“ ist es gewesen, die in der Welt, wie sie anfänglich der Gewerbe-Aufsicht entgegengetreten ist, aber auch durch ihre Kritik an der sozialpolitischen Gesetzgebung sich mehr als ein Hemmnis, denn als ein Förderer einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung erwiesen hat. Jahraus, jahrein werden auf dem Verwaltungsweg auf Bundesratsbeschlüsse neue Schutzvorkehrungen getroffen und Maßnahmen im Interesse der Gesundheit der Arbeiter angeordnet. Da Sorglosigkeit, Fahrlässigkeit und Leichtsinn einen einen Teil der Unfälle herbeiführt, hat immer mehr Bedacht darauf genommen werden müssen, mechanisch wirkende Schutzvorkehrungen zu treffen. Und wer nur einmal die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in Charlottenburg besucht hat, der weiß, wie staunenswerte und sinnreiche Erfindungen gerade nach dieser Richtung hin gemacht worden sind, und wie keine Opfer von der Industrie gespart sind, um Leben und Gesundheit der Arbeiter sicherzustellen. Trotzdem kommt das sozialdemokratische Zentralorgan auch heute wieder mit neuen Anklagen. Es behauptet, die herrschende Klasse, die so gern vom Segen der Sozialgesetzgebung spreche, vermeide alles, was eine Herabsetzung der Unfälle zur Folge haben könnte. Ja, die Unfallgesetzgebung selbst wies durch ihren gegen die Rechte der Arbeiter auf vollen Schadenersatz gerichteten ausnahmsrechtlichen Charakter auf Vermehrung der Unfälle fördernd ein. Denn sie nehme dem Arbeiter das Recht, vollen Schadenersatz zu verlangen und befreie den Unternehmer von seiner Haftung auch für fahrlässig herbeigeführte Unfälle. Das Unternehmertum erziele damit einen Gewinn, den das sozialdemokratische Zentralorgan auf 30 Millionen schätzen zu können glaubt. Es gehört die ganze Verlogenheit und Gewissenlosigkeit der sozialdemokratischen Presse dazu, um eine derartige Verleumdung auszusprechen angelichts der Unsummen, die alljährlich in den Industriebetrieben zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter ausgegeben werden, und angesichts der Millionen, die aus den Versicherungskassen an die geschädigten oder invalid gewordenen Arbeiter fließen! Aber die sozialdemokratische Partei, die noch jedes Arbeitergesetz und Wohlfahrtsgesetz abgelehnt hat, angeblich, weil sie nicht unzulänglichen Gesetzen zustimmen könne, ist nicht in der Lage, auf derartige Kampfmittel zu verzichten, wenn sie nicht ihren Einhang verlieren will.“

Es gehört in der Tat ein außerordentlicher Tiefstand dazu, über die Armut von Verlusten, die alljährlich der Profitgewinn der Unternehmer an Arbeiterleben und Arbeitergesundheit erfordert, in dieser zynischen Weise sich auszulassen. Welche Schamlosigkeit gehört dazu, gegenüber den feststehenden, von und angeführten amtlichen Tatsachen der Sorglosigkeit, der Fahrlässigkeit und dem Leichtsinn der Arbeiter die Hauptschuld an den Unfällen zuzuschreiben und zu leugnen, daß das Unternehmertum durch die ausnahmsrechtliche Stellung, in die der im Betriebe verletzte Arbeiter durch das Gesetz gelangt ist, jahraus, jahrein Millionen gewinnt, ja gar von „Ansummen“ zu sprechen, die alljährlich in den Industriebetrieben zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter ausgegeben werden!

Wie steht es mit der Prämie, die dem Unternehmertum infolge der Unfallgesetzgebung in den Schoß fällt und die um so höher ist, je mehr die Zahl der Unfälle wächst? Gerade die Betrachtung der Rechnungsergebnisse zeigt, daß die Unfallversicherungsgesetzgebung keineswegs eine Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle, sondern eine Versicherung der Arbeitgeber gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle ist. Der Schadenersatz, den der unfallverletzte Arbeiter erhält, besteht nicht, wie bei dem Schadenersatz für jeden anderen Bürger, im Erlaß des Verlustes und des infolge des Unfalles entzogenen Gewinns, der nach dem gewöhnlichen Laufe der Dinge oder nach den besonderen Umständen mit Wahrscheinlichkeit erwartet werden kann. Der Arbeiter-Schadenersatz besteht vielmehr — abgesehen von den leider so seltenen Fällen der Jubilierung einer Pensionsrente — nach dem Gesetz höchstens in zwei Dritteln, und nach der Rechtsprechung in einem noch kleineren Bruchteil des wirklichen Schadens. Es verdient mithin das Unternehmertum — und das mag sich die „Kreuz-Zeitung“, deren Zynismus bei der Bewertung von Arbeiterleben und Arbeitergesundheit freilich begreiflich ist und derselben Weltanschauung entspricht, der das ungeheure Wachstum der Unfälle in landwirtschaftlichen Betrieben zuzuschreiben ist, hinter die Ohren schreiben — das Drittel, das nach dem Gesetz dem Arbeiter, weil er im Betriebe und nicht außerhalb desselben verletzt ist, entzogen wird. Dies Drittel stellt sich als die Hälfte der den verletzten Arbeitern in einem Jahre gezahlten Entschädigung dar. Im Jahre 1904 wurden an Entschädigungsbeiträgen insgesamt nach der amtlichen Nachweisung gezahlt: 124 877 880 Mark. Mithin verdient das Unternehmertum hierdurch die Hälfte, das macht 62 438 940 Mark für das eine Jahr 1904.

Aber dieser Geldvorteil stellt noch lange nicht den gesamten Geldvorteil dar, den die Unfallversicherungsgesetzgebung dem Unter-

nehmertum in den Schoß wirft. Es hat bekanntlich nach dem Unfallversicherungsgesetz das Unternehmertum erst vom Ablauf der dreizehnten Woche nach dem erlittenen Unfall ab zu zahlen. Diese für 13 Wochen lang gesparte Entschädigung muß zugerechnet werden. Rechnen wir 20 M. wöchentlich, also 260 M. für 13 Wochen als durchschnittliche Entschädigung eines Verletzten, so greifen wir sicherlich nicht zu hoch. 128 921 Schwerverletzte, denen für die ersten 91 Tage nichts gezahlt wurde, bringen also dem Unternehmertum einen fernerer Vorteil von 33 591 460 M. Hierbei haben wir nicht die Zahl aller, sondern lediglich die Zahl derer in Anschlag gebracht, für die im Jahre 1904 zum erstenmal Entschädigung gezahlt wurde.

Der dritte Vorteil, der dem Unternehmertum aus der ausnahmsrechtlichen Natur des Unfallversicherungsgesetzes im Gegensatz zu dem Schadenersatzrecht des bürgerlichen Gesetzbuches zufällt, besteht in dem, was an den Witwenrenten gespart wird. Auch das tieftraurige Unglück der Witwen und Waisen fällt den Vorteil des Unternehmertums. Es erhält nämlich die Witwe des verunglückten Arbeiters nur 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes, im günstigsten Falle also nur ein Fünftel des Schadens ersetzt. Im Jahre 1904 (in dem erstmalig an 6151 Witwen Entschädigungen gezahlt wurden) wurde insgesamt an 65 307 Witwen Unfallentschädigung gezahlt. Die Gesamtsumme der im Jahre 1904 gezahlten Witwengelder beträgt 9 535 211 M. Mithin beträgt der Gewinn des Unternehmertums bei diesem Posten 38 140 844 M.

Bei dieser Rechnung haben wir z. B. noch außer Anschlag gelassen: die $\frac{1}{2}$, die das Unternehmertum an den Kinderrenten spart. Ferner haben wir nicht in Anschlag gebracht, daß den Kindern der Arbeiter nicht wie nach dem bürgerlichen Gesetz bis zum oder über das 21. Jahr hinaus Unfallrente gezahlt wird, sondern nur bis zum vollendeten 15. Jahre. Nicht berechnet haben wir ferner der einfachen Ueberlässigkeit halber den Vorteil, den das Unternehmertum dadurch hat, daß der in einem Krankenhaus untergebrachte Verletzte überhaupt keine Rente erhält, und daß die während dieser Zeit an seine Familie gezahlte Rente nur $\frac{1}{2}$ — $\frac{2}{3}$ des wirklichen Schadens nach dem Gesetz beträgt. Während wir diese Faktoren noch hinzurechnen, so würden wir eine 50 Millionen bei weitem übersteigende Summe noch hinzuzurechnen haben.

Aus vorstehendem geht hervor, daß infolge der gesetzlichen Herabsetzung des Schadenersatzes für verunglückte Arbeiter dem Unternehmertum als Vorteil zum mindesten für das Jahr 1904 erwuchs: 62 438 940 + 33 591 460 + 38 140 844 = 134 171 244 M.

Es läßt sich dieser Berechnung gegenüber einwenden, es seien ja in oben wiedergegebenen Berechnungen alle Unfälle, nicht lediglich diejenigen enthalten, die auf ein Verschulden des Unternehmers zurückzuführen sind. Verschuldungen wie diesen Einwand. Auf ein Verschulden des Unternehmers sind nach der Statistik für das Jahr 1907 selbst nach der Annahme der Berufsgenossenschaft 16,81 Proz. zurückzuführen. Wer aber nicht nach der Aufstellung der Berufsgenossenschaft und der ihr folgenden des Reichsversicherungsamtes die Versicherungsstatistik von 1907 betrachtet, rechnet dem Unternehmertum zum mindesten noch zur Last: die Unfälle, als deren Ursache „ungeeignete Kleidung“ angegeben ist, das sind 0,49 Proz. aller Unfälle, ferner die, als „Schuld des Arbeitgebers und Arbeitnehmers“ bezeichnet sind, das sind 4,06 Proz. aller Unfälle, und endlich 10 Proz. der Unfälle, die auf „Unachtsamkeit und Ungeklärtheit der Arbeiter“ beruhen sollen; insgesamt betragen diese nach der Statistik 20,36 Proz. aller Unfälle. 10 Proz. rechnen wir ohne Anschlag auf Konto der Unternehmer. Bei dieser der früheren Rechtsprechung des Reichsgesetzes entsprechenden Klassifizierung der Unfallursachen kommen auf Verschulden des Arbeitgebers mindestens 31,06 Proz. aller Unfälle. Führen wir nur 25 Proz. aller Unfälle auf Fahrlässigkeit oder Vorsätzlichkeit der Arbeitgeber zurück, so kommt als der mindeste Vorteil, den das Unternehmertum infolge des Unfallversicherungsgesetzes hat, die Summe von 33 514 748 M. heraus. Selbst wenn wir nur 16,81 Proz., den Angaben der Berufsgenossenschaft folgend, als durch Unternehmer fahrlässig oder vorsätzlich verschuldete Unfälle erachten, so läme ein jährlicher Gewinn von 22 $\frac{1}{2}$ Millionen für das Unternehmertum heraus. In der oben wiedergegebenen Betrachtung dessen, was das Unternehmertum in den ersten 13 Wochen spart, hatten wir nur die Zahl der erstmalig im Jahre 1904 entschädigten angegeben. Insgesamt sind für das Jahr 1904 533 965 Unfälle angemeldet, von diesen insgesamt angemeldeten Unfällen belasten also über 76 Proz. im wesentlichen die Krankenkassen und nicht die Unternehmer. Wir hatten also in unserem Artikel, der dem Scharfmachertum so wenig gefällt, bei der ungefähren Schätzung von 30 Millionen Gewinn nicht zu hoch, sondern viel zu niedrig gegriffen. Das zeigt auch eine Einsehung des an den Kinder- und Enkelrenten für das Unternehmertum ersparten. An Kinder und Enkel (insgesamt 97 145 Personen) sind im Jahre 1904 insgesamt 11 658 747 M. gezahlt. Der dem Unternehmertum zufallende Gewinn beträgt also 47 354 989 M. oder, wenn man 25 Proz. auf Schuld des Unternehmers rechnet und allein die dann entfallende Summe einsetzt, 11 838 747. Falls man aber nur 16,81 Proz. aller Unfälle zugunsten des Unternehmertums berücksichtigt, so macht diese an den Kinderrenten ersparte Summe immerhin über 7 890 000 M. Diese Summe zu den oben im günstigsten Falle als Gewinn des Unternehmertums ausgerechneten 22 $\frac{1}{2}$ Millionen zugerechnet, übersteigt bereits unsere Annahme von 30 Millionen Jahresgewinn des Unternehmertums.

Statt der Flut von Schimpfwörtern, deren sich die „Kreuz-Zeitung“, „Mitter“ und die „Schlotritter“ in ihrer Presse bedienen, sollten sie versuchen, die vorstehend festgestellten Tatsachen zu widerlegen. Zahlen sind hartnäckige Dinge.

Und wie steht es mit den „Ansummen“, die angeblich alljährlich zur Sicherung von Leben und Gesundheit der Arbeiter ausgegeben werden? Die „Kreuz-Zeitung“ hat wohlweislich verschwiegen, wie empörend wenig insbesondere die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an Unfallverhütungskosten ausgeben. Berechnen wir wiederum an der Hand der vorliegenden amtlichen Zahlen, wie groß die „ungeheuren Ansummen“ sind, die das Strauß- und Schlotzunternehmertum auf Grund der Unfallgesetzgebung ausgegeben hat. Im Jahre 1904 wurde von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften insgesamt (keineswegs etwa nur für Unfallverhütungen, sondern Renten usw.) gezahlt: 34 736 861 M. Nach der Nachweisung des Reichsversicherungsamtes waren in landwirtschaftlichen Betrieben versichert: 11 189 071 Personen. Es entfiel von allen Ausgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften für einen Versicherten für das Jahr 3,10 M., also für den Tag bare 0,85 Pf. pro Kopf des Arbeiters. Es ist schamlos, eine solche Summe, die noch nicht einmal einen Cent pro Tag ausmacht, als „Ansumme“ zu bezeichnen.

Wie steht es mit den Ausgaben bei gewerblichen Berufsgenossenschaften? Diese sind etwas höher. Es sind für das Jahr 1904 in allen gewerblichen Berufsgenossenschaften (ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerke, Tiefbau- und Seerberufsgenossenschaften) verausgabt: 116 579 253 M. Davon entfallen auf den Kopf des Versicherten für das Jahr 14,85 M., das macht also für den Tag 4,07 Pf. Die Ausgaben der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie der staatlichen und kommunalen Ausführungsbehörden betragen zusammen für das Jahr 1904: 161 805 628 Mark. Das macht für den Kopf des Versicherten pro Jahr 8,14 M. oder für den Tag 2,23 Pf. Eine „Ansumme“ ist es demnach, wenn für den Arbeiter pro Tag durchschnittlich noch nicht 2 $\frac{1}{4}$ Pf. seitens der gewerblichen Berufsgenossenschaften und 4 Pfennige und seitens der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften noch nicht 1 Pfennig ausgegeben wird! Das Streben der bürgerlichen Presse, selbstverständlich bis hinein in die freikämmerliche, geht dahin, die für die Opfer der Arbeit verausgabten Summen durch Verschweigung der Summe, die auf den einzelnen Kopf des Arbeiters kommen würde, anzuführen und dadurch dem Unergründlichen gegenüber den Anschein zu erwecken, als ob die sogenannte soziale Gesetzgebung wer weiß welche Lasten dem Unternehmertum auferlege. Wir werden gelegentlich darlegen, wie beschämend niedrig die Ausgaben des Unternehmertums für alle sogenannten sozialen Gebiete sind und wie ungeheuer hoch dem gegenüber die Lasten und Beiträge der Arbeiter sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Februar.

Die Proskriptionslisten.

Vor einiger Zeit veröffentlichte ein ehemaliger Straßburger Kriminalpolizeikommissar, Herr Alfred Stephan, eine Broschüre, die einen kleinen Blick hinter die Kulissen der kaiserlichen Regierung in Elßah-Lothringen gestattet. Herr Stephan ist vom Bau; er kennt alle Schliche der polizeilichen Freimaurerei, er hat alles, was er schildert, jahrelang selbst eifrig mitgemacht; was er schreibt, sind eigentlich Selbstbekenntnisse, wenn er's auch nicht so nennt.

Konnte man vielleicht eine Zeitlang annehmen, daß ein erheblicher, vielleicht der wesentlichste Teil seiner Enthüllungen, Phantasiegebilde seien, so hat die Regierung von Elßah-Lothringen diesen Glauben durch ihr Vorgehen gegen den gefährlichen Menschen gründlich zerstört.

Er hat eine Menge privaten und persönlichen Schmutz aufgedeckt. Der kümmert uns nicht. Aber die deutsche Justiz war bisher gegen solche Sünden erbarmungslos. Im Falle Stephan vermied sie es, gerade auf diese Frage einzugehen. Höhnend konnte der angebliche Verleumder in einem Briefe an die „Straßburger Bürgerzeitung“ schreiben:

„Statthalterbureau und Ministerium wissen ganz genau, daß meine Broschüre kein „Pamphlet“ und kein „Schandwörter“ ist, und daß meine Depositionen weder „alter Klatsch“ noch „Erfindungen“ sind. Sollte indessen irgend jemand glauben, von mir zu Unrecht angegriffen worden zu sein, so stehe ich ihm hier, in der Schweiz, zur Verfügung. Juridisch liegt nicht in Hooatulu, auch hier gibt es Strafgerichte, welche dem wissenschaftlichen Verleumder die ihm gebührende Strafe zukommen lassen. Darum En avant! Meine hiesige Wohnung ist: Leonhardtstraße Nr. 12.“

Stephan, Kriminalpolizeikommissar a. D.“ Niemand fand sich, der gegen Stephan auf dem geeigneten Wege vorging und die prozotierte Verleumdungsklage gegen ihn einreichte. Dagegen ist er, wie mitgeteilt, bloßlich in Zürich verhaftet worden, um vor ein deutsches Gericht geschleppt zu werden. Er wurde, wie man uns schreibt, der Unterschlagung eines zu den Akten gehörigen Briefes beschuldigt, der seinen Erklärungen zufolge nachweislich ein Privatbrief sein soll. Jedensfalls wird er nur unter der Zusicherung des freien Geleits für die Vergehen der Verleumdung usw. extraditiert werden. Wenn seine Broschüre nichts weiter als eine Sammlung von Klatschgeschichten war, wozu dann diese Magnahme der Regierung um einen Brief? Wozu eine Magnahme, die es geradezu unmöglich macht, auf dem Wege der Privatverleumdungsklage in ein Feststellungs-

Verfahren einzutreten? Die Sache der angeblichen Unter- schlagung mag ausfallen wie sie will, ein Erfolg derselben ist sicher: da Stephan in Deutschland wegen Verleumdung nicht verfolgt werden kann, in der Schweiz eine Klage gegen den zwangsweise in Deutschland Weisenden nicht angängig ist, so wird die eintretende Verjährung eine Verleumdungs- klage gegen ihn und so eine gerichtliche Aufklärung unmöglich machen.

Die politisch wichtigste Behauptung, die er aufstellt, ist folgende: Er stellt die Existenz von Proskriptionslisten fest, welche die Regierung in regelmäßigen Zwischenräumen revidiere und ergänze.

Auf jeder Kreisdirektion und jeder Polizeidirektion werden nach ihm geführt:

1. eine Geheimliste derjenigen Elsäz-Lothringer, welche im Mobilisationsfall ausgewiesen werden;

2. eine Geheimliste derjenigen Elsäz-Lothringer, die im Mobilisationsfall selbstzunehmen und in ein- und andrucks-, so wie bombensicherer Kisten unterzubringen sind.

In diese Listen seien unter anderem aufgenommen worden: die klerikalen Reichstagsabgeordneten Abbé Delfor und Rechtsanwalt Dr. Bonderscheer; die männlichen Mitglieder der Familie Baumann Frères, Mühlenbesitzer, der Gutbesitzer Desjager in Grafen- staden, der Gutbesitzer Baron de Dardein in Klobenheim, wegen ihrer gehobenen sozialen Stellung in Verbindung mit dem Umstande, daß sie Verwandtschaft im Auslande besitzen und der Regierung gegenüber ein gemessenes Benehmen zur Schau tragen; der frühere Pfarrer Spih in Düppigheim; die Fabrikdirektoren Rüd, Sailer, Schmitthäuser der Zuckfabrik-Grafenstadener Maschinenfabrik, da in letzterer die Durchführung die französische ist, und weil die Inschriften in und an den Fabrikräumen in französischer Sprache abge- fahrt sind; die sozialdemokratischen Redakteure Martin in Mülhausen und Peirotes in Straßburg, der Führer der Straßburger Sozialdemokraten, Gemeinderatsmitglied Böhl, sowie der Führer der Mülhauser Sozialdemokraten, Landes- ausführenden Abgeordneter Emmel; die meisten Mülhauser Groß- industriellen, zahlreiche Großkaufleute, Bankiers, Brauerei- besitzer in Diederhofen, Metz, Straßburg, Kolmar, Mül- hausen.

Die Existenz dieser Proskriptionslisten ist nun inzwischen erwiesen!

Die beiden klerikalen Abgeordneten Reich und Wetterlé brachten die Affäre im elsäz-lothringischen Landesausschuß zur Sprache.

Unter allgemeiner Spannung des Hauses gab Unter- staatssekretär Mandel zu: „Ja, es gibt solche Listen!“ Es wäre eine schwere Veräufnis seitens der Regierung, sorgte sie im Kriegsfall nicht dafür, daß Personen, von denen man weiß, daß sie mit ihrem Ansehen und mit ihrem Ver- mögen eine feindselige Beeinflussung der Bevölkerung zuwege bringen würden, sofort außer Landes kommen. Solcher Personen müsse sich die Regierung im Ernstfalle verschämen, solche Personen kommen auf die Proskriptionsliste. Von allen Personen, welche die Stephan-Broschüre aufführte, sei nicht eine einzige auf der Liste. Alle jene Namen, wegen welcher eine Nichtstimmung zwischen Regierung und Bevölkerung gefür- tet wurde, seien erlogen. Die Proskriptionslisten werden von den Kreisdirektoren vorbereitet, es befinden sich aber nur ganz wenige Personen im ganzen Lande auf diesen Listen.

Die Listen existieren also!

Es ist für die Allgemeinheit ganz gleichgültig, ob die von Herrn Stephan genannten oder andere Personen auf der Liste stehen. Die furchtbare Tatsache ist richtig, daß über gewisse der Regierung oder irgend einem obskuren Beamten unliebame Personen das Damoklesschwert fortiger Internierung hängt, sofern am politischen Wetterhimmel eine schwarze Wolke aufsteht, wenn — ganz ohne Zutun der Betroffenen — der Barometerstand auf Krieg weist!

Noch mehr hat die Interpellation an den Tag gebracht: Herr Unterstaatssekretär Mandel behauptete ganz feilen- ruhig: „Je de Regierung führt solche Listen!“ Das läßt den Verdacht aufkommen, daß diese nicht nur für Elsäz-Lothringen, daß sie für ganz Deutschland existieren!

Was sagt der Reichskanzler, nicht zu der Enthüllung des Herrn Stephan — diese ist Klargestellt —, sondern zu der des Herrn Unterstaatssekretär Mandel? —

Aus der Schweiz wird zu dem Falle noch gemeldet:

Die Handlangerdienste, welche die Züricher Polizei der Elsäz- Regierung leistete, indem sie den ehemaligen Straßburger Polizei- kommissar Stephan verhaftete, werden vielleicht doch noch vom Bundesgericht korrigiert werden. Denn es ist doch zweifellos, daß die Straßburger Regierung den ehemaligen Polizeikommissar nicht deswegen verfolgt, weil er irgendwelche Akten besitzen sollte, sondern sie will ihn paden wegen seines politischen Ver- gehens. Unter solchen Umständen kommt aber, wie im Züricher „Vollrecht“ von juristischer Seite auseinandergesetzt wird, der Artikel 4 des deutsch-schweizerischen Auslieferungs- vertrages in Anwendung, welcher lautet: „Die Auslieferung soll nicht stattfinden, wenn die strafbare Handlung wegen deren die Aus- lieferung verlangt wird, einen politischen Charakter an sich trägt oder wenn die anzuliefernde Person beweisen kann, daß der Antrag auf die Auslieferung in Wirklichkeit mit Absicht ge- stellt werde, sie wegen eines Verbrechens oder Vergehens politischer Natur zu verfolgen und zu bestrafen.“ — Im Interesse des guten Rufes der republikanischen Schweiz als ein Zufluchtsort aller politisch Verfolgten ist es sehr zu wünschen, daß das Bundesgericht der preußenfreundlichen Züricher Polizei einen Strich durch die Rechnung macht. —

Die klerikale Revolte.

Paris, 1. Februar.

Die Kirchenstandale, die jetzt anlässlich der Inventarisierung der Kirchengüter in ganz Frankreich aufgeführt werden, sind ein klassisches Beispiel für die hinterhältige, verlogene Jesuiten- politik. Die vatikanischen Strategen schicken ihre Mannen — besonders aber auch ihre Weibchen — ins Gefecht, aber nur als Freischärler, für die sie die Verantwortung ablehnen können. Sie wollten erst ausprobieren, wie stark der klerikale Kampfeifer im Volke ist, um hinterher dem Staate — je nach dem Resultate — Krieg oder Frieden zu bieten. Die römischen Fische wissen noch nicht, ob sie den Löwenmut der Kreuzfahrer oder die Taubendemit der Märtyrer erwarfen wollen. Die unschöne Entscheidung des heiligen Vaters wird weniger das Werk des heiligen Geistes als das der französischen Polizei sein.

Die Inzenerierung des Kirchenlärms ist ein Meisterstück zweideutiger Demagogie. Der P a p s t — die oberste Autorität der Kirche — hat noch nicht gesprochen; die Bischöfe haben ihre Entscheidung — verlag: selbst die Pfarrer, die eigent- lichen Arrangente des Nimmels, hüten sich, über unbestimmte An-

deutungen hinauszugehen. Der Hochwürdige fordert seine Zuhörer in der Sonntagspredigt auf, am Tage der Inventuraufnahme zum Zeichen des Protestes gegen die Vergewaltigung der Kirche sich um ihn zu versammeln. Wenn der Beamte kommt, wird er, der Hochwürdige, einen Protest verlesen, die Schar der Gläubigen wird fromme Nieder singen. Ist dabei etwas Ungefährliches oder gar etwas wie Zurechtweisung? Und kann der Hochwürdige etwas dafür, wenn die Väter und Sängler, vom heiligen Jörn übermannt, den Beamten aus der Kirche werfen, die Inventuraufnahme verhindern und den Abgesandten des Staates mit seinen uniformierten Begleitern durchprügeln?

Nun könnte allerdings jemand finden, die vollkommene Gleichmäßigkeit, mit der sich diese Szenen in den verschiedenen Kirchen der verschiedenen Städte abspielen, weisen auf einen allgemeinen Plan, die ganze Verbrüderrevolte deute auf eine erkünstelte Leidenschaft hin. Worin besteht in der Tat die „Vergewaltigung“, gegen die die Frommen protestieren? Sie rufen: „Nieder mit den Dieben!“ Aber wenn wird etwas genommen? Die Inventarisierung der Kirchengüter hat doch den Zweck, gemäß dem neuen kirchenpolitischen Gesetz die Ueber- weisung der Kirchengüter an die katholischen Kultusverbände zu bewerkstelligen! Die Pfarrer und die klerikalen Führer, die regierenden Geister des Lärms, sind sich dessen vollkommen bewußt. Warum halten sie ihre Gläubigen im Irrtum? — Aber auch die Phrasen von Verechtigung der Heiligenscheidung hat jeden Schein von Verechtigung verloren, seitdem die Regierung den Kommissaren den Auftrag gegeben hat, von der Öffnung der Tabernakel abzustehen und ihre Pflicht mit Umgehung jeglicher Schikane zu erfüllen. Weder in ihrem Besitz noch in ihrer Würde erleidet die Kirche irgend eine Beeinträchtigung — warum also das wüste Toben?

Das Rätsel ist nicht schwer zu lösen. Die wirkende Kraft der Kirchenstandale ist nicht die Religion, sondern die Politik! Das hat Roubier heute mit der wissenschaftlichen Deutlichkeit herausgesagt. Man kann sich davon auch überzeugen, indem man die Persönlich- keiten betrachtet, die den Pfarrern beim Arrangement assistieren. Ueberall findet man die Nationalisten mit an der Spitze, darunter viele, an deren katholischer Recht- gläubigkeit starke Zweifel bestehen. Die reaktionären Parteien wollen die religiöse Gläubigkeit, besonders auch die der Frauen, bei den kommenden Wahlen gegen die Republikaner aus- spielen. Die Religion ist ihnen dabei ganz gleichgültig. Sie wissen, daß ihr jetziges Nandalieren keinen Erfolg haben, daß der hinausgeworfene Regierungsbeamte mit stärkerer Assistent wiederkehren und der Staat Sieger bleiben wird. Aber hätten sie Erfolg, wer anders würde den Schaden davon haben als die Kirche selbst, deren neue Organi- sationen nicht in den Besitz des vorhandenen, ihnen nach dem Gesetze zustehenden Gutes gelangen, nicht zur Aus- übung ihrer Funktionen instandgesetzt werden könnten!

Gegenüber dem demagogischen Treiben bewahrt die Re- gierung eine korrekte Haltung, in der sich Entschiedenheit mit Vermeidung überflüssiger Gewalt paart. Allerdings, der Vor- wurf läßt sich nicht von der Hand weisen, daß solche Vermaut nur eben in solchen Fällen obzuwalten scheint, wo es sich um eine Opposition der „respektablen“ Leute handelt. Von streifenden Arbeitern liehe man Organen der öffent- lichen Gewalt sicher nicht so übel mitspielen wie von den frommen Insurgenten. Aber immerhin — auch anderswo könnte man daraus lernen, daß der Staat durch Strafen- demonstationen nicht gleich zugrunde geht, und daß selbst, wenn irgendwo ein paar Polizisten nicht den geforderten Respekt gefunden haben, dem beleidigten Vöhen Autorität nicht gleich Blutopfer gebracht werden müssen.

Der Pfaffenkrieg wird seinen Zweck: den anti- republikanischen Parteien auf die Beine zu helfen — schwerlich erreichen. Dem französischen Kleinbürger und dem Bauern, auf die man dabei rechnen müßte, liegen die irdischen Ver- dürnisse sehr, überirdische aber um so weniger am Herzen, und sein höchster idealer Aufschwung liegt in der Linie der patriotischen, nicht der himmlischen Glorie.

Der politische Mißerfolg der Reaktionäre wird aber die Kirche zwingen, den neuen Zustand der Dinge anzuerkennen. Da sie sich jetzt vorzichtigerweise nicht engagiert hat, wird sie sich zu dieser Anerkennung noch einmal verziehen dürfen, ohne groß Einbuße an ihrer Autorität zu erleiden.

Die Arbeiterpartei im englischen Parlamente.

Wenn man die englischen Tageszeitungen der letzten zwei Wochen in die Hand nimmt, muß man sich verwundert fragen, wie es möglich ist, daß eine Bewegung, der in den Wahlen die Schaffung einer 30 Mann starken Parlamentspartei gelang, den bürgerlichen Organen so ganz verborgen geblieben sein sollte. Die deutschen Tageszeitungen (u. a. „Frankfurter Zeitung“ und „Kölnische Zeitung“) sind natürlich in ihren Betrachtungen der Bewegung, die selbst in der englischen Presse so verschiedenartige Verteilungen erfahren hat, erst recht nicht auf den Grund gegangen. Nur einige der be- deutendsten englischen Blätter brachten lange Artikel von Arbeiter- führern und Interviews mit den neugewählten Arbeitermitgliedern des Unterhauses, um ihren Lesern Gelegenheit zu geben, Anklärung über die Ziele und Absichten der neuen Parlamentsgruppe aus erster Quelle zu schöpfen. Einige der provinziellen Abendblätter, welche unter allen Umständen vor dem Winde der öffentlichen Meinung zu segeln pflegen, haben dann schnell innerhalb der letzten Woche einen geradezu revolutionären Enthusiasmus für das Ideal einer demokratischen Volksvertretung entwickelt!

Die Stellungnahme der unabhängigen Arbeitergruppe im Parlament macht den Beisitzern der alten Parteien nicht wenig Kopfzerbrechen. In den City-Cafés kann man Gespräche hören, die Bilder von scharfen Massenkämpfen, von räumtem Welt- handel, von einer in der Auflösung begriffenen Großindustrie heraufbeschwören. Man ist sich also wohl bewußt, daß ein Stein ins Rollen gekommen ist, der mit wachsender Geschwindigkeit nach dem Küster der kontinentalen Arbeiterparteien zu einer gewaltigen Lawine aufschwellen wird. Die sozialistische Färbung der neuen Arbeitergruppe ist leider nicht allzu stark, und es ist bedauerlich, daß einige der bedeutendsten Vorkämpfer des Sozial- ismus in England, wie Hyndman, Bruce Glasier, Ben Tillet usw. nicht genug Stimmen zu gewinnen vermochten, um ihre Wahl zu sichern. Aber auch in den Fällen der Niederlagen hat die Anzahl der für die unabhängigen Vorkämpfer abgegebenen Stimmen allen gerechtfertigten Voraussetzungen entsprochen.

Die beiden alten Parteien sind, wie schon gesagt, von dem Siege der Arbeitergruppe geradezu überrumpelt worden. Man hatte den erneuerten Angriff einer bisher so wenig erfolgreichen Volks- bewegung vor den Wahlen nicht ernst genug genommen, und jetzt nach den Wahlen weiß man nicht, welches wohl die geeignete Taktik in den Beziehungen zu der neuen Gruppe ist. Einige der konser- vativen Kandidaten verfehlten während des Wahlkampfes in ihren Angriffen auf sozialistische Gegenkandidaten ganz ihr Ziel; die alt- modischen Herren, welche ihre Wahlkreise oft zehn Jahre und länger vertreten hatten, waren auf die liberale Gegnerschaft geschult, aber mit der neuen Partei wußten sie absolut nichts anzufangen! In Nordost-Manchester z. B. wo Eynes, ein Fabrikarbeiter aus Didsam, einen der ärgsten Gegner der Arbeiterinteressen in den Sand streckte, wurde von der reaktionären Seite ein hochkomischer

Kriegszug gegen einen vermeintlich liberal gesinnten Gegner auf- geführt, während man sich kaum ernstlich bemühte, Eynes' sozialen und arbeiterrechtlichen Argumente zu widerlegen. Heute — nach ihrer Niederlage — beginnen die Konservativen besser zu verstehen, worum es sich handelt, und ihre Führer suchen sich gegenseitig zu überbieten in Bemühungen, der jungen Arbeiterpartei gehörig den Hof zu machen, um sie zu gemeinsamer Opposition gegen die liberale Regierung zu gewinnen. —

Für die Stellungnahme der liberalen Partei ist es Bezeichnend, daß zu Beginn der Wahlen einige ihrer bedeutendsten Tages- zeitung die Siege der Arbeiterpartei mit ihren eigenen zusammen- fassen, wo Arbeiter und Liberale zusammen einen konservativen verdrängten. Dagegen zählten sie die Siege der Arbeiterpartei separat auf, sobald die Mehrheit der liberalen Stimmen für sich allein gesichert schien! Man hat sich demnach der sozialistischen und Trades-Unions-Erfolge bedient, um der radikalen Bewegung eine einheitliche Farbe zu geben; sobald man aber auf die Schminke als Erdmittel verzichtete zu können wählte, tat man's ohne die geringste Scheu.

Den in der Arbeiterbewegung stehenden Politikern kommt der Erfolg der Wahlen, insofern er die Arbeitergruppe angeht, nicht unerwartet. Man hatte jahrelang an der Vorbereitung gearbeitet; das lange Zaudern der letzten Regierung vor ihrer Abdankung hat auch den weniger gut organisierten Zweigen der Independent Labour Party und des Labour Representation Committee Zeit genug ge- geben, ihre Waffen zu schärfen. Die politische Unabhängigkeit den den alten Parteien wurde zum Hauptpunkte der Propaganda gemacht, und auch da, wo der Kandidat nicht eingestandenemmaßen oder wirk- lich nicht auf dem Boden des Sozialismus stand, trug die hoffnungs- volle Aussicht auf direkte Klassenvertretung wesentlich zur Ver- besserung seiner Aussichten bei. Die Frage, wie sich die aus ver- schiedenen Elementen zusammengesetzte Arbeitergruppe im Parla- mente organisieren wird, steht im Vordergrund des Interesses. Die Nicht-Sozialisten scheinen wenig geneigt, Keir Hardie oder einem anderen der sozialistischen Hauptleiter das Ruder zu überlassen; die Sozialisten wieder werden sich schwerlich mit der Führerschaft eines nicht-sozialistischen Leaders einverstanden erklären. Die Sensations- presse spricht heute schon von einer Zersplitterung der Arbeitergruppe in zwei oder drei von einander unabhängige Abteilungen. Da eine Konferenz des Labour Representation Committee kurz nach Zu- sammentritt des Parlaments diesen Gegenstand diskutieren wird, ist es mehr als mündig, sich jetzt schon darüber den Kopf zu zerbrechen. Es kann indessen nur möglich sein, wenn man sich gleich zu Anfang der parlamentarischen Session keinen Illusionen über den inneren Zusammenhang oder Richtzuzammenhang der Arbeiterpartei hingibt.

Deutsches Reich.

Die Aussichten der Reichsfinanzreform.

Die „Köln. Volksztg.“ erhält aus Parlamentärskreisen eine Kennzeichnung der augenblicklichen Lage der Reichsfinanzreform. Nach den Kommissionsbeschlüssen, wird in der Zukunft ausgeführt, sei von der Draufenerhöhung, die 67 Millionen habe bringen sollen, nur ein Ertrag von 24, ja nach der in der zweiten Lesung zu erwartenden Änderung der Staffelung nur von 21 Millionen zu erwarten. Der erhoffte Ertrag von 28 Millionen aus der Tabaksteuer werde überhaupt in Fortfall kommen, und die Zigarettensteuer werde statt der erhofften 16 Millionen nur 6 Millionen bringen.

Ebenso wenig sei die Annahme der Düttungs- und Frachtkunden-Steuer, bei der mit einem Betrage von 57 Millionen gerechnet worden sei, zu erwarten. Alles das bedeute dann zusammen schon einen Ausfall der geforderten Steuern von 141 Millionen.

„Selbstverständlich“ löme dieser Ausfall durch eine höhere Be- messung der Erbschaftsteuer nicht gedeckt werden; im Gegen- teil sei es fraglich, ob die Regierung nach der Zerschlagung ihres indirekten Steuerbuletts sich überhaupt noch auf die Reichserbschafts- steuern einlassen werde. Sei aber dergestalt die ganze Reichsfinanz- reform gescheitert, so bleibe nichts anderes übrig, als das durch das neue Flottengesetz auf 200 Millionen anwachsende jährliche Defizit durch eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zu decken. Preußen werde dann allein 120 Millionen an Matrikular- beiträgen aufzubringen haben, was ihm nur möglich sei, wenn es die Einkommensteuer um 50, 60 ja allmählich bis zu 76 Proz. erhöhe.

Dieser Weg wäre vielleicht auch der vernünftigste, würden dann doch wenigstens die Leistungsfähigen zum Steuerzahlen herangezogen.

Der „Reichsbote“, das dem „Christlichen“ Herrn Stöcker politisch so nahestehende Organ, ist über diese Perspektiven ganz ent- setzt. Durch solche „sozialistische“ Vorschläge nähere sich das Zentrum immer mehr der „Politik der Sozialdemokratie“. Sei es doch eine unglaubliche Zumutung an die Besitzenden, 50—76 Prozent Ein- kommensteuer mehr zu zahlen, da diese die Mehrbelastung „nicht tragen“ könnten. Selbst wenn die PreSSION des Zentrums nur dahin gehen solle, schließlich doch der vom Zentrum empfohlenen „fabelhaften“ Erbschaftsteuer zur Annahme zu verhelfen, so sei das ein unerhörtes Vorgehen.

Wir fürchten, daß das „Christliche“ Blatt sich unnötig aufregt. Dafür, daß sich das Zentrum nicht allzu energisch für eine „fabel- hafte“ Erbschaftsteuer ins Zeug legt, sorgen schon die Zentrums- agrarier des „Rheinischen Bauernvereins“ und die übrigen Zentrums- kapitalisten. Wie es denn überhaupt erst abzuwarten ist, ob das Zentrum nicht doch noch in gewohnter Weise umfällt. Es wäre ja nicht das erste Mal, daß das Zentrum ein kategorisches Nein sagte, um im Augenblick der Entscheidung ein verschämtes Ja zu lippen. Es wäre nichts gefährlicher, als wenn die Arbeiterklasse sich durch die Zentrumsdemagogie in Sicherheit einlassen liehe! —

Die staatsanwaltschaftliche Wahlrechtsklageaktion hat auch in Elberfeld bereits zu einer förmlichen Anklage auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches geführt. Die Staatsanwaltschaft hatte es gut vor, nicht weniger als zehn Genossen waren als Angeklündigte ver- nommen worden, und zwar die Mitglieder der Verlagsgesellschaft der „Freien Presse“, die Mitglieder des niederrheinischen Agitations- komitees und der Geschäftsführer der „Freien Presse“, in deren Druckerei das Flugblatt hergestellt worden ist. Letzterer, Genosse Ullensbaum, hat nun die Anklageschrift erhalten, während gegen die übrigen das Verfahren eingestellt werden mußte. —

Hammer und Ambos.

Von einem tüchtigen, seine Instruktion kennenden Soldaten wird bekanntlich verlangt, daß er, vorbehaltlich des ihm zuzubehenden Bes- schwerderechts, sich gedulbig küssen läßt, wenn es seinen Vorgesetzten so beliebt, ohne sich wehren zu dürfen. Macht einmal ein Soldat von dem jedem anderen Staatsbürger zustehenden Rechte der Not- wehr Gebrauch, dann wird seine Handlung anders bewertet als die des kussenden und puffenden Vorgesetzten. Auch der Dragoner Hierow von der Leibeskadron des 17. Dragoner-Regiments in Ludwigslust hat in Erfahrung bringen müssen, daß ihm nur das — Beschwerderecht — zusteht. Am Morgen des 11. Dezember 1903 hielt J. sich in angetrunkenem Zu- stande auf dem Gergierplatz auf, wo der Unteroffizier Warkentin einige Leute nachgezerrt ließ. Die laumelnden Bewegungen des J. hielt der Unteroffizier für eine Nachsicht des langsamen Schrittes, den er seine Leute über ließ. Der Unteroffizier trat an den Betrunklenen heran und soll ihm mit den Worten: „Du Schwein bist ja besoffen!“ eine Ohrfeige verjagt und gestochen haben. Der

Schlagene erwiderte sofort die Ohrfeige, nachdem er gesagt hatte: „Herr Unteroffizier! Ich lasse mich nicht schlagen.“ Auch soll z. B. sich dem Unteroffizier gegenüber einen falschen Namen beigelegt haben. Das Kriegsgericht in Schwertau verurteilte den Unteroffizier wegen Verleumdung und Mißhandlung eines Untergebenen zu 45 Tagen, den Untergebenen dagegen wegen tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu der Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis und wegen der Beilegung eines falschen Namens zu drei Tagen Arrest, umgewandelt in eine eintägige Gefängnisstrafe. Der Gerichtsherr legte gegen das Urteil in seinem Gefängnisbesuchungsbuch, weil ihm die Strafen zu niedrig erschienen. Das Oberkriegsgericht in Altona sah die Sache unter einem ganz anderen Gesichtswinkel an; denn es verurteilte den Schlagenden und stoßenden Unteroffizier nur zu fünf Wochen und einen Tag Mittelarrest, den ich weghenden Soldaten aber zu elf Monaten Gefängnis. —

Die erstklassige Ehre und ihre angebliche Schutzlosigkeit.

Mit dem Duellkampf beschäftigt sich in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Ztg.“ der Justizrat Dr. Stranz-Berlin. Er sagt:

„Schließlich aber — und hier steht mit Recht das öffentliche Interesse ein — dürfen unduldsame Standesanschauungen nicht über die Heiligkeit des Gesetzes hinweg, dürfen solche Anschauungen nicht von Regierungswegen gebilligt und gefördert werden. Das Gesetz verbietet den Zweikampf, das Verbot macht vor keinem Stande halt. Soll es seine stumpfe Waffe bleiben, so muß es verächtlich werden. Der Zweikampf ist nicht isoliert, wie bisher, gleichsam als vornehmeres Vergehen zu behandeln, sondern auf eine Stufe mit der Körperverletzung und Tötung zu stellen; beim Strafmaß mögen die Beweggründe berücksichtigt werden.“

Bekanntlich behaupten nun unsere Erstklassigen, daß sie auf das Standesprivileg des Duellmordes schon deshalb nicht verzichten könnten, weil ihre besonders empfindliche Ehre durch das Gesetz nicht genügend geschützt sei. Diesem törichtem Gerede tritt Justizrat Stranz durch folgende Ausführungen entgegen:

„Dieser Irrtum“, schreibt er, „gedanklos immer und immer wieder nachgesprochen, verdient, damit er nicht Unheil stifte, ins rechte Licht gesetzt zu werden. Hier das Strafregister aus den §§ 185 ff. Str. G. B. Die einfache Verleumdung, sowie die (nicht erwiesene) ehrenrührige Nachrede werden bestraft mit Geldstrafe bis zu 600 M. oder mit Haft oder Gefängnis bis zu einem Jahre. Wird die Verleumdung mittels einer Täuschung begangen, oder geschieht die läbliche Nachrede öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, so tritt Geldstrafe bis zu 1500 M. oder Gefängnis bis zu zwei Jahren ein. Der Verleumder, der wider besseres Wissen beleidigt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren, und wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften begangen ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft; bei milderen Umständen kann die Strafe bis auf einen Tag Gefängnis ermäßigt oder auf Geldstrafe bis zu 600 M. erkannt werden. Wenn Zusammenstöße mehrerer selbständiger Verleumdungen ist (nach § 74) gegebenenfalls eine Gesamtstrafe bis zu 10 Jahren Gefängnis möglich. Wir meinen, mit diesen Strafmaßen läßt sich durchaus auskommen. Ein anderes ist es, daß die Gerichte oft, infolge einer Minderbewertung des Gutes der Ehre, nicht streng genug von den Strafmitteln Gebrauch machen. Dies freilich nicht immer. Der Oberhäuptling King Kwa ist wegen zehn Vergehens gegen § 188 des Strafgesetzbuchs (läbliche Nachrede) und eines Vergehens gegen § 185 (einfache Verleumdung) zu einer Gesamtstrafe von neun Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Bestätigung dieses harten Urteils ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Reform der in diesen sonstigen Punkten verbesserungsbedürftigen Gesetze über die Verleumdung braucht also nicht bei der Höhe der Strafandrohungen einzusetzen.“

Viele Duelltrauerfereien entstehen häufig durch Weibergeschichten. Aber auch hier wäre es Unsinn, etwa den Ehebruch kriminell härter zu bestrafen. Unsere Erstklassigen brauchen ja nur den Ehebruch als gesellschaftliche Achtung zu bestrafen, wenn sie es faktisch mit dem sechsten Gebot so ernst nehmen.

Im übrigen: Was ist es ziemlich einerlei, wie hoch oder niedrig diese Erstklassigen ihr Leben einschätzen. Das Unerhörte ist es nur, daß die Regierung solch' skandalöse Gesetzesverstöße geradezu fordert! —

Die Flottenansammlungen der höheren Töchter.

Bekanntlich ist auch unter den „höheren Töchtern“ ein Aufschwung zu Sammlungen für unsere herrliche Kriegsmarine verbreitet worden. Was dabei herauskommt wird, beweist das Resultat einer solchen Sammlung in Mecklenburg. Dort ist die städtische Summe von 749,25 M. eingegangen, die an die Reichsbank in Berlin eingesandt worden ist, um dem Kaiser am Tage seiner silbernen Hochzeit feierlichst überreicht zu werden. Die höhere Töchter-schule in Rostock hat 100 Mark aufgebracht. Das Lehrerinnen-Seminar und die höhere Töcherschule zu Bismar 80 Mark, eine Schweriner höhere Töcherschule 62,20 Mark usw. Diese Beträge sind noch sehr hoch gegenüber den Summen, die in Mecklenburg-Strelitz zusammengelommen sind: in Rostock wurden nämlich ganze 7,30 M. und in Rendsburg 8,30 M. gesendet. Bemerkenswert ist, daß dieser ganze Aufschwung scheinbar unter dem Protektorat der Anstaltsdirektoren verübt worden ist. Jedenfalls beweist auch diese Sammlung, wie wenig die bestehende Klasse daran denkt, sich ihren Flottenpatriotismus bares Geld kosten zu lassen. —

Keinen Pardon! Allelei „Unstimmigkeiten“ scheinen in der Redaktion des „Kölnischen Volksblattes“ zu herrschen. Nachdem das „Verl. Tagebl.“ die Protestkundgebung des 21. Januar vor diesem Tage in der bekannten Weise verächtelt hatte, ließ es am Tage nach der Demonstration einen Artikel vom Stapel, in dem es hieß:

„Keinen Pardon aller Anstaltsdirektoren, die das Reichstagswahlrecht lieber heute als morgen beseitigen möchte!“

Ueber dasselbe Thema schreibt nun ein angesehenes Mitglied derselben Redaktion, Friedrich Dornburg:

„Verurteilt man das Reichstagswahlrecht nach dem Erfolg, so zeigt sich sicher auch kein Ideal. Zweifellos ist es nicht die Auslese der Nation in ihren leitenden Männern in Wissenschaft, Kunst, im Geistes- und Berufsleben, in öffentlichen Stellen, die sich im Reichstags vereinigt. Selbst hervorragende Männer, die ausnahmsweise dahin gelangen, fühlen sich unter dem Druck der Situation beherrschenden geistigen Verdünnung. Bestenfalls eine Sammlung von Lokalgruppen. Dem entspricht nach allgemeiner Annahme Macht und Ansehen des Reichstages. Was würde es nützen, das unbefehle herüberzunehmen? Man sollte etwas anderes versuchen.“

Die „Tägl. Abh.“ ist neugierig, ob nun auch Herr Dornburg seinen Pardon kriegen werde! —

Die Ehre des Herrn Leutnants.

Das Schöffengericht Nürnberg fällt ein Urteil, das zum schärfsten Protest herausfordern muß. Der Schuhmacher Johann Kundlein hatte an einem Apriltage des vorigen Jahres mit einigen Freunden im Wirtshaus gezecht. Als sie fertig waren, waren sie, besonders Kundlein, ziemlich stark benebelt. An einer Straßenecke begegneten sie einem abgezogenen Militärposten, der von einem Gefreiten geführt wurde, zu gleicher Zeit kam ein Leutnant per Fahrrad daher. Der Gefreite kommandierte: „Schritt gefaßt! Augen rechts!“ Kundlein ahmte das Kommando nach, worauf der Leutnant vom Sattel sprang, den Gefreiten zu sich heranzief und ihm gebot, den Kundlein auf die Militärwache zu führen. Dieser ging willig mit. Auf der Wache hielt ihn der Leutnant zur Rede, wie Kundlein behauptet, in barocker, schreiender Weise. Der Gefreite erwiderte darauf: „Nur langsam, nur langsam, nur keine so große Schneidigkeit. Ich fürchte mich nicht, ich bin doch kein Bub, daß man mir mit dem Säbel den Kopf auseinander schlägt. Ich darf doch noch

einen Spaß machen.“ Diese gewiß harmlosen Äußerungen eines Betrunknen gaben Anlaß zu einer Staatsaktion. Der Leutnant fühlte sich in seiner besonders gearteten Ehre gekränkt und meldete die Sache seinen Vorgesetzten, der Oberst stellte darauf Strafantrag wegen Verleumdung. Der Amtsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis, weil die Äußerungen des Kundlein geeignet seien, den Leutnant in seiner Ehre herabzusetzen und die Disziplin in Heere zu untergraben — ein Ausdruck, der weder für die Leutnantschre noch für die Disziplin im Heere eine Schmeichelei ist. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis, wobei noch die Betrunktheit des Angeklagten als mildender Umstand in Betracht gezogen wurde! —

Kom nichtöffentliche Militärgerichtsverfahren. Der Leutnant Kurt Engelbrecht vom Infanterieregiment 51 in Breslau stand vor dem Breslauer Kriegsgericht der 11. Division. Leutnant Engelbrecht ist der Sohn des Generalmajors Engelbrecht in Gleiwitz, Kommandeur der 23. Infanteriebrigade, 1881 in Mainz geboren, 1903 als Fahnenjunker in das Infanterieregiment 51 eingetreten, 1904 Fähnrich geworden, am 27. Februar 1905 Leutnant. Auf Antrag des Vertreters der Anklage, Kriegsgerichtsrat Geise, schloß das Kriegsgericht die Öffentlichkeit wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen aus. Bei Wiederherstellung der Öffentlichkeit verkündete der Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Eschirke, folgendes Urteil: Leutnant Engelbrecht wird wegen Ungehorsam, Vergehens von Vorgesetzten, Mißbrauch der Dienstgewalt zu sechs Wochen Stubenarrest verurteilt. —

Abermals straflose Ruchtheit!

Den Lesern ist noch der Fall in Erinnerung, wo das Schwurgericht in Altona einige Wüstlinge freisprach, in der Folge aber einige sozialdemokratische Redakteure zu schweren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt wurden, weil sie Kritik an dem freisprechenden Urteil geübt hatten. Ein ähnlicher Fall, wo ebenfalls zwei Wüstlinge ihre Freisprechung erzielten, hat sich jetzt vor dem dortmunder Schwurgericht zugetragen. Angeklagt sind ein Bergbaupraktikant und ein Steiger, sich unter Anwendung von Gewalt gegen ein fünfzehnjähriges Dienstmädchen sitzlich vergangen zu haben und zwar jeder der Weiden in einem besonderen Falle. Die beiden Angeklagten logierten in selbigen Hause, in dem das Mädchen in Diensten stand. Nachmittags haben die beiden ziemlich gezecht, nachts sind sie dann gewalttätig in das Zimmer des Mädchens eingedrungen, der eine durch die Tür, der andere durch's Fenster. Das Mädchen, das jetzt 16 Jahre alt ist, behauptet unter Eid, daß die beiden Gewalt angewendet haben. Ihren Zweck hätten sie freilich nicht erreicht, weil es sich energisch geteigert und Lärm geschlagen habe. Andere Zeugen belosten die beiden Angeklagten ebenfalls sehr. Ein medizinischer Sachverständiger hält die Aussagen des Mädchens für durchaus glaubhaft. Aber auch die beiden Angeklagten haben sich selbstverdächtig gemacht, weil sie nach der Tat in's Ausland wollten. Auch anderen Leuten gegenüber haben sie sich als schuldig bekannt und erklärt, daß sie auf mehrere Monate Gefängnis rechneten. Vor Gericht wollen sie freilich nicht eingestehen, daß sie Gewalt angewendet haben. Der Staatsanwalt hielt die Schuld der beiden für voll und ganz erwiesen, plädierte aber auf Subsidiung milderer Umstände. Die Angeklagten hatten sich den ultramontanen Rechtsanwält Wulff-Dortmund zum Verteidiger bestellt. Was dieser Herr sich leistete, dürfte eben nur ein Ultramontaner leisten können. Daß er die Schuld der Angeklagten für nicht erwiesen hielt, mag noch hingehen. Aber er machte einen ungläubigen Angriff auf das arme, gemißhandelte Dienstmädchen, dem er die uneheliche Geburt vortraufte. Der Herr sprach dann noch von erblicher Belastung und großer fleischlicher Reigung aller unehelich Geborenen! Von wo stammt diese wunderliche Kenntnis des Herrn? Für die Wüstlinge hatte ihr Verteidiger nur milde Worte. Das sind eben die echten ultramontanen Rechts- und Moralbegriffe. Den Wüstlingen wird alles verziehen, aber dem unehelichen Kinde, dem Kinde der Sünde, wie die Herren sagen, wird niemals verziehen, daß es zur Welt gekommen ist. So ist's bestellt in der von Gott gewollten christlichen Weltordnung. Die Geschworenen sprachen das Richtschuldig aus.

Danach blieb dem Gericht nur noch die Freisprechung übrig. — So lange die Geschworenen ausgesiebt und ausgewählt und nicht aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt werden, wird naturgemäß das Urteil der Geschworenen oft fast so häufig wie das gefälschte Richter dem Rechtsgesetz widerprechen. —

Wahlrechtsfragen im Goetheländchen.

Am Donnerstag ging es im weimarischen Landtage wieder einmal recht lebhaft zu. Die Regierung hat eine Vorlage dem Landtage vorgelegt, die eine Änderung des Wahlgesetzes vorschlägt. Zwar soll es sich, wie die Regierung behauptet, gar nicht um politische Gründe handeln. Es sei eine rein organische Änderung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten v. Daudert, Wolda und Hauwede-Jensen behaupten jedoch das Gegenteil und bewiesen es unter dem Hinweis auf Äußerungen eines konservativen Junfers und eines Regierungsvertreters, die bereits vor ein paar Jahren gemacht wurden. Die Wahlrechtsdemonstrationen und der Wahlkrawall in Eisenach spielen in der langen Debatte eine große Rolle. Die Nationalliberalen sprechen sich ebenfalls gegen den „Kladdlappen“ der Regierung aus. Damit werde nur eine eingehende Änderung des Wahlrechts aufgehoben. Sie erklären sich für die direkte Wahl. Jede einseitige Regierung müsse den Zeichen der Zeit Rechnung tragen. Die Klassenwahl müsse jedoch bestehen bleiben, damit später einmal nicht nur eine Partei im Landtage herrsche. Der nationalliberale Abgeordnete Dollstedt-Weimar kündigte für die zweite Lesung einen Antrag an, nach dem jeder Staatsbürger, der 25 Jahre alt sei und mindestens ein Jahr in Wahlkreise wohne, das Wahlrecht haben soll. — Heute muß jeder Wähler außer dem Staatsbürgerrecht noch das Gemeindegemeindegerechtheit besitzen. Wählen kann er aber schon vom 21. Jahre an. Die von der Regierung geplante Änderung betrifft eine andere Einteilung der Wahlbezirke in den fünf größeren Städten des Landes. Der freisinnige Abgeordnete Meyer-Weimar ist ebenfalls gegen diese Änderung. Gegen die Sozialdemokratie brauche man keine solchen Gesetze mehr zu machen, denn die falsche ja bald auseinander. — Der einzige Abgeordnete, der die Vorlage als „sehr praktisch“ bezeichnete, war der Freiherr v. Vohnenburg. Derselbe leistete sich den feudalen Witz, daß unser Wahlrecht sehr gut sei, denn bei uns hätten ja keine Wahlrechtsdemonstrationen stattgefunden. Abg. Daudert wies darauf hin, daß wohl am 21. Januar auch in Sachsen-Weimar demonstriert worden sei. Aber nicht von den Sozialdemokraten, sondern von der Behörde, die durch ihre Verleumdungen bewiesen habe, daß sie fürchtbare Angst gehabt habe. Die Regierung befreit dies natürlich, wurde aber dennoch von den nationalliberalen Abgeordneten auch für ihre Sicherheitsmaßregeln belächelt. Schließlich wurde der Entwurf einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Obwohl sich nur ein Abgeordneter für die Annahme derselben ausgesprochen hat, ist es doch möglich, daß die Regierung mit ihrem Entwurf den Sieg davon trägt, denn im Ausschusse bietet sich ihr genügend Gelegenheit, so viel Abgeordnete breitzuschlagen, daß sich alleruntertänigst eine Mehrheit findet, die der Regierung jeden Gefallen tut. Das umso lieber, wenn es gegen die Sozialdemokraten geht, wenn es auch öffentlich nicht gegeben wird. —

Zu der Strafsache

gegen den Redakteur Paul Böttner zu Berlin, wegen öffentlicher Verleumdung des Birk. Geheimen Legationsrats Dr. Stuebel, hat die neunte Strafkammer des Königl. Landgerichts I in Berlin am 12. Dezember 1905 für Recht erkannt:

Die Angeklagten werden wegen öffentlicher Verleumdung . . . Böttner zu einer Geldstrafe von eintausend — 1000 — Mark verurteilt. Im Nichtbeitreibungsfalle soll an Stelle der Geldstrafe für je 15 M. ein Tag Gefängnis treten.

Dem Reichskanzler wird die Verurteilung zugesprochen; die Urteilsformel binnen zwei Monaten nach Rechtskraft des Urteils auf Kosten der Angeklagten je einmal im „Berliner Tageblatt“ und im „Vorwärts“ öffentlich bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der auszugsweisen Abdruck der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bezüglich der Angeklagten Böttner bescheinigt.

Berlin, den 22. Dezember 1905.
(L. S.) gez. Geise.
Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts I
Strafkammer 9.
Vorstehendes Urteil wird veröffentlicht.
Berlin, den 20. Januar 1906.
Der Erste Staatsanwalt am Königl. Landgericht I.

Husland.

Frankreich.

Jade wie Hoje. Paris, 2. Februar. (B. T. V.) Der Minister hat in großen Grundzügen einen Gesetzentwurf festgelegt, wodurch ein Corps von 3000 Mann mobiler Gendarmen geschaffen wird, welches bei Ausständen das Militär ersetzen soll. Wie göttlich! Wenn der Kapitalistenstaat bei Streiks nach wie vor die bewaffnete Macht eingreifen lassen will, dann dürfte es schließlich den betroffenen Betroffenen ziemlich gleichgültig sein, ob sie durch eine Soldatengewehr- oder durch eine Gendarmenrevolver-Augel erschossen, durch einen Lanzenstich, einen Soldatenfädel oder eine Gendarmenplumpe getötet werden. —

Berworfener!

Paris, 2. Februar. (B. T. V.) Der Kassationshof hat heute die Berufung der am 30. Dezember v. J. vom Schwurgerichtshof wegen Anschlagens antimilitärischer Plakate Verurteilten verworfen. Klein Eusfiger hat dem hohen Kassationshofe etwas anderes zugetraut. —

Die Auskunfts-Zettel. Der nationalistiche Deputierte Guyot de Villeneuve hat seine bereits seit mehreren Monaten ausgesprochene Drohung wahr gemacht und die Veröffentlichung der zur Zeit des Kriegsministers André von den Freimaurerlogen dem Kriegsministerium übergebenen Auskunfts-Zettel über die Herikaler und antirepublikanischer Gesinnung verdächtigen Offiziere wieder ausgenommen. Der heutige „Eclair“ bringt eine Reihe von solchen Auskunfts-Zetteln, welche ein Tapezierer, Obmann der Freimaurerlogen in Soissons, angefertigt hat. Guyot de Villeneuve hält heute in Gemeinschaft mit dem Major Driant in Soissons eine nationalistiche Versammlung ab, in welcher er die Zettel zur Verlesung bringen wird. De Villeneuve erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß er sich gezwungen sehe, seine Waffen wieder herbeizuholen, weil Koubier wieder alles anbietet, um die nationalistiche Opposition in der Kammer mundtot zu machen. —

Italien.

Der Sturz des italienischen Ministeriums.

Der Katastrophe ging eine dreitägige Redeschlacht voran. Von der sozialistischen Fraktion nahmen die Genossen Ferri und Turati das Wort. Turati erklärte, daß der feindselige Empfang, der dem Ministerium Fortis von der Kammer bereitet wurde, in der parlamentarischen Geschichte Italiens beispiellos dastehet; das zeige, wie groß die Kluft zwischen Parlament und Regierung sei. Der Redner erörterte sodann die ganze politische Situation, die Verwirrung und Ohnmacht der regierenden Kreise, und griff dabei besonders Giolitti an, dessen schwankende Politik die jetzige Krise mitverschuldet habe. Die Impotenz der Regierung in den letzten Jahren habe besonders dazu beigetragen, daß der Merkantilismus sich entwickelnde, als ein Protest gegen den Merkantilismus der Bourgeoisie. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Tag kommen möge, wo Regierung und Parlament endlich damit aufhörten, sich mit kleinlichen Dingen zu befassen und damit begämen, die großen Interessen des Landes wahrzunehmen. — In der gleichen Sitzung kam auch Ferri zum Wort, von der Kammer mit großer Spannung erwartet. In scharf pointierten Sätzen zeichnete er die Situation vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Er sei von dem Wunsche befeuert, daß die normale Leitung und Funktion der Institutionen des Landes die notwendige Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft und gleichzeitig den Aufstieg der Arbeiterklasse ermöglicht. In großen Zügen erörterte er dann all' die Reformen, welche notwendig sind, um die Bevölkerung in bessere wirtschaftliche Verhältnisse zu bringen. Vor allem forderte er das allgemeine Wahlrecht und kritisierte die Haltung der Regierung gegenüber dem Vatikan. — Die beiden sozialistischen Redner wurden vom größten Teil der Kammer lebhaft applaudiert. Das Resultat der Debatten ist durch den Telegraph bereits bekannt geworden: das Ministerium Fortis, das in keiner Partei eine genügende Stütze hatte, ist gestürzt. —

„Man munkelt allerlei.“

In eingeweihten deutschen Kreisen Roms munkelt man, Wilhelm II. plane, demnächst einen seiner katholischen Generale mit vertraulicher Postkarte zum Papst zu senden, einen Mann, der schon zu Zeiten Leo's XIII. mit ähnlichen Aufträgen bedacht worden sein soll.

Ueber den Zweck der Mission sind die Ansichten geteilt. Am interessantesten sind folgende beiden Lesarten: Die deutsche Regierung wolle den Papst bearbeiten, daß er auf die deutsche Zentrumspartei sänftigend einwirke, die in letzter Zeit bei einigen Gelegenheiten nicht ohne weiteres nach der Weise der deutschen Regierung getanz hat. Da der Kenner der Verhältnisse weiß, daß diese Hiererei des deutschen Zentrums auch ohne päpstliche Intervention besagt wird, so hat schließlich noch die andere Lesart mehr Wahrscheinlichkeit: der Papst solle in der Polenfrage mit seinen Schäfchen in deutschen Osten ein „vernünftiges“ Wortlein reden.

Vielleicht glaubt man in den verantwortlichen Kreisen Deutschlands wirklich, daß es opportun sei, den neuerlichen Schiffswechsel zwischen Wilhelm II. und Florian von Stablenitz zur Sicherheit durch freundliches Einbernehmen mit Pius X. zu übergingeln? —

England.

Neuer Geist. Die „National Review“ veröffentlicht einen Artikel, in welchem Keir Hardie das Programm der englischen Arbeiterpartei mit ein paar Strichen skizziert. Nachdem er die Bemerkung gemacht hat, daß die Abgeordneten der Arbeiterpartei der Regierung scharfe Opposition machen werden, nennt er ein paar der nächsten Forderungen, die von der Fraktion vertreten werden sollen: Bewegungsfreiheit für die Trades-Unions, Pensionen für belagte Arbeiter, Lohnminima, Beschäftigung für Arbeitslose durch Aufzucht von Brachland, Ausbau der Landwirtschaft durch Errichtung kleiner Güter, die genossenschaftlich verwaltet werden. . . .

Norwegen.

Grenzfestungspolitik oder Friedenspolitik?

Die Schließung der gegen Schweden gerichteten Grenzfestungen und die Befestigung einer neutralen Zone zwischen beiden Ländern, innerhalb deren keine Festungen angelegt werden dürfen, war bekanntlich eine der Hauptbedingungen, von denen Schweden seine Zustimmung zur Unionsauflösung abhängig machte, und nur ungern gingen die Norweger darauf ein. Aber noch sind diese Schließungsarbeiten nicht ganz vollendet, da beschäftigten sich norwegische Nationalisten schon mit dem Plan, die Kanonen und Panzerlärme der Festungen an anderen Stellen, die „strategisches Interesse“ bieten, anzubringen — offenbar ein Anfang zu neuen Grenzfestungen, wenn auch nur an der Grenze der neutralen

Die Revolution in Rußland.

Die finanzielle Lage Rußlands.

Der letzte Ausweis der russischen Staatsbank hat, wie der „Russ. Courier“ meldet, auch die russischen Finanzkreise in begreifliche Aufregung versetzt, und man beschäftigt sich jetzt mehr denn je mit der Frage, betreffend die Festigkeit der russischen Goldvaluta. Dabei müssen selbst die den extremen Elementen fernstehenden Russen zugeben, daß die während des Jahres 1905 erlittene Einbuße an der Goldvaluta im Betrage von 461 Millionen Rubel, was mehr als 1/2 des gesamten in Rußland im Umlauf sich befindlichen Papiergeldes ausmacht, ein zu trübes Zeichen für den Stand der russischen Finanzen ist. Durch ihr eigenartiges Vorgehen verliert die russische Regierung immer mehr das Vertrauen des russischen Volkes, daher hören die Uebertreibungen des Geldes und Goldes von Rußland nach dem Auslande nicht auf. Unter solchen Umständen ist es natürlich gefährlich, neues Papiergeld in größerem Umfange in den Verkehr zu bringen. Der zwischen der russischen Regierung und dem russischen Volke herrschende Antagonismus wird auch fernerhin zu dem Niedergang der Goldvaluta beitragen, so daß, falls es der russischen Regierung nicht gelingen sollte, bald eine größere Anleihe im Auslande zu machen, das Einwecheln des Papiergeldes in Gold einverleitet werden muß. Das hat auch die russische Staatsbank u. a. veranstaltet, schon jetzt für dreimonatliche Akzente 8 Proz. und mehr zu erheben. Interessant ist, daß, während in Berlin die Rubelnoten etwa zu 218 M. zu haben waren, die russische Staatsbank Schecks auf Berlin zu 216 M. verkaufte. Das russische Volk hat zur Einführung der Goldwährung in Rußland kolossale Opfer gebracht, hat geduldet und sich von ausländischen Kapitalisten in mancher Beziehung ausnutzen lassen, und jetzt steht es vor der gänzlichen Gefährdung der Goldvaluta.

Neue Zufugungen?

Sabb, 1. Februar. (Von einem Sonderberichterstatter.) Der Hauptmonopolladen samt der Spiritusdestillation steht in Flammen.

Preussisches Landesökonomiekollegium.

Das „hohe Kollegium“ beschäftigte sich gestern (Freitag) trotz des katholischen Feiertages weiter mit seinen wichtigen Angelegenheiten. — Die Potsdamer Fleischherstellung petitioniert um Befreiung der Schlachthaussteuer und — Freigabe der einjährigen Kinder! Eine Kommission wird sich in die beiden Fragen vertiefen. —

Vod hat folgende Vorlage eingebracht:

„Gegen die jetzige Organisation der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten für die an sie zu stellenden Anforderungen auf dem Gebiete der Kontroll- und auf dem der Versuchstätigkeit, und welche Vereinbarungen sind anzustreben, um ein einheitliches Vorgehen der landwirtschaftlichen Versuchsanstalten im Deutschen Reich hinsichtlich der Kontrolltätigkeit beim Handel mit Futtermitteln und Düngemitteln sowie Sämereien zu erreichen? — Wie kann insbesondere die durch Untersuchungsgebühren hervorgerufene gegenseitige Konkurrenz der verschiedenen Kontrollstationen beseitigt werden?“

Nachdem die Debatte über diese Vorlage beendet war, kam „die Junpfung mit Kollauskulturen durch Laien“ an die Reihe. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Die innere Kolonisation“ unterbreiteten die Referenten v. Wangenheim und Weg eine Resolution, die in acht Punkten fordert: planmäßige Besiedelung eines Teiles des Großgrundbesitzes in den östlichen Provinzen, billige Kreditgewährung durch provinzielle gemeinnützige Privatgesellschaften, gesetzliche Beschränkung des gewerbmäßigen Handels mit ländlichen Grundstücken usw. — Die Resolution wurde natürlich angenommen.

Der letzte Referent behandelte das Thema „Ländliches Kreditwesen in Preußen.“ — Am Sonnabend Schluß der Vorstellung.

Aus der Partei.

Ein Sozialdemokrat auf der Hintertreppe.

Der Besuch Balthasar Cramers, des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, bei seinem Großherzog hat einen noch weit ernsthafteren Hintergrund, als man aus dem kurzen Hofbericht auch nur zu ahnen vermochte. Cramer hat tatsächlich bei seinem Besuch nicht nur alle Parteitraditionen, sondern auch die Parteiprinzipien gründlich verkehrt. Die Fraktion, der er angehört, hat im Reichstag es ausdrücklich ausgeschlossen, einen wichtigen Posten im Präsidium damit zu erkaufen, daß sie den dafür vorgeschlagenen Genossen verpflichtet, zu Hofe zu gehen. Cramer als Mitglied dieser Fraktion sieht sich über solche Kleinigkeiten hinweg! Aber noch mehr: Er geht zu Hofe und erjudet den Großherzog um ein Stück Einschränkung der sächsischen Selbstverwaltung! — Das ist seit den Zeiten Stegmüllers in der Partei nicht dagewesen!

Das „Offenbacher Abendblatt“ hat bei Cramer selbst Erkundigungen eingelesen und folgendes erfahren:

Die Sache ist wundererfindlich, sie hat aber ein wenig mit „Wohnungsreform“ zu tun. Vor den Toren Darmstadts, am „hohen Weg“, liegt ein Gartengelände, vielen Besitzern gehörig, darunter auch armen Leuten. Ein hübsches Fleckchen Erde. Professor Dibrich, der bekannte Sezessionsist, ging gern da hin- und spazierte; der Mann ist ein Poet. Formen und Farben sind seine Ausdrucksmittel. Seit Jahren hat er fabuliert, wie schön es wäre, da draußen eine Gartenstadt erziehen zu lassen. Und bei dem Fabulieren blieb es nicht; schließlich stellte er die kleinen Besitzer mit seiner Idee an — und am Ende nimmt Balthasar Cramer, der da draußen auch ein ererbtes Fleckchen besitzt, die Sache in die Hand, ein Verein oder eine Genossenschaft der Grundbesitzer wird gegründet, die den Plan befolgt: das ganze Gelände soll zusammengelegt werden zu einem Stück; vorher wird der Wert jedes Stückes Land festgesetzt. Dann soll die Stadtverwaltung bestimmt werden zur Festsetzung eines Bauungsplanes, zweckmäßig geformte Baugrundstücke sollen herausgeschliffen, das Strohhengelände soll unentgeltlich abgetreten werden. Selbstverständlich verfolgt der Verein der Grundbesitzer nicht etwa bloß ideale Zwecke: er will das Gelände vorteilhaft verwerten. Eine alte Erfahrung beweist jedoch, daß Stadtverwaltungen meist ungern an die Erweiterung der Bauungspläne herantreten: das Konsumentenrum hat Einfluß, und es will künstlich das Angebot von Grundstücken beschränken; auch müssen die Hausbesitzer in der inneren Stadt von der Entwicklung der Vorstädte befürchten, daß ein Druck auf die Mieten eintritt. Jedenfalls hat der Grundbesitzerverein Widerstände in der Darmstädter Gemeindeverwaltung zu fürchten und da ist er auf eine Idee gekommen, die Kleinbürgern sehr nahe liegt, von Sozialdemokraten aber abgelehnt werden muß. Er beschloß, den Großherzog für seine Bestrebungen zu gewinnen. Dibrich und Cramer wurden erjudet, bei ihm vorzusprechen. Und Cramer meint, wenn er nun einmal Vorgesandter ist, muß er es auch tun. ...

Sehr richtig sagt unser Offenbacher Parteiblatt zu der Affäre: „Dem der Politik fremden in der Welt künftigerer Formen lebenden und vom Großherzog wiederholt in seinen Bestrebungen

geförderten Dibrich wird niemand gram sein, wenn er zu Ernst Ludwig geht. Und auch Cramer nicht, wenn er etwa mit dem vorurteilreichen Herrn plaudern oder eine Partie Schach spielen will, nur wird er gut tun, die Verzeichnung solcher weltbewegenden Gelegenheiten im Hofbericht sich zu verbitten. Aber in der vorliegenden Geschichte hat nicht Cramer, sondern es hat die sozialdemokratische Partei sich etwas zu verbitten. Dem — die Motive Cramers in allen Ehren — es handelt sich doch darum, daß der Monarch anerkennen wird zu einer Einflußnahme auf die kommunale Selbstverwaltung. Das ist unter allen Umständen zu tadeln, doppelt zu tadeln aber in einer Stadt, die das fast unbeschränkte allgemeine gleiche Wahlrecht zur Gemeindevertretung hat! Ist es wirklich so, daß die Ideen Cramers, was wir gern glauben wollen, auch dem Allgemeininteresse entsprechen, dann war der Versuch, den Fürsten damit zu gewinnen, vom Standpunkte des Sozialdemokraten das allerungeeignetste Mittel. Vielmehr mußte die Masse der Einwohner, mußte das wertvolle Volk mobil gemacht werden; die Interessentwirtschaft sächsischer Grundbesitzer, die auf Emporkommen der Grundwerte und Hochhaltung der Wohnungsmieten gerichtet ist, mußte öffentlich angeklagt und es mußte auf diese Weise die Stimmung geschaffen werden, die ein endliches selbständiges Kompromißreiches Vorgehen der Sozialdemokratie bei den nächsten Darmstädter Stadtverordnetenwahlen erfolgreich macht. Statt dessen geht Cramer zu Hofe — er schädigt damit die Aktionskraft der isolierten Partei und gibt den Gegnern der Demokratie Gelegenheit zum Spott.“

Der Entwurf zum bayerischen Organisationsstatut beschäftigte den sozialdemokratischen Verein Nürnberg, die stärkste Parteiorganisation Bayerns. Es wurde beschlossen, eine Reihe Änderungsanträge an den Landesparteitag zu stellen. Unter anderem sollen die ordentlichen Versammlungen nur alle zwei Jahre, anstatt alljährlich, abgehalten werden, für die Erneuerung sollen die gleichen Bestimmungen gelten wie für den Landesparteitag. Zu den Bestimmungen über den Landesvorstand wird beantragt, daß der Sach, wonach die sozialdemokratische Landtagsfraktion drei von den sieben Mitgliedern des Landesvorstandes ernennen soll, zu streichen und zu bestimmen, daß der Landesparteitag die Wahl des Landesvorstandes dem Orte zu übertragen das Recht hat, an dem der Landesvorstand seinen Sitz hat. Der Sitz des Landesvorstandes soll vom Parteitag bestimmt werden, während der Entwurf als solchen München bestimmen will. Unter die Aufgaben des Landesparteitages soll auch die Entgegennahme des Berichtes der Landtagsfraktion eingereiht werden. Von den Würzburger Genossen ist an den Parteitag der Antrag gestellt, den Kreis Unterfranken vom Gau Nordbayer abzutrennen und einen eigenen Gau aus ihm zu bilden; ähnliche Wünsche sind auch schon bezüglich Oberfrankens laut geworden. Die Versammlung sprach sich entschieden gegen solche Verreibungen aus, da diese keinen Gauen nicht leistungsfähig wären und keinen Beamteten befehlen könnten, somit in der Agitation schlechter fahren würden. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Parteibeiträge. Der Entwurf des Landesvorstandes will den regelmäßigen Monatsbeitrag auf 10 Pf. festsetzen und nur davon 20 Proz. an die Gesamtpartei abführen, während außerdem für die Verwendung im Lande und in den Gauen noch ein monatlicher Mindestzuschlag von 15 Pf. erhoben werden soll. Alle Redner wandten sich entschieden gegen diesen Vorschlag, Genosse Simon bezeichnete ihn als illoyal und bemerkte, wenn man ihn zum Beschluß erheben würde, so hätte die zuweilen bemerkbare Antipathie gegen den Süden eine große Berechtigung. Es wird beantragt, den regelmäßigen Beitrag auf 25 Pf. festzusetzen, wovon 20 Proz. an den Gesamtvorstand und 20 Proz. an den Gauvorstand abzuführen sind. Der Gauvorstand hat von seinen Einnahmen wieder 40 Proz. an den Landesvorstand abzuführen. Werden höhere Beiträge erhoben, so werden an die anderen Korporationen die gleichen Prozentsätze abgeführt. Zur Vereinfachung der Geschäfte hat der Landesvorstand bei Abgabe der Marken und Bücher an die Gauvorstände fogleich die auf ihn entfallenden Beitragsanteile zu erheben, in gleicher Weise hat der Gauvorstand gegenüber den einzelnen Vereinen zu verfahren.

Das Wiederaufnahmegesuch des vor vier Jahren mit drei anderen Genossen aus dem Verein ausgeschlossenen Genossen Speherer wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Auch ein Afrisaprojekt. Das Bezirkskommando in Eiberfeld hatte im Herbst v. J. an die Sanitätsmannschaften des Wehrlandestandes ein Schriftstück geschickt, durch das die Empfänger in militärischen Kommandosil aufgefördert wurden, dem Hauptmeldeamt sofort zu melden, ob sie zum Eintritt in die Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika oder Kamerun bereit seien. Dieser kategorische Imperativ eines Bezirkskommandos wurde in der Eiberfelder „Freien Presse“ und der Solinger „Wergischen Arbeiterstimme“ abgedruckt und entsprechend gewürdigt. Da aber nach Ansicht gewisser Leute die militärischen Institutionen heilig und unangreifbar sind, so wurde die Anklage wegen Beleidigung des Bezirkskommandos in Eiberfeld gegen beide Blätter erhoben. Am Donnerstag hatten sich um die Genossen Hoffmann-Eiberfeld und Teifel-Solingen als die verantwortlichen Redakteure der beiden Blätter vor der Strafkammer in Eiberfeld zu „verantworten“. Die Verhandlung machte den Eindruck, daß der Strafantrag gar nicht vom Bezirkskommando, sondern von anderer Stelle, wahrscheinlich von der Staatsanwaltschaft, angeregt wurde. Der als Zeuge geladene Hauptmann vom Bezirkskommando erklärte auf die diesbezügliche Frage nach einigen Zögern ja allerdings, daß er sich durch den Artikel beleidigt fühle, aber die Form der oben bezeichneten Aufforderung des Bezirkskommandos rechtfertigte er nicht; sie sei von einem Untergebenen verfaßt worden und er habe sie nicht gefasst. Aber dennoch erfolgte Verurteilung: Hoffmann erhielt eine Geldstrafe von 150 M. und Teifel eine solche von 200 M. Letzterer soll deshalb 50 M. mehr zahlen, weil er dem Artikel noch eine Bemerkung beigegeben und — zweimal vordem ist, während Hoffmann nur einmal dieses preussische Vergnügen gehabt hat.

Pollzeiliches aus Ostpreußen. Mit dem eigenartigen Bescheide, weil der Vorgesetzte des Bauhilfsarbeiterverbandes (Rahstille Gumbinnen) ein Ausländer sei, wurde die am 28. Januar einberufene öffentliche Bauhilfsarbeiterversammlung von der Polizeibehörde in Gumbinnen verboten. In der Versammlungsfotale hatten sich zahlreiche Besucher eingefunden, und ehe noch die Versammlung eröffnet war, erjudete der Polizeibeamte die Anwesenden, den Saal zu verlassen. Es wurde dagegen protestiert, doch der Polizist berief sich auf den Bescheid, und so mußte das Lokal geräumt werden. Nur der Wächter des Lokals durfte nach erteilter Erlaubnis im Saale verbleiben. Das ist wieder eine echt ostpreussische Polizeitaktik. Es ist ja für uns Untertanen gewiß nicht leicht, uns im Vereins- und Versammlungsrecht zurechtzufinden, aber soviel wissen wir doch, daß sich in dem Gesetz nicht ein Wort davon befindet, daß eine Versammlung aus dem obigen Grunde verboten werden kann. Noch viel weniger steht in dem Gesetz, daß Personen aus einem Lokal gewiesen werden können von Leuten, die gar nicht das Hausrecht besitzen, denn von einer Versammlungsausschließung konnte keine Rede sein, da noch keine Versammlung eröffnet war. Die meinen, das sollten auch die unteren Polizeigebirge wissen. So viel Gesetzeskenntnis müssen sie nun einmal haben, wenn sie ihr Amt versehen und die Bürger nicht der gezeigermäßigen Rechte berauben wollen. Und selbst wenn man den Artikel 29 der preussischen Verfassung betrachtet, der den Preußen das Recht gibt, sich zu versammeln, so hätte im aller-

schlimmsten Falle auf die Entfernung des Ausländers gedrungen werden können. Es ist selbstverständlich, daß wir natürlich eine derartige Auslegung nicht gelten lassen, aber zur Entschuldigung der Polizeitaktik könnte man es vorbringen. Aber das Schönste an der Geschichte ist, daß es sich gar nicht um einen Ausländer handelt. Der Mann ist deutscher Reichsangehöriger, was auch seine Geburtsurkunde beweist, die sich in Gumbinnen auf dem Bureau befindet. Und seit Jahren arbeitet der Genosse in Deutschland und zahlt auch Steuern. Man sieht — der Fiskus nimmt ihn die Steuergrößen ab — auf der anderen Seite macht ihn die Polizei zu einem rechtlosen Menschen und schädigt auf diese Weise noch zahlreiche andere — die selbst in den Augen der Polizei Preußen sind. — Es wird selbstverständlich Beschwerde geführt werden.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher.

Berlin hat seine Vorzüge. „Geschmackvolle“ Denkmäler, königliche Polizei, teure Mieten und dergleichen „Annehmlichkeiten“ mehr. Den Hausfrauen besonders fühlbar macht sich seit einiger Zeit eine empfindliche Verteuerung des Hausbrandes. Wir berichteten seinerzeit, daß unter der Führung der Gesellschaft „Ife“ das Großhändler-tum eine Verteuerung der Britetts beschlossenen hat. Es wurde damals auch bestimmt, daß diejenigen Händler, welche unter den festgesetzten Preisen abgeben, unachtsamlich gesperrt werden sollen. Natürlich fügten sich die Händler, obwohl sie auf Vorhalt erklären können: Wir würden wohl etwas billiger liefern, wenn wir nur dürften. Da aber viele Abnehmer bestimmte Marken unbedingt verlangen, müssen wir uns dem Nachgebot der betreffenden Firmen fügen. — Dem Vorgehen von „Ife“ haben sich noch einige andere Firmen angeschlossen und da bekanntlich der Hunger während des Essens sich einstellt, braucht man sich kaum darüber zu wundern, daß für dieses Jahr noch weitere Preis-erhöhungen geplant sind. Die Sommerpreise sollen in Zukunft die jetzt geltenden exorbitanten Winterpreise noch überholen und für den folgenden Winter werden die nächsten Sommerpreise natürlich wiederum überboten. Britetts sollen um 10 bis 15 Pf. pro 100 Stück im Preise steigen, für den Scheffel Koks will man 75 bis 80 Pf. einheimen und Steinkohlen sollen auf den horrenden Satz von 1,20 Mark gebracht werden. Bei dem ungeheuren Verbrauch Berlins an Brennmaterialien bedeuten solche Preiserhöhungen für das menschenfreundliche Unternehmertum Millionenheute. Im Jahre 1905 betrug die Zufuhr nach Berlin — abzüglich des Verandes — an Braunkohlen und Britetts 1 656 483 Tonnen. Eine Preissteigerung um 10 Pf. pro Zentner brächte ein Mehr von rund 3 1/2 Millionen Mark! Teilweise sollen die Preise aber um mehr wie 10 Pf. in die Höhe geschraubt werden. Dazu käme ferner noch die Mehr-heute aus dem Verschleiß an Koks und Steinkohlen, deren Gesamtzufuhrenmengen sich in 1905 auf 3 1/2 Millionen Tonnen belief. Der Konvention, bei der die Gesellschaft „Ife“ das treibende Element ist, haben sich noch die Firmen „Monopol“, „Kataber“ und die Anhaltischen Kohlenwerke angeschlossen. Die Hausfrauen könnten der wilden Preistreiberet etwas entgegenwirken, wenn sie den Produkten der der Konvention nicht angeschlossenen Firmen den Vorzug geben. Dann bräuchten auch die Händler keine Angst mehr zu haben, boykottiert zu werden und die freien Unternehmer kommen nicht in die Zwangslage, sich der Diktatur der Konvention unterwerfen zu müssen. Daß etwa die Stadt Berlin in großzügiger Weise die Kohlenversorgung in die Hand nimmt, ist ja nicht zu erwarten, deshalb sind die Hausfrauen auf die Selbsthilfe angewiesen. Auch die Konsumentenvereine könnten durch gemeinsames Vorgehen, durch große Abschlässe event. in Vöhmern usw., einen heilsamen Druck auf die allzu begehrlischen Kohlengezwaltigen ausüben. Die Plünderung der Konsumenten mit einem dem Volke gebührenden Naturhaß durch das kapitalistische Unternehmertum zeigt übrigens auch recht drastisch die Kulturwidrigkeit dieser Gesellschaftsordnung, von der das Volk schließlich nur durch die Sozialisierung der Produktion und Distribution befreit werden kann.

Eine agrarische Pleite. Aus Camberg berichtet die „Frankf. Ztg.“: Auf der außerordentlichen Generalversammlung der Kornhaus-Genossenschaft verlangte man namens der Mehrheit die Konturs-eröffnung. Der stellvertretende Generaldirektor Baron Wengershausen aus Reunwid gab zu, daß sehr traurige Verhältnisse herrschen und beschwichtigte die Erbitterung durch das einstweilen unverbindliche Versprechen, daß die Reunwieder Raiffeisen-Zentrale auch dieses Defizit mit 92 000 M. decken wolle. Die agrarischen „Erfolge“ zwingen zu dem Schluß: Die staatliche Subventionpolitik hat die agrarische Sippe für jede Selbsthilfe im wirtschaftlichen Betriebe unfähig gemacht. Es wird die allerhöchste Zeit, mit der Protektionismus zu brechen, damit nicht für die Zukunft jede Aussicht auf Besserung ausgeschlossen erscheint. Je mehr die Schokolinder verhärtet und mit Liebesgaben erzogen werden, desto frecher und verzogener werden sie. Das muß das deutsche Volk allgütig erfahren, es hat die Affenliebe der Regierung zu den Junkern mit Hungerzöllen und Knebelberufen zu bezahlen.

Ein russisches Kohlenlokal. In Süd-Rußland ist die Gründung eines Syndikats geplant, das die Ausbeute der reichen Kohlenlager des Donezbeckens betreiben will. Französisches Kapital steht hinter der Gründung.

Neue Goldgruben in Ungarn. Aus Kőrösbanja wird berichtet, daß im Gebiete der Gemeinden Baracs und Cebre reiche Goldfunde gemacht wurden. Aus den Nagura- und Karacsbergen sollen bereits die Römer reiche Ausbeute gehabt haben und auch das königlich ungarische Montanariat hat zu Beginn des verflossenen Jahrhunderts dort Goldbergbau betrieben; in letzterer Zeit war der Betrieb vollkommen vernachlässigt. Der geologische Landesverein hat im Sommer die Gegend untersucht, wobei der außerordentliche Reichtum der Landschaft festgestellt wurde. Es wurden an Nagura versuchsweise Bohrglöben vorgenommen und im Gestein dieses Berges 8 Gramm Gold pro Tonne ermittelt. Den fortgesetzten Untersuchungen gelang es aber, in Kőrösbanja selbst in den disjunktiven Geröllschichten Schwemmgold zu entdecken. Probewaschungen haben in der Tonne 2 Gramm Gold erkennen lassen.

Ueber die Preispolitik der Zentrale für Spiritusverwertung wird in Interessentenkreisen lebhaft gellagt. Der Jahresbericht der Handelskammer zu Bielefeld für 1905 bejaupet in einer Eingabe an den Handelsminister, daß die Zentrale die Preise für Spiritus willkürlich herauf- und herabsetze. Zum Beweise dafür wird angeführt, daß sie beispielsweise den an sich schon außerordentlich hohen Spirituspreis im August 1904 um weitere 4 M. erhöht hat, nur weil die Ernte an Kartoffeln voraussichtlich nicht gut ausfallen würde. Im Jahre 1905 dagegen, als die Aussichten für die Kartoffelernte glänzend waren, wartete die Zentrale mit der Herabsetzung des sehr hohen Preises bis Oktober und setzte dann den Preis nur zögernd um 3 M. und weiter noch zweimal um 4 M. herab. Trotz dieser Herabsetzung steht der heutige Spirituspreis noch mindestens 10 M. über dem normalen Preise. Außerdem habe seit dem Verstehen der Zentrale auch die Qualität des besten Spiritus und des Kornspiritus gelitten. Da die Kartellkommission sich nachdenklich mit der Zentrale für Spiritusverwertung beschäftigen wird, so ist ja den Interessenten Gelegenheit gegeben, ihre Klagen möglichst aus-

fährlich vor der breitesten Öffentlichkeit vorzutragen und nachprüfen zu lassen.

Wirkung der hohen Rohstoffpreise. Die Klage über gestiegene Löhne, selbst wenn es sich nur um Einkommensteigerung aus verlängelter Arbeitszeit handelt, ist den Unternehmern zur zweiten Natur geworden. Berücksichtigt man das, dann kommt man zu einer richtigen Würdigung der Stimmen, welche die Wirkungen der Preissteigerungen für Rohmaterialien kundgeben. Die Porzellanfabrik Schönwald führt den Rückgang ihres Gewinnes auf die Steigerung der Rohmaterialienpreise zurück. Ähnlich wie die vorstehende Firma äußert sich der Verwaltungsbericht der Maschinenfabrik Wegelin u. Söhne A.-G. in Halle. Der Bericht sagt: Im Jahre 1905 waren dem Geschäftsbetrieb zufolge sämtliche Betriebe mit Ausnahme der ersten Monate mit Lieferungsauflagen so reichlich versehen, daß dieselben nur unter Zuhilfenahme von Ueberstundenarbeit bewältigt werden konnten. Der vorjährige Umsatz wurde nicht unerheblich überschritten, aber trotzdem nur ein etwas größeres Nettovermögen wie im Vorjahr erzielt, weil einerseits die Preise für Rohmaterialien und Halbfabrikate, welche fast sämtlich importiert sind, sowie die Arbeitslöhne beträchtliche Steigerungen erlitten, andererseits und zwar infolge des in der Maschinenindustrie noch immer herrschenden starken Wettbewerbes die Preise der Fertigfabrikate nicht erhöht werden konnten. — Daß bei Ueberstundenarbeit die Löhne steigen, ist, wenn man nicht Lohnrückläufer als das natürliche und selbstverständliche betrachtet, wohl nicht sehr verwunderlich. Eine solche Lohnsteigerung bedeutet die Produktionskosten natürlich nicht, die beklagte Belastung ist lediglich auf die Verteuerung der Rohmaterialien zurückzuführen. Mit Inkrafttreten der Handelsverträge, wenn die Holzindustrie durch erhöhte Zölle noch etwas auf die Selbstkosten gepaßt bekommt, wird die Syndikatspreispolitik sich noch schärfer unangenehm bemerkbar machen.

Kongostaatliches.

Das Kaufschulregime am Kongo nimmt ungehindert und ungehindert seinen Fortgang. Von 1898 bis zum April 1905, in etwa 7 1/2 Jahren, sind vom Kongo zirka 34 000 Tonnen Kaufschul im Werte von zirka 850 Millionen Frank nach Antwerpen exportiert worden! Der deutsche Handel hat an diesen Umsätzen keinen Anteil.

Wie gelangte der Kongostaat und seine Monopolfeststellungen — denn nur diese haben nach den kongostaatlichen Verordnungen ein Recht auf die Bodenerzeugnisse des Landes — zu diesem enormen Export?

Des Königs eigene Untersuchungskommission gibt Antwort auf diese Frage:

„... es folgt daraus, daß überall im Kongo die Eingeborenen den Kaufschul nur unter Anwendung von Gewalt, direkt oder indirekt angewandter Gewalt, sammelten.“

„Gewalt“ im Kongostaat bedeutet Mord und Grausamkeit, die die fürchterlichen „Maisons d'hotages“, Ketten und Mißhandlungen; das sind die Mittel zur moralischen und materiellen Wiedergeburt, die König Leopold dem Volke feierlich zugesichert hat!

Es kann nicht länger von „angeblichen“ Grausamkeiten die Rede sein; diese Dinge sind als tatsächlich durch die Kommission des Königs festgestellt worden. Reformen werden dem auch in Aussicht genommen und im Schoße einer Kommission von vierzehn Personen beraten, die alle mehr oder minder an der profitablen Ausbeutung des Kongos interessiert sind: wie aber sollen Reformen eingeführt werden, wenn an dem System der Ausbeutung, an dem System der maßlosen Knechtung des Volkes nicht gerüttelt werden darf?

Und da kommen Deutsche her und treiben ihren Landsleuten die Schamröte ins Gesicht, indem sie ihre Feder und ihre Person in den Dienst des Kongostaates stellen und dieses, allem Recht und aller Gerechtigkeit Hohn sprechende, die deutschen sowohl wie jede anderen Handelsinteressen im Kongo einfach ersinkende System verherrlichen und beschönigen.

Die Gründe, welche diese Verteidiger des Kongostaates unter Verleumdung und Verdächtigung der Gegner derselben, für ihre Agitation ins Treffen führen, sind alle der samosten „Vérité sur le Congo“, dem „Organ des Kongostaates zur Vertretung der belgischen Interessen im Auslande“ entnommen, werden von diesem dann wieder als neue Beweise der gerechten Sache abgedruckt, und verlohnen sich nicht, aufs neue widerlegt zu werden.

Die „Tägliche Rundschau“ vom 17. Januar 1905 bringt eine vernünftige Charakteristik dieser „Vérité“ aus der Feder eines ansehnlichen kompetentesten Kolonialpolitikers.

In der ganzen zivilisierten Welt, in England, Amerika, Italien, Frankreich und nicht zum wenigsten in Belgien selbst erhebt sich Protest gegen die klar zutage tretenden unheilvollen Schäden und die jahrelange Drangsalierung des Volkes der Eingeborenen, welches in den Kaufschuldispositionen mittellos zugrunde gerichtet wird. Überall strecken sich den Kersten der Armen barmherzige Hände entgegen, um sie aus der Not und dem Elend zu befreien — nur in Deutschland regen sich keine Hände, und die sich regen, sind zum größten Teil wieder erlahmt —; gefühllose Agitatoren dagegen helfen den Reingern und Wutsängern die Mißhandlungen schwingen und veröffentlichen der Öffentlichkeit klar zu machen, daß alles aufs beste sei in diesem besten aller Kongostaates.

Der solcherseits, mag glauben es sei übertrieben und mancher nimmt vielleicht Anstoß an der Art dieser Darstellung; — aber die Wahrheit der Verhältnisse kann nicht geleugnet werden:

Die Beweise für ein unbeschreiblich grausames Vorgehen des Staates und seiner Monopolfeststellungen bei der gewalttätigen Eintreibung willkürlich auferlegter, schier unerschwinglicher Abgaben an Kaufschul und dergleichen und Lebensmitteln für den Unterhalt der Stationen treten in dem Bericht der Kommission für den der sehen will, klar zutage.

Welches sind die Gründe, die Deutschland verhindern, sich der Reformbewegung gegen den Kongo, die durchaus berechtigt und gerechtfertigt ist, aus der der deutsche Handel nur Vorteil ziehen kann, anzuschließen?

Das Schlagwort: „Wir werden uns hüten den Engländern die Kassen aus dem Feuer zu holen“, entbehrt durchaus jeder Begründung. Nicht englisch soll der Kongo werden, sondern frei. Fürst Bismarck schloß die derzeitige Konferenz, aus der der Kongostaat hervorging, mit den Worten:

„Reine Herren! Unsere Konferenz ist nach langen und mühsamen Beratungen am Schluß ihrer Arbeiten angelangt, und ich bin glücklich, zu konstatieren, daß dank Ihrer Bemühungen und dem verständlichen Geiste, der bei unseren Verhandlungen gewaltet hat, eine vollständige Uebereinstimmung über alle Punkte des uns vorgelegten Programmes erzielt worden ist.“

Die Befehle, welche wir im Begriff sind zu sanktionieren, sichern dem Handel aller Nationen den freien Zutritt in das Innere des afrikanischen Kontinents. Die Garantien, mit denen die Freiheit des Handels im Westen des Kongo umgeben sein wird, und die in den Kongo- und Niger-Schiffahrtsakten getroffenen Bestimmungen sind dergestalt, daß sie dem Handel und der Industrie aller Nationen die günstigsten Bedingungen für ihre Entwicklung und ihre Sicherheit bieten.

Durch eine andere Reihe von Bestimmungen haben Sie Ihre Fürsorge für das moralische und materielle Wohl der eingeborenen Bevölkerung bewiesen und es ist zu hoffen, daß diese vom Geiste weiser Mäßigkeit eingegebenen Grundzüge Früchte bringen und dazu beitragen werden, diese Völker der Wohlthat der Zivilisation teilhaftig zu machen.“

Und welches sind die Resultate des Systems der Verwaltung des Kongostaates, wie sie nach und nach bösig im Gegensatz zu den Absichten der Signatarmächte in die Erscheinung getreten sind?

Die Unterdrückung jeglichen durch die Alte gewährleisteten freien Handels auf der einen — Ströme von Blut und Tränen, Verwüstung und Entvölkerung auf der anderen Seite!

Thyffens Monopolspreisen. Langsam aber sicher nähert sich die Gruppe Thyffens, Stimmes, Ganiel dem Ziele, ein Elektrizitätsmonopol zu schaffen. Wiederrum sind zwei Werke unter ihre Kontrolle gebracht. Wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, hat das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk in Essen das Elektrizitätswerk

„Vergeselt“ in Brühl sowie das Vergeselt Elektrizitätswerk in Solingen erworben. Außerdem erwarb die Gesellschaft Beteiligungen an der Duisburg-Düsseldorf-Kleinbahn, an der Kreis Ruhrort-Strahlenbahn und an der Krefelder Straßenbahn.

Dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gingen von unterrichteter Seite Mitteilungen zu über zweifelhafteste Firmen in Liverpool und Marseille. Interessenten erhalten weitere, jedoch nur mündliche Auskunft im Bureau des Vereins, Jägerstr. 22, während der Geschäftsstunden von 9—1 und von 4—7 Uhr.

Ein Gesetzentwurf betreffend die Ermächtigung, die Veräußerung von Bankbilletts auf 5 Milliarden 800 Millionen zu erhöhen, wurde gestern (Freitag) in der französischen Deputiertenkammer beraten. Doutard (Soz.) vertrat die Ansicht, die Vernehmung der Bankbilletts sei ungerechtfertigt. Der Berichterstatter Jules Roche, verteidigte die Vernehmung als notwendig und gerechtfertigt. Deloncle (Republikaner) verteidigt gleichfalls den Gesetzentwurf, der dem Interesse des Publikums diene. Darauf wurde der Gesetzentwurf angenommen und die Beratung des Budgets fortgesetzt.

Soziales.

Häftlingskongress-Protokoll. Das Protokoll über den am 16. und 17. Januar cr. in Berlin stattgefundenen Häftlingskongress ist im Druck erschienen und zum Preise von 20 Pf. pro Exemplar zu beziehen. Als Anlagen sind demselben der betr. Gesetzentwurf nebst Begründung sowie die Denkschrift beigegeben, welche von der Kongresskommission Anfang Januar cr. dem Bundesrat und Reichstag zugesandt wurde. Bestellungen sind zu richten an E. Deisinger, Hamburg I. Höhe Weiden 84. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Versicherungspflicht der in der Hausweberei tätigen Personen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Brandenburg erläßt folgende Bekanntmachung, die für die Hausweberei von Interesse ist:

„Ueber die Versicherungspflicht der neben ihren Ehemännern in der Hausweberei tätigen Frauen herrscht noch immer Unklarheit. Es wird daher darauf hingewiesen, daß diese Frauen nur dann der Versicherungspflicht unterliegen, wenn sie selbständig tätig sind.“

Die Selbständigkeit ist ohne weiteres anzunehmen, wenn Mann und Frau für verschiedene Fabrikanten arbeiten. In diesen Fällen sind daher stets Beitragsmarken zu verwenden.

Arbeiten Mann und Frau für den gleichen Fabrikanten, so sind für die Frau nur dann Beitragsmarken zu verwenden, wenn

- a) die Gewebe von Mann und Frau besonders abgeliefert werden;
- b) die Frau ein eigenes Ablieferungsbuch besitzt, oder bei gemeinschaftlichem Ablieferungsbuch die Gewebe der Frau in besonderer Bezeichnung ist;
- c) der Lohn für die Frau getrennt, wenn auch auf gemeinsamem Konto, berechnet wird;
- d) die Frau für die von ihr angefertigten Gewebe allein verantwortlich ist.

Sind derartige Merkmale nicht vorhanden, so ist die Frau als Gehilfin ihres Ehemannes anzusehen und nicht zu versichern.

Wenn Zweifel über die Versicherungspflicht bestehen, ist die Auskunft der unteren Verwaltungsbehörde (Landrat bzw. Magistrat) einzuholen.“

Es kann unerörtert bleiben, ob die Bekanntmachung, soweit sie sich auf die Nichtversicherungspflicht in dem Falle des Arbeitens bei demselben Fabrikanten bezieht, dem Gesetz und der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes unter allen Umständen entspricht. Zweifellos trifft der Inhalt der oben wiedergegebenen Bekanntmachung in der Regel zu. Die Notwendigkeit einer besonderen Bekanntmachung erweist, wie notwendig eine klarere und umfassendere Gestaltung der Invaliditätsversicherungs-Vorschriften für Hausindustrielle ist.

Die Fischzucht in der Lüneburger Heide macht Fortschritte. Nach einer neueren Zählung wurden über 2400 Nischeiche, hauptsächlich mit Karpfen besetzt, festgestellt. Es ist das erklärlich, wenn man sich die Erträge derartiger Teiche vergegenwärtigt. Ein alter Bauer sagte kürzlich, daß ihm der Morgen Karpenteich etwa 50 M., der Morgen Forellenteich zirka 100 M. einbringe, ein Morgen Aderland im besten Falle 18 M. Pacht. Eben derlei Bauer meinte, seine Nischeiche hätten ihm soviel eingebracht, daß er seinen Entschloß habe studieren lassen können. Der sonst nicht sehr ertragsreiche Boden kann gar nicht vorteilhafter ausgenutzt werden. Auf amtliche Nachfrage im Sommer haben 370 Gemeindevorsteher aus Heidedörfern berichtet, daß im Gebiet ihrer Gemeinde noch Platz und Gelegenheit zur Anlage von Nischeichen sei. Von den damals festgestellten über 2000 Teichen waren 1888 Hektar Karpenteich und 168 Hektar Forellenteich, die jährlich mindestens 500, wahrscheinlich aber sogar 750 Doppelzentner Karpfen (60—90 000 M. wert), 23 Doppelzentner Schleie (5000 M.), 25 Doppelzentner Salomoniden (12 500 M.) und 25 Doppelzentner Bachforellen (12 500 M.) liefern. Mit einem kleinen Bruchteil der für das Hereroland und andere kolonialpolitische Schwärmereien verausgabten Gelder ließe sich die Lüneburger Heide in noch weit erheblicher Weise kolonisieren.

Genossenschaftsfeinde. Zu der gestrigen Notiz über die Kritik des „Genossenschafts-Pionier“ wird uns mitgeteilt, daß uns insofern ein unangenehmer Irrtum unterlaufen ist, als wir das Blatt als Blatt der Konsumgenossenschaften für Berlin und Umgegend bezeichnet hatten. Die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend sieht dem „Genossenschafts-Pionier“ völlig fern und ist auch mit den Ausführungen des von uns bekämpften Artikels S. K. keineswegs einverstanden. Wir freuen uns, daß unsere Annahme danach bestätigt wird, daß eine Konsumgenossenschaft, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, den S. K.-Artikel nicht billigen kann.

Gerichts-Zeitung.

Bekleidung unter allen Umständen. Unsere Leser entsinnen sich aus verschiedenen Prozessen, so dem aus der „blanken Hölle“, daß Gerichte die wenig seltsame Anschauung vertreten, wenn jemand glaubt Anlaß zur Beschwerde zu haben, habe er kein Recht, sich durch Inanspruchnahme der Presse in die Öffentlichkeit zu stürzen. Er handle nur dann in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn er sich über den Vorfall bei der betreffenden Behörde beschwere. Daß ein Bürger aber auch gar dann bestraft wird, wenn er, zur Beschwerde aufgefordert, sich beschwert, lehrt eine vor dem Potsdamer Schöffengericht am Donnerstag stattgefundenen Gerichtsverhandlung.

Wegen Bekleidung des Ober-Jahmeisters Lottmann vom Leib-Garde-Fusaren-Regiment in Potsdam hatte sich vor dem dortigen Schöffengericht der frühere Pächter der Kantine der Leib-Garde-Fusaren, jetzige Kaufmann Andreas Weiße aus Potsdam zu verantworten. In den Verhandlungen, die erst spät nachmittags ihr Ende erreichten, waren zwanzig Zeugen geladen. Der Angeklagte war früher Sanitätsarzt am Leib-Garde-Fusaren-Regiment und hatte als solcher den damaligen Kommandeur Oberst von Hallenberg während seiner schweren Nervenerkrankung gepflegt. Als er im Jahre 1900 den Dienst quittierte, erhielt er gegen 8000 Mark Pacht die Kantine des Regiments. Er wurde der Kaffee- und Hof-Lieferanten Vogel, der durch seinen Bruder Richard die Kantine bewirtschaftete. Mit dem Wechsel des Regimentskommandeurs wurde die Kantine im Jahre 1902 neu verpachtet und zwar zum Preise von 12000 Mark. Weiße erhielt auch darauf den Zuschlag, obgleich er einen Mitbewerber in der Person des Sergeanten Sollerz hatte, der bei der abemaligen Verpachtung im Jahre 1905 wiederum als Konkurrent auftrat. Aber auch diesmal

wieder erhielt Weiße den Zuschlag mit 12000 Mark, trat aber schon vor dem 1. April von der Pachtung freiwillig zurück und hat um ein Zeugnis. Bei der Unterredung, die er darauf mit dem Oberst von Marschall hatte, erhob Weiße gegen den Ober-Jahmeister Lottmann den Vorwurf, daß er von diesem schikaniert würde, weil er sich ihm nicht erkenntlich zeige. Der Oberst forderte den Angeklagten darauf auf, seine Beschwerde schriftlich einzureichen. Darauf richtete Weiße am 10. Februar 1905 eine Eingabe an den Kommandeur, in welcher er mit Bezug auf die Unterredung gegen den Ober-Jahmeister Lottmann geltend machte, er schikaniere ihn seit langer Zeit, zweifle die Qualität des Bieres an, obgleich alle damit zufrieden wären, bemängelte die Mäsfüllung und schädigte ihn geschäftlich, da er es veranlaßt, daß ihm der Verkauf von Wurst, Holzpantoffeln und Drillsachen entzogen sei. Außerdem habe Lottmann die Erhöhung der Pacht durchgeleitet, deshalb den Sergeanten Sollerz und andere zur Mitbewerbung veranlaßt und dies alles, weil er nicht, wie sein Vorgänger Vogel, an Lottmann Geld- und andere Geschenke mache, wie dies der Bruder Vogels wiederholt erklärt habe. Lottmann habe zudem moralische Versüßungen in intimen Verkehr getrieben sei. Als guter Staatsbürger erachtete er es für seine Pflicht, das unwürdige Verhalten Lottmanns zur Anzeige zu bringen. Gegen letzteren wurde darauf militärgerichtlich eingeschritten, doch wurde er in dem Verfahren vollständig freigesprochen. Nunmehr wurde gegen Weiße eingeschritten. Er gab zu dem eingehenden Schriftstück die Erklärung ab, daß er von der Wahrheit seiner Behauptungen überzeugt sei. In der Beweiserhebung bekundete Oberst v. Marschall, daß er Weiße auf die schwereren Anschuldigungen in seiner Eingabe aufmerksam gemacht habe. Es habe sich nicht ergeben, daß Ober-Jahmeister Lottmann den Angeklagten schikaniert habe, als Mitglied der Kantinekommission hatte Lottmann das Recht, über den Betrieb zu wachen. Er hat Weiße sogar Wohlwollen gezeigt. Oberst Graf Dohna befanderte, daß die Pachtverhöhung auf seine Initiative zurückzuführen sei, ebenso das Verschaffen von Wurst usw., welche die Mannschaften gratis erhielten. Mehrere Wachmeister jagten aus, daß Sergeant Sollerz erklärte, als er den Zuschlag bei der Kantineverpachtung nicht erhielt, er habe ja noch Zeit und diene weiter. Eine Scheinbeweise des Sollerz lag nicht vor. Sollerz, der mit Weiße nicht gut stand, hat ihm indessen einmal sagen lassen, daß er die Erhöhung der Pacht ihm zu verdanken habe, weil er mitgegeben. Es wurde festgestellt, daß der Handel mit Drillsachen überhaupt vom General-Kommando verboten wurde, so daß Lottmann gar nicht zugunsten des Regimentschneidemeisters dem Angeklagten den Handel entziehen konnte. Verschiedene Zeugen behaupten darauf, daß der frühere Verwalter der Kantine, Richard Vogel, Vorgänger des Angeklagten, sich mehrmals geäußert hat, Weiße möge den Ober-Jahmeister nicht so spiden, wie dies sein Bruder, der Hoflieferant Vogel (Spatenbräu), getan habe, welcher monatlich einen Mann und zu Neujahr einen Brauen an Lottmann gegeben. Zeuge Kaufmann Otto Kühn, Kantineverwalter aus Berlin, hat diese Vernehmung auch gehört und gesehen, wie eines Abends Lottmann den Angeklagten schikaniert hat, worauf dieser laut sagte: „Na spiden tu ich ihn doch nicht.“ Lottmann hörte diese Worte ruhig mit an. Richard Vogel kann sich auf Verurteilungen derartiger Art nicht mehr bestimmen. Sein Bruder, der Hoflieferant Vogel, bestritt mit aller Entschiedenheit, jemals an Lottmann Geldgeschenke gegeben zu haben. Von seinem Bruder gab er die Charakteristik, daß er ein großer Raufbold sei und Sachen, die unwahr sind, so wahrheitsgetreu erzähle, daß er sie selber glaube. Er habe dadurch schon viel Ärger bereitet, sei er doch der Meinung gewesen, er müsse selber Hoflieferant werden, weil er für ihn die Arbeit mache. Wachmeister Kühnley bestätigte, daß Lottmann ihm einst nach einem Fest in Bernerode beim Grafen Stolberg angeheuert die 1000 M. versprochen habe, falls er ihm schriftlich gebe, daß er mit Zel. Weiße in keine Beziehung getreten sei. Daß Lottmann im Jahmeisterbureau derselben zu nahe getreten sei, stellte Sergeant Krudt, der damals im Neben-zimmer war, in Abrede. Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung beantragte der Amtsanwalt gegen den Angeklagten 6 Monat Gefängnis! Der Gerichtshof erkannte auf 600 M. Geldstrafe, eventuell 60 Tage Gefängnis.

Kampf gegen die Frechheit der Arbeiter. Der gegen die frühere Rechtsprechung des noch nicht von einem selbständigen Richter befreiten Kammergerichts von der Polizei und Staatsanwaltschaft geführte Kampf bricht nicht ab und zeigt, wie recht jener Ministerialrat prophezeite, daß die Statuierung der Staatsanwaltschaft als Herrin des Strafprozesses notwendig dahin führen müsse, das Gericht intellektuell und moralisch von der Verwaltung abhängig zu gestalten. Am Montag wurde wiederum der Kampf um Konstruktion öffentlicher Gesellschaften aus geschlossen von der Staatsanwaltschaft geführt.

In Alt-Köfel hatte am 23. Januar vorigen Jahres ein geschlossenes Vergnügen der Mitglieder des Mauererverbandes aus Alt-Köfel und drei benachbarten Orten stattgefunden. Nur Verbandsmitglieder und deren Angehörige wurden zugelassen. Der Gastwirt Mödler wurde trotzdem wegen Abhaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit ohne Erlaubnis angeklagt. Das Landgericht Ratibor sprach ihn jedoch in zweiter Instanz frei. Es sprach aus, daß es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und operierte mit dem Begriff der großen, lose organisierten Vereine, die keine geschlossenen Gesellschaften seien, weil sie zu viel geschlossene Gesellschaften vorstellen. — H. A. Wolfgang Heine trat dem entgegen und machte unter Verweisung auf die örtlichen Verhältnisse geltend, daß hier alle Merkmale einer geschlossenen Gesellschaft (Begrenzung nach außen, innerliches mit einander Verbundensein usw.) gegeben seien. — Das Kammergericht hob jedoch die Vorentscheidung auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Es hatte ihm die Form der „tatsächlichen Feststellungen“ des Landgerichts angetan, die dahin gingen, daß das Vergnügen von Mitgliedern des Hamburger Mauererverbandes und insbesondere von den in Alt-Köfel und drei benachbarten Orten wohnenden Mitgliedern“ abgehalten sei. Es wäre deshalb nachzuweisen, ob der „Hamburger Mauererverband“ und insbesondere die Mitglieder von Alt-Köfel und den drei benachbarten Orten eine geschlossene Gesellschaft bildeten. Die Feststellungen des Landgerichts genügten dem Kammergericht nicht.

Bestrafte Häftlichkeit. Werwürdige Ordnungstrafen seitens des Gerichts machen immer weitere Fortschritte. Während einer Verhandlung vor dem Amtsgericht in Wamigien bei Hannover mußte ein Schöffe niesen. Das veranlaßte den Wöbchändler A., der sich in jener Verhandlung wegen eines kleinen Vergehens zu verantworten hatte, ihm ein freundlich argloses „Prosit“ zuzurufen. Den Dank dafür erstattete ihm der Vorsitzende des Gerichts in Gestalt einer Strafe von 10 M. wegen Ungebühr vor Gericht. Daß die also bestrafte Artigkeit nicht etwa ironisch gemeint war, geht daraus hervor, daß der nieselnde Schöffe auf das fremdliche „Prosit“ im Begriff war, sich dankend zu verbeugen, als ihn der Gerichtsschreiber auf seinen Stuhl setzte. Daß eine vielleicht etwas unangelegene aber sonst durchaus nicht ungebührlich gemeinte Höflichkeit eine strafbare Ungebühr vor Gericht darstellen soll, dürfte wohl außerhalb des Gerichtes nur bei jenen Bureaukraten Zustimmung finden, die von ihrer Nichtigkeit im Gegensatz zu anderen Erdenbürgern überzeugt sind. Trügen sie offensichtlich Hohn und Verächte, so würde ihnen vielleicht klar werden, wie wenig innere Kopfnasse

dazu gehört, „Ordnungsstrafen“ zu verhängen. Auch solche Richter sind zur Klarlegung der Wahrheit gut, daß die Rechtsprechung einer Massenjustiz keinen Anspruch darauf erheben kann, gerecht zu sein.

Der Eid des Schutzmannes. In Herdecke in Westfalen hatte es auf einen Turnfest eine Streitigkeit abgesehen, in welche sich die Polizei einmischte. Die Sache hatte ein gerichtliches Nachspiel. Der Gericht behauptete nun der Angeklagte Schumacher, der Schutzmann Lausberg habe ihm bei der Affäre einen Fußtritt versetzt. Diesen Fußtritt stellte der Schutzmann aber unter Eid in Abrede. Dem Schumacher wurde die Sache sehr, und in öffentlichen Lokalen warf man dem Schutzmänner vor, er habe einen Meineid geschworen. Nun mußte sich Schumacher wieder wegen Beleidigung verantworten. In der Verhandlung, die am Mittwoch stattfand, fanden sich nun eine größere Zahl Zeugen ein, die sämtlich bezeugten, daß der Schutzmann den Schumacher getreten habe. Wenn der letztere nun aber auf Freisprechung gerechnet hatte, so war das ein schwerer Irrtum. Das Gericht erkannte vielmehr auf einen Monat Gefängnis, denn der Angeklagte habe keinen Anlaß gehabt, dem Schutzmann einen Meineid vorzuwerfen. Damit rechnete das Gericht offenbar nicht, daß häufig im gewöhnlichen Leben auch eine irrtümliche Zeugenaussage als Meineid bezeichnet wird.

Die eigene Ehefrau fahrlässig getötet? Am Donnerstag gelangte eine wenig aufgeklärte Strafsache gegen den Glasbläser Robert Herzog ans Berlin vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Das Landgericht Berlin I hat Herzog am 19. Dezember v. J. wegen fahrlässiger Tötung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Angabe des Angeklagten und seines Bruders hat sich der Vorfall folgendermaßen abgespielt. Der Angeklagte kam am 16. September vorigen Jahres in die Küche, um das Abendessen zu verzehren. Frau Herzog hatte ihm kein Messer hingelegt. Auf seine Nachfrage legte sie ihm ein geöffnertes Taschenmesser auf den Tisch. Er ergriff das Messer und mit den Worten: „Was soll ich damit?“ streckte er ihr nach hinten, ohne sich umzusehen, die Klinge mit Wucht entgegen. In diesem Augenblicke aber blühte sich Frau Herzog gerade und die Klinge drang ihr von der rechten Schulter aus durch die Rippen ins Herz. Ohne ein Wort zu sagen, ging sie an dem Tische vorbei zur Tür hinaus. Auf Anrufen seines antretenden Bruders folgte ihr der Angeklagte, der erst jetzt sah, daß sie blutete. Während der Bruder zum Arzte ging, führte der Angeklagte seine Frau die Treppe hinauf. Sie sagte, es sei ihr schlecht, legte sich hin, stöhnte noch ein paar mal und war dann tot. Der Angeklagte stellte sich sofort der Polizei. Im Urteile heißt es, daß die Angaben der beiden Brüder in mancher Hinsicht unwahrscheinlich seien, daß aber der Beweis für die Annahme einer vorsätzlichen Tötung nicht ausreicht. Der Angeklagte wußte, daß seine Frau hinter ihm stand, er handelte also grob fahrlässig, wenn er rücksichtslos mit dem Messer nach hinten fuhr. Nach der Wirkung muß der Stoß mit großer Heftigkeit geführt worden sein, sonst hätte das Messer nicht so tief eindringen können. — Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung des Rechtsmittels.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 109, Eingang Jüdenstraße: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schulaula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehrke: „Zukunftsgedanken.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 6 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Bromberg-Stadt und Land. Sitzung Dienstag, den 6. Februar, bei Dittmann, Schillingstraße 24: Vortrag über: Was ist Religion?

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter (Verwaltungsstelle Berlin I). Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr: Öffentliche Versammlung der Hausbesitzer. Vorträge von der Kapler-Engrosfirmen Berlin in Paulin Franke's Festreden, Sebastianstr. 22. 1. Vortrag des Kollegen R. Bernhardt: Können wir in diesem Frühjahr durch eine Lohnbewegung unsere Lage verbessern? 2. Diskussion und Beschlußfassung.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgegend. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 1/2 2 Uhr: Öffentliche Versammlung in Scherachs Festreden, Müldersdorferstraße 45. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Dr. Weigelt-Preller über: Jugendorganisationen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind herzlich willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

J. Karich-Gaard. Forschungen über gleichgeschlechtliche Liebe. Das gleichgeschlechtliche Leben der Chinesen, Japaner, Koreer. 133 Seiten. Preis 4 M. Verlag S. O. Schauer, München.

H. Adamtewicz. Der Krebs und die „goldene Leiter“. 78 Seiten. — Wissenschaft und Verdrehen. 40 Seiten. Selbstverlag, Wien.

Dr. Chr. J. Altmeyer und Dr. C. Spann. Die Bedeutung der Berufsvermittlung für den Schutz der unehelichen Kinder. Eine Denkschrift für den internationalen Kongress für Erziehung und Minderjährigkeit in Lüthich, mit XI farbigen Tabellen. 31 Seiten. Dresden, D. B. Böhmert. 1 Mark.

L. St. Rainer. Wahlreformstudien. 48 Seiten. Preis 1 M. — Strafsch-Graumann. Das allgemeine Wahlrecht in Österreich seit 1848. 99 Seiten. Preis 1,50 M. Verlag Franz Deuticke, Leipzig und Wien.

Monatsschrift für christliche Sozialreform. Redaktionsrat. Halbjährlich 3,20 M. Einzelheft 80 Pf. Verlag Dähler u. Dreier, Kottbusstr. 24.

Der Arbeitsmarkt. Nr. 9. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. Herausgeber Professor Dr. A. Jastrow. — Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Nr. 5. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Herausgeber: Dr. A. Jastrow. Verlag G. Reimer, Berlin W. 35.

Monatsbericht des wissenschaftlich-humanitären Komitees. Mononnetten pro Jahr als Drucksache 3 M., als Brief für Berlin und Vororte 3,50 M., für Deutschland und Österreich 5 M., Ausland 7 M. Charlottenburg, Weilmstraße 104.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 82—85 pr. 100 Pfund, Ia 54—56, IIIa 48—52, IVa 38—46. Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 63—78, IIIa 53—63, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 59—65. Schweinefleisch 67—77. Rotwulst 0,25—0,50, Damwild 0,45—0,55. Hahn Stüd 3,70—3,75. Kaninchen Stüd 0,95—1,10. Hühner pro Stüd, alte 1,80—2,80, junge 1,20—1,85, do. IIa 0,00—0,00. Tauben, junge 0,70—0,72, alte 0,50. Enten, junge 3,60. Gänse pr. Stüd Ia 0,00—0,00, IIa 0,00—0,00, russische 0,40—0,58 M. Schaffleisch 22—27 M., Hühner 13—20 M. pro 100 Pf. Preis 109—112 M. Schlei, groß 0,00 M., Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, kleine 40—49 M., Karpfen 0,00, Rheinfische 675, Srelachs 20—25 pr. 50 St. Schottische Kollheringe (gelblich) 40—44 M. Eier, Schod 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 116—118, IIa 112—116, IIIa 108—112, abfallende 00—00. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, Meien 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Weizenmehl pr. Schod 7,00—12,00, Weizenmehl pr. 100 Pf. 2,75—3,25, Roggenmehl pr. Schod 6,00—10,00, holl. 14—16 M. Saure Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsübersicht vom 2. Februar 1906, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wetter	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in C. u. F.
Erlangen	756	SW	5 bedeckt	Darmstadt	741	D	2 Schnee	-10
Hamburg	758	SW	5 Regen	Berlin	745	SW	1 bedeckt	-2
Berlin	759	SW	2 bedeckt	Stettin	722	SW	5 wolfig	7
Kranich	765	SW	2 bedeckt	Merseburg	752	SW	5 wolfig	8
München	768	SW	5 Schnee	Paris	770	SW	2 bedeckt	6
Wien	766	SW	4 bedeckt					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 3. Februar 1906. Zunächst mild, jedoch vorwiegend trübe mit Niederschlägen und gleichfalls starken westlichen Winden; später auslassend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 1. Februar. Elbe bei Magdeburg + 0,00 Meter, bei Dresden - 0,83 Meter, bei Magdeburg + 1,70 Meter. — Uckerath bei Straßfurt + 1,60 Meter. — Oder bei Rathow + 1,22 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,08 Meter, bei Breslau Unterpegel - 0,06 Meter, bei Frankfurt + 1,52 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,42 Meter. — Warthe bei Posen + 1,54 Meter.

Briefkasten der Redaktion.

J. P. Wenn Wasser und Seife nichts nützt, mit verdünntem Salzwasser. — Otto 16. Einzelheiten darüber sind nicht bekannt.

Juristische Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Verzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

C. S. 59. 1. Sie sind nicht verpflichtet, früher zu räumen als vereinbart. Der Verpächter mußte sich mit Ihnen einigen. 2. Ohne Vorlegung des Sachverhalts unverständlich. — W. B. 1840. 1. Verbandsbureau der sozialdemokratischen Vereine Berlin, Lindenstr. 69. 2. Sie mögen tun, was Sie für richtig halten. — G. P. 13. Die Krankenkasse und die Unfallversicherung sind zur Beschaffung des Stützapparates berechtigt, nicht aber verpflichtet. — R. Steglitz 117 u. G. S. 50. Wir lehren grundsätzlich die Empfehlung bestimmter Arznei, Kosmetika und Gewerbetreibender ab. — W. G. 10. Sie können nur auf Zahlung des Restbetrags klagen. — G. C. 10. Wenn der Zusammenhang zwischen dem Tode und dem Unfall nachweisbar ist. — 120. W. G. An den Verstorbenen und den Jagdberechtigten des Grundstücks, auf dem Sie freizeichnen wollen, müssen Sie sich bereits Erwirkung eines Erlaubnisbescheides wenden. — Verzeichnis Verhältnisse. 1—5, 7—9; Ia. 6. Das Plättchen muß bleiben. 10. Gehört zur Ermahnung. 11. Die Hälfte der geschlichen Portion ist der Pflichtteil. — W. G. 99. 1. Ja. 2. Nach §§ 147, 148 der allpreussischen Gesetzgebung kann ein Dienstbote, dem durch Vertrat vorvertragliche Gelegenheit zur Anstellung einer eigenen Wirtschaft wird, zum Schluß des laufenden Vierteljahres vordringlich kündigen. — 36. Straußberg. Ja. — F. W. Erwirken Sie das Armenrecht und klagen Sie. — W. R. 1. Nein. 2. Klage hin würden Sie verurteilt. — Spandau S. Ihr Vater hätte nicht zu bezahlen brauchen. Da geplündert werden sollte, es sei denn, daß eine Klage vorausgegangen ist. Sonst wäre eine Pfändung unzulässig gewesen. Ihrem Vater würde das Besondere, und Rückforderungsrecht zu. — F. W. 48. Bei weniger als 1500 M. Jahresverdienst und weniger als 3000 M. Anlagekapital besteht Gewerbesteuerfreiheit. — Propyläen 25. Nein. Unendlich häufig haben wir vor Verkauf von Schutzmitteln, Büchern usw., die von Reisenden zu Katalogaufträgen angegriffen werden, gewarnt. Ist die Frau großjährig (21 Jahre), so ist sie an den Vertrag gebunden. Sie als Obermann haften für diese Schuld nicht. — H. S., H. R. 10. Nein. — S. W. 100. Ja. Sie können aber Interpellationsfrage erheben. — P. S. 74. Sie können auf Gewährung hinreichender Räumlichkeiten klagen. — W. 909. 1. Die Mutter ist im Recht. 2. Nein. 3. 4. 5. Nein. — H. G. 20. Ohne Kenntnis der Sachlage kann ein Rat nicht erteilt werden. Allgemeine Fragen können deshalb nicht beantwortet werden. — S. S. 17. Ja. — F. 26. Ja.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Die so sehr beliebt gewordenen **Seekarpfen (Brassen)** sind soeben wieder eingetroffen!

Pfund **25 Pf.**

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). (im Schlesischen Bahnhof). (der Kurzonstr. gegenüber).

Ferner empfehlen wir: Pfg. pr. Pfd.

Kabeljau ohne Kopf 20

im Anschnitt 25 Pfg.

Gr. Schellfisch mit Kopf 27

im Anschnitt 35 Pfg.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Theater.

Sonnabend, den 3. Februar. Neues Opern-Theater. Geschlossen.

Anfang 7 Uhr: Opernhaus. Der Ring des Nibelungen. Siegfried.

Anfang 7 1/2 Uhr: Schauspielhaus. Macbeth. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Der Widerspenstigen Zähmung. Weiten. Schötenlefel. Nachmittags 3 Uhr: Der Sohn der Blümlis.

Anfang 8 Uhr: Festung. Und Pippa lang. Neues. Salome. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Logenbrüder. Nachmittags 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Kleines. Kinder der Sonne. Zentral. Das süße Mädchen und Rosenrot. Nachmittags 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. Metropol. Auf ins Metropol. Volkshaus. Nach Afrika, nach Kamerun. Komische Oper. Der Corregidor. Ardenz. Der Prinzgemahl. Trianon. Loulou. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Was heißt die Hölle. Carl Weich. Die lebende Brücke auf Cuba. Nachmittags 4 Uhr: Hünzel und Gretel. Vulkan. Der Verschwander. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Kasino. Die goldene Brücke. Apollo. Prinzess Kojine. Spezialitäten. Herrnsfeld. Familienfest im Hause Brecklein. Polies Caprice. Nach dem Japsen. Reich. Der Behemo. Belle-Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten.

Wintergarten. Otto Reutter. — Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Vossage. Spezialitäten. Urania. Taubentstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Am Goll von Neapel. Nachmittags 4 Uhr: Am Rande der Witternachtsstunde. Oratoria. Abends 8 Uhr: Dr. Donath. Die chemischen Stromwirkungen. Sternwarte. Jubiläumstr. 57/62. Täglich gedehnt von 1 bis 7 Uhr.

Berliner Theater.

Nachmittags 2 1/2 Uhr: Schülervorstellung zu ermäßig. Preisen: Die Räuber. Abends 7 1/2 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen: Wilhelm Tell. Abends 7 1/2 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr: Salome. Sonntag, Montag: Ein Sommer-nachtstraum.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr: Kinder der Sonne. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Nachtasyl. Abends 8 Uhr: Kinder der Sonne.

Zentral-Theater

(Operette) 4 Uhr Kindervorstellung: Schneeweißchen und Rosenrot. 8 Uhr: Das süße Mädchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Saliischer Schwan in 3 Akten von L. Kautz und J. Chancel. Sonntag, den 4. Febr., nachm. 3 Uhr: Die Hölle des Bösen.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Zum Besten des Landerholungsheims des „Jugendklub“. Der Traum ein Leben. Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Franz Grillparzer. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Logenbrüder. Schwan in 3 Akten von Karl Laufs und Kurt Kraak. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nora. Sonntag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Montag, abends 8 Uhr: Cyprienne.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend prägte 7 1/2 Uhr: XX. Grande Soirée High Life. Das neue Sensations-Programm. Neu! u. a.: Ihre Excellenz Neu! Margaretha Fehim Pascha, das Rätsel des Morgenlandes. Neu! The great Morgana Family. Neu! The Ergott a King Louis Troupe. Neu! The great Circus Troupe. Harliche Spiele auf lebendem Biedestal. Die berühmte Schulkriterin Fräulein Dora Schumann. HIB Abie Mitchell mit ihren farbigen 20 Studenten 20. Ferner sämtliche Spezialitäten. Zum Schluß: Die diejährig große Kunstleistungspantomime.

Femina

das neue Frauenreich. Sonntag: Drei Gala-Vorstellungen.

Kasino-Theater

Kochringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Die goldene Brücke. Schauspiel in 3 Akten v. R. Stowronnel. Am Neuen Theater 3. u. sensation. Erfolg gesichert! Vorher: Das brill. hante Programm. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Opferlamme.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)

Sonnabend, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.) Schauspiel von Björnstaerne Björnson. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Craignebille. Die Bäuerin. Abschied vom Regiment. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Ehre. Montag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch.

Zum 76. Male: Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins: Indien. Orig.-Pantom. des Zirk. Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens. Ferner: Elefantenkämpfe. A u ß e r d e m: Mr. Hagadoras Transformations Grotto. Les Maikol et Sandro, Akrobates excentrics. Die Kunst- und Schulleiter. Sign. Natalina Rossal. Avis! Morgen 2 gr. Vorstellungen, nachm. 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder auf allen Sitzplätzen halbes Preis. Nachm. 4 Uhr: Mexiko. Abds. 7 1/2 Uhr: Indien.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. !Auf-in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet. Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Komische Oper. Luisen-Theater.

Sonnabend, 3. Februar, abends 8 Uhr: Der Corregidor. Sonntag abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Trianon-Theater. Anfang Loulou. 8 Uhr. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Apollo-Theater. Vollständig neues Programm. Neue Spezialitäten Gobert Belling und mit seinen vierbeinigen Komikern. Dazu: Die Insel Tulipotan. Operette in 1 Akt v. Nacq. Offenbach. Im Grisetten-Kabarett Pariser Nachtbild. Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp. ER und ICH. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich“. Bernhard Rose-Theater. Gesundheitsbrunnen, Bodstraße 58. Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr bei vollständigen Preisen: Das Gefängnis. Abends 7 Uhr: Wit Vergnügen. Billett-Vorverkauf vorm. v. 10 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. Fröhels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag und Mittwoch: Konzert, Theater, Spezialitäten, Tanz. Anf. Sonntags 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr.

Abends 8 Uhr: Der Verschwander. Sonntag nachm.: Der Verschwander. Abends: Ein Sommer-nachtstraum. Montag: Pension Eckhler. Carl Weiß-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung. Kleine Preise. Der gestiefelte Kater. Abends 8 Uhr und folgende Tage: Die lebende Brücke auf Cuba. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16. Maskenball des Gesangvereins „Lerche“. Sonntag: Die Räuber. Schauspiel in 5 Aufzügen v. Fr. v. Schiller. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Ball. Restaurant „Zum Prälaten“ Rummelsburg. Anf.: F. Boragg. Sonnabend, 3. Februar: Original-Karburger Sänger. Direktoren: C. Friek und Fr. Kasche-Krauss. Neues hochkom. Progr. Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Boraggarten gelten. Nachher: Tanz. Sonntag: Spezialitäten-Vorstellung.

Sanssouei. Kottbuscr Str. 4a. Dir. Wilhelm Reimer. Sonnt. Konz., Donnest.: Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Tanzkränzen. Sonnt. 8 Uhr, Wochent. 8 1/2. Jeden Dienstag, Mittwoch: Theater-Abend.

Urania Tauben-
str. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Nachmittags 4 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-
sonne.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Donath:
Die chemischen Stromwirkungen.

Sternwarte Invaliden-
str. 57/62.

Castans
Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Sutree.
Bergbewohner
Abessiniens.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder,
sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Das neue Februar-Programm.
Mit Gertrude, Tänzerin
Karl Bernhard, der Humorist.
14 Nummern
„und Pepi singt“
(Pepi Weiß)
die aktuelle Berliner Soubrette.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Otto Reutter.

Charles Hera, Jongleur.
Sutcliffe-Truppe, schottisch. Akrob.
Stein-Eretto, Handspringer.
Rebblin, Kunststrafänger.

Das „Motogirl“.
Ischin - Maa - Truppe
Chinesische Gaukler und Zauberer.
Mistinguetto, Pariser Sängerin.
Rococo, Ballettszene.
Clark u. Hamilton, musik. Excenter.
Japanische Garde, Damenensemble.

Biograph.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.

Heute und folgende Tage:
Familiengag
im Hause Prellstein.

Familienmitglieder:
Fridolin Unterbett
Emmerich Unterbett
Samuel S. Unterbett
Frau Wilkenbruch
Jonas Tischloch
Hannibal Sauerstoff
Freddy Eisele
Maurice Archimedes
Flora Prellstein
Kicky v. Kitzky
Monika v. Kitzky
Igal u. Kodak
Stanislaus, Helene
Scheslak, Regisfontänent
(Anton Herrnfeld)
Esau Prellstein
(Donat Herrnfeld).
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 11-9 Uhr.

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 138. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: Der Beheme
u. d. andersgeichn. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Sonnt. 11. d. Wertheim u. an
der Theaterkasse von 10 Uhr vor-
mittags an.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 29. u. 30. Böse.
Heute 8 Uhr. Cutree 50 Pf.
Zum ersten Male:
Die Herbstparade.
Schwarz in 1 Akt u. 11. Schmalow.
Le-Bello Jongleur-
Tänzer.
Astre and Gissy Norton,
Hucrif. Bravour-Tänzerinnen.
Mit **Astre**, die zweite
Saharet
und 8 erstklassige Nummern.
Familienfacien in Barbiers, Friseur-
und Haarwuschgeschäften unentgeltlich.

Walhalla-Theater
Nady Afrika, nach Kamerun.
Ausstattungsstücke in 6 Bildern.
Anf. 8 Uhr. Kaufen überall gefahrlos.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Fahrstuhl-Arbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen,
Zielfstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der einzelnen Firmen-Vertrauensmänner über
die derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Stock- und Zellulose-Arbeiter! Achtung!
Sonntag, den 4. d. Mo., vorm. 10¹/₂ Uhr, in den Andreas-Sälen,
Andreasstraße 21:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlungen mit den Unternehmern am Freitag und
unserer Stellung zu denselben. 2. Diskussion. 3. Eventuell Wahl einer
Schlichtungs-Kommission.
19/10 Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zustellstelle Rixdorf.)
Achtung! Möbelpolierer. Achtung!
Montag, den 5. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal des Herrn Wille,
Hermann- und Jägerstraße - Ecke:
Versammlung der Möbelpolierer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Berlegung der Versammlung. 3. Verschiedenes.
19/11 Der Obmann.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie
Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle
Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Soigt,
Hertrage 75:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Erlebigung der zurückgestellten Sachen von der vorigen Versamm-
lung. 2. Beratung der Vorträge zur Generalversammlung des Verbandes
in Nürnberg. 3. Verschiedenes.
138/5 Die Ortsverwaltung.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Reffel, Metro, Britton,
Böckmann, Kömer,
Walden, Seidel, H. u. O.
Schröder).
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinste Beitragskassierin und
Stimme der Lilliputaner der Welt.
Die Park-Künstlerin Margarete
Marjol, Hellscherin Armida, wahr-
sagenbe Wunderdame, Pluto,
Bamberghahn, geb. mit 4 Beinen,
2 Hörner, 1 Kopf, lebend. etc.
Riesen, Zwerg, Phänomen,
Fakire usw.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
An zweiten Abende:
Die sechs schönen Manolitzigaretten.
Außerdem
das neue Februar-Programm.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Fahrstuhl-Arbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen,
Zielfstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der einzelnen Firmen-Vertrauensmänner über
die derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Um 9¹/₂ Uhr: Auftreten
des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Achtung! Stock- und Zellulose-Arbeiter! Achtung!
Sonntag, den 4. d. Mo., vorm. 10¹/₂ Uhr, in den Andreas-Sälen,
Andreasstraße 21:
Branchen-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Verhandlungen mit den Unternehmern am Freitag und
unserer Stellung zu denselben. 2. Diskussion. 3. Eventuell Wahl einer
Schlichtungs-Kommission.
19/10 Der Obmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zustellstelle Rixdorf.)
Achtung! Möbelpolierer. Achtung!
Montag, den 5. Februar, abends 8¹/₂ Uhr, im Lokal des Herrn Wille,
Hermann- und Jägerstraße - Ecke:
Versammlung der Möbelpolierer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Berlegung der Versammlung. 3. Verschiedenes.
19/11 Der Obmann.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie
Berufsgenossen Deutschlands. (Verwaltungsstelle
Berlin u. Umgegend.)
Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Soigt,
Hertrage 75:
Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Erlebigung der zurückgestellten Sachen von der vorigen Versamm-
lung. 2. Beratung der Vorträge zur Generalversammlung des Verbandes
in Nürnberg. 3. Verschiedenes.
138/5 Die Ortsverwaltung.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Reffel, Metro, Britton,
Böckmann, Kömer,
Walden, Seidel, H. u. O.
Schröder).
Anfang
Sonntags
7 Uhr.

Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Neu!
Die Elite-Lilliputaner-Truppe
die kleinste Beitragskassierin und
Stimme der Lilliputaner der Welt.
Die Park-Künstlerin Margarete
Marjol, Hellscherin Armida, wahr-
sagenbe Wunderdame, Pluto,
Bamberghahn, geb. mit 4 Beinen,
2 Hörner, 1 Kopf, lebend. etc.
Riesen, Zwerg, Phänomen,
Fakire usw.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Die größte Sensation
des Ostens sind
Die kleinen Mädchen von Berlin.
An zweiten Abende:
Die sechs schönen Manolitzigaretten.
Außerdem
das neue Februar-Programm.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Fahrstuhl-Arbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen,
Zielfstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der einzelnen Firmen-Vertrauensmänner über
die derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am 1. Februar verschied sanft
nach langem schweren Leiden mein
lieber Mann, unser treuer, sorgender
Vater, Bruder, Schwieger-Vater und
Schwager, der Schlosser
August Hoffmann
im 46. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Sonntag, den 4. Fe-
bruar, nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus am Urban aus nach
dem Luisen-Kirchhof, Hermann-
straße. 23895

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 1. Februar verschied nach
langem, schwerem Leiden unter
langjähriges Mitglied, der Schlosser
August Hoffmann
im 46. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom
Krankenhaus am Urban nach dem
Luisen-Kirchhof in der Hermann-
straße statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß Kollege
Georg Stark
Vintzstraße 10
nach langem, schwerem Leiden
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 4. Februar, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Kul-
terdenkungs-Kirchhof in Weihenfeld,
Pichtenbergstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
2385

Verein Berliner Hausdiener.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
August Philipp,
Alexandrinenstr. 123, nach langem
schwerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 3. Februar,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
2385

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Fahrstuhl-Arbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Insel-Festsälen,
Zielfstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der einzelnen Firmen-Vertrauensmänner über
die derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.
Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Firmen-Vertrauensmänner über die
derzeitigen Arbeitsverhältnisse. 2. Bericht von der Vertreter-Versam-
lung. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Kollegen ist erforderlich.
Der Zweigvereins-Vorstand.

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Verfammlungen.

Der neue Zolltarif und seine Folgen. Ueber dieses Thema sprach Genosse Wilhelm Düwelle am 30. Januar in einer gut besuchten Volksversammlung bei Sachon in der Müllerstraße. In großen Umrissen schilderte der Redner zunächst die Entwicklung des Schutzollsystems in Deutschland, sowie dessen verwerfliche Wirkungen auf die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Er wies ferner darauf hin, wie sich bei dem Zolltarifentwurf von 1901 die industriellen Unternehmer mit den Agrariern zu dem Raubzug auf die Taschen des Volkes verbündeten, und wie die Vertreter dieser beiden Ausbeutergruppen, deren Zollinteressen doch in einem gewissen Gegensatz stehen, durch Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages und Verfassungbruch ihre schändliche Werk vollendeten. Der Redner bemerkte hierzu unter anderem, daß diese Verbindung zwischen Großindustriellen und Agrariern einen schmerzhaften politischen Hintergrund habe. Es handele sich offenbar nicht um eine vorübergehende, sondern um eine dauernde Verbindung, die die Aufgabe habe, die Arbeiterklasse politisch zu knebeln. Auf allen Gebieten werde man mit Anstürmen gegen das Proletariat zu rechnen haben und schwere politische Kämpfe würden die Folgen davon sein. Zweifellos mühten wir auf Einschränkungen der politischen Freiheiten gefaßt sein. Freilich werde das Proletariat nicht zurückgedrängt dadurch. Vielmehr werde unter diesen Umständen der großen Masse immer klarer die Tatsache erkennbar, daß es nur zwei Parteien gibt und daß wir uns auf das Bürgerturn in seinem Fall verlassen können. Wer bisher noch von einer Abschwächung oder Milderung der Massengegenstände rede, den mühten nun doch die Vorgänge am 21. Januar belehren haben, die nervösen Rüstungen der Regierung, ihr Vereifsein, das Volk niederzuschlagen, und das vorher feige, nachher schändlich gemeine Verhalten der Freijuntpresse. — Wir sehen allein und sehen, daß sich die Gegner in großen politischen und wirtschaftlichen Verbindungen zusammenschließen zur Anechtung des Proletariats. Um so deutlicher zeigt es sich, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Wort der Arbeiter selbst sein kann.

Dem Vortrag, der lebhaften Beifall fand, folgte eine kurze, anregende Diskussion, die sich auf Angelegenheiten erstreckte, die nicht oder minder eng mit dem Thema des Vortrages zusammenhängen. Einer der Redner sprach für den Austritt aus der Landeskirche. Nachdem damit die Rednerliste erschöpft war, erwähnte der Vorsitzende, Genosse Freythal, in beherzigenswerten Worten zu eifriger Betätigung in politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats wie für Verbreitung der sozialdemokratischen Presse.

Die Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule fand am 21. Januar (den Bericht erhielten wir am 1. Februar. Red.) im Gewerkschaftshause statt. Nach dem vom ersten Vorsitzenden Lammé gegebenen Vorstandsbericht waren im vierten Quartal 1905 704 Mitglieder eingetragen. Davon waren nur politisch organisiert 20, nur gewerkschaftlich 308, politisch und gewerkschaftlich 358. Der Besuch der Unterrichtskurse war verhältnismäßig gut. Es wäre zu wünschen, daß der Aufschwung, den die Schule im vergangenen Vierteljahr zu verzeichnen hat, dauernd wäre. Leider ist in jedem Jahre im Sommerhalbjahr ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Im vergangenen Vierteljahr nahmen an einem Kurfus 487, an zwei Kurfen 91, an drei Kurfen 21 und an vier Kurfen 5 Mitglieder teil, während 210 Mitglieder den Unterricht nicht besuchten. Die im Berichtsquartal abgehaltenen Sonntagsversammlungen erfreuten sich ebenso wie der Kunstabend eines zahlreichen Besuches. Nach dem von Freger gegebenen Bibliotheksbericht war die Bibliothek an 45 Abenden geöffnet. Ausgeliehen wurden 435 Bände an 43 Damen und 277 Herren. Die Einnahmen der Schule betragen nach dem Bericht des Kassierers 1782,75 M., die Ausgaben 1904,67 M., der Bestand betrug am Ende des Quartals 1736,67 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer und den Bibliothekaren Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Schulangelegenheiten“, teilte der Vorsitzende mit, daß der Unterricht in Naturkenntnis im kommenden Vierteljahr wegen Verhinderung des Lehrers ausfallen müsse, dagegen im April-Juni-Quartal wieder gegeben werden solle. Dafür ist der Unterricht in Geschichte der Gewerkschaften eingelegt worden. Lehrer für diesen Kurfus ist Genosse Hagenstein. Die Leitung der Rednerschule übernimmt an Stelle des mit Arbeit überlasteten Genossen Raurenbrecher der Genosse H. Ströbel.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend hielt am letzten Sonntag in den Arminhallen seine Jahresversammlung ab. Etwa 600 Mitglieder waren anwesend. Als Vertreter des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission wohnten die Arbeitersekretäre Link und Brückner der Versammlung bei. — Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung der Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1905. Eingangspunkt des Berichtes wurde die Entwicklung des Vereins geschildert. Trotz der vielen Bekämpfungen schreite er ständig vorwärts, ihm gehören zurzeit 1023 Mitglieder an. Zur Bildung und Unterhaltung derselben wurden zahlreiche Versammlungen, Ausflüge und Museumsbesichtigungen veranstaltet. Versammlungen fanden statt: 6 Generalversammlungen, 15 Agitationsversammlungen, 8 Allgemeine Mitgliederversammlungen, 40 Abteilungsverfammlungen, 54 Vorstandssitzungen, Verwaltungssitzungen und 5 Allgemeine Bezirksführerversammlungen. Die Presse des Vereins, „Arbeitende Jugend“, habe einen erfreulichen Aufschwung genommen. Ihr Um-

fang sei von 4 auf 8 Seiten und ihr Auflage von 1000 auf 1500 Exemplare gestiegen. Die Nr. 9, die anlässlich des einjährigen Bestehens des Vereins als Festnummer erschien, wurde in zwei Auflagen von insgesamt 8500 Exemplaren verbreitet. Außer der Berliner Jugendorganisation haben noch die Jugendvereine in Bernau und Pforzheim die „Arbeitende Jugend“ als obligatorisches Organ eingeführt. — Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. — Darauf erstattete der Kassierer den Kassierenbericht. Die Gesamteinnahme im Jahre 1905 belief sich (einschließlich eines Kassenbestandes von 77,20 M. am 1. Januar) auf 2779,97 M. Die Gesamtausgabe auf 2450,92 M. Nach einer Diskussion über den Bericht erteilte die Versammlung dem Kassierer Decharge. — Hierauf folgte der Bericht der Beschwerdestelle. Diese hatte in ihrer dreimonatlichen Tätigkeit sich mit drei Beschwerden befaßt, die die Richtigkeit der Richtigstellung der geschlichen Jugendschulbestimmungen und mit einer Klage, die mit teilweisem Erfolge für den Lehrling erbetet, zu beschließen. Rat und Auskunft wurde in mehreren Fällen erteilt. In Anbetracht, daß das Bestehen der Beschwerdestelle den Mitgliedern noch nicht genügend bekannt gemacht worden sei, konnte die Tätigkeit der Beschwerdestelle als eine rege bezeichnet werden. — Auch die Bildungs-kommission hatte eine umfangreiche Arbeit geleistet. Sie ermächtigte, daß die Mitglieder des Vereins Theateraufführungen und Kunstausstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen bewohnen resp. besichtigen könnten. In nächster Zeit würden Literaturabende abgehalten und die Besichtigung der „Vorwärts“-Druckerei vorgenommen werden. — Die Bibliothekskommission gab einen ausführlichen Bericht über das Befindnis der verschiedenen Verufe und der Abteilungen. Die Bibliothek umfasse 304 Bände. Ausgeliehen wurden durchschnittlich pro Tag 17 Bände. — Runnete ging die Versammlung zum Punkt „Reuwasfen“ über. Der Wahl des Vorsitzenden ging eine längere lebhaft Debatte voraus, in der mehrere Redner die Tätigkeit einiger Vorstandsmitglieder einer scharfen Kritik unterzogen. Als Vorsitzender wurde der bisherige Schriftführer Max Peters mit allen gegen 80 Stimmen gewählt, als Kassierer Hermann Schröter, als Schriftführer Paul Grütner und als Beisitzer Maschke, Jonas, Lüpny und Wachsner. Ferner wurden gewählt als Revisoren H. Schneider, Händke und R. Schori, als Führer der Beschwerdestelle Max Peters, als Abteilungsleiter Niemax, Rühle, Selbig, Hermann Bardeleben, Ronde, Wenzel, Scholz, P. Verlach, P. Schulz und Schmidt und als Expedient der „Arbeitenden Jugend“ Ismar Wachsner. — Darauf wurde die Versammlung vertagt. Die Fortsetzung derselben findet am 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, in demselben Lokale statt.

Der Aufsehen erregende
Sonder-Verkauf
endet
Montag, den 5. Februar.
Trotz großen Käufer-Andranges
noch viele Hunderte
Anzüge, Hosen und Westen
zu teilweise bis unter die Hälfte herabgesetzten,
beispiellos billigen Preisen.
Baer Sohn
Chausseestraße 24a/25 • II Brückenstraße II
Große Frankfurterstraße 20.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur geß. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden und Hallen versehene zirka 15 000 Personen fassende Etablissement Hasselwerder käuflich erworben habe. — Bequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. 5686L*
Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft.
Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.
Volksbelustigungen aller Art.
In meinen Festsälen Rüdorsdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Hochachtungsvoll
Albert Scheruch, Rüdorsdorferstr. 45.

Victoria-Brauerei
Aktien-Gesellschaft
Fernsprecher:
Hant VI Nr. 728 Berlin und Stralau Fernsprecher:
Hant VII Nr. 3835
empfehlen ihr:
58452*
Victoria Saazer-Bräu (Pilsener Art)
Victoria Export-Bier (Münchener Art)
Victoria Tafel-Bier (ganz hell)
Bock-Bier in Gebinden und Flaschen.

KNORR'S
Hafermehl,
in 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz zur Kindermilch erprobt.
Seylerschloß Hankels Ablage a. Zenthener See u. Wald
gelegen, ist den verehrten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken und Schulen empfohlen. Große und kleine Säle. Halten für 1000 Personen. Große Spielplätze. Bes. W. Heinrich.
Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Greife ab Platz von 10 Str. an.
Industr.-Brikets, Halbsteine p. Str. 30 St.
la. Senftenberger Salon-Briketts
„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 St.
Hankels Werke „50“
110 u. Anh. Mariengrube „85“
la engl. Anthrazit, Bruch, Koks,
Steinkohlen, Holz uim.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu Kohlen.
Zigarren!
Billigste Bezugsquelle für Händler:
ab Mk. 16.—/ca.
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
Spezialitäten:
21—25—26—28—29—30
32—33—35—40—55—75.
Dr. Simmel, Prinzen-
Spezialarzt für 23/14*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Roß-Str. 29. Nähe Kölln, Fischmarkt.
Genauere Augengläser
Nähe Kölln, Fischmarkt. Roß-Str. 29.
Nickel-Brille mit la. Rathenower Glas M. 2.00
Nickel-Pince-nez ebenso M. 2.00
Kostenlose Augenuntersuchung.
Lieferant aller Krankenkassen.
Optiker. A. Stenael, Inh. Emil Klein. Mechaniker.
Barometer, Thermometer, Lupen, Lesegläser, Operngläser, Reiseegläser, Photogr. Apparate.
10% Ermäßigung bei Neueinkäufen erhalten Kassonmitglieder 10% Ermäßigung.
Lieferant aller Krankenkassen.
M. Stahl-Brille M. 1.50
M. Stahl-Pince-nez M. 1.00
Kostenlose Augenuntersuchung.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Nr. 28. Sonnabend, den 3. Februar 1906.

Inserate sechsgealtene Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! In Müggelheim steht das Lokal „Boigt Krampenburg“ (bis-a-bis Schmüdow) der Arbeiterkassette zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Die Adresse des Obmannes ist von jetzt ab: A. Tiefgang, Berlin O. 112, Rainerstr. 2.

Brin. Am Sonntag, den 4. Februar, früh 7 1/2 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich in den Bezirkslokalen einzufinden. Der Vorstand.

Zegel und Vorfisgwalde. Mittwoch, den 7. Februar, abends 8 Uhr, findet in Trapps Festhause eine öffentliche Versammlung statt. Reichstagsabgeordneter v. Elm spricht über das Thema: „Mehr Macht“.

Flugblattverbreitung Sonntag früh 8 Uhr
Zegel: Gehhaar, Berlinerstraße,
Vorfisgwalde: bei Aube.

Spandau. Am Dienstag, den 6. Februar, findet der Jahrsabend statt und erwarten wir zahlreiche Beteiligung. Außerdem verweisen wir auf die am 12. Februar stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins, dieselbe findet im Restaurant „Fürstenthor“, Segefeldstraße, statt. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volksschule Charlottenburg. Eine sehr interessante Erstaufführung hat der Verein für seinen nächsten Theaterabend, Freitag, den 23. Februar, in Aussicht genommen. Leopold Kampf's vielgenanntes Drama „Am Vorabend“, ein Kulturbild aus der gegenwärtigen russischen Revolution, wird unter persönlicher Anteilnahme des Dichters in Szene gehen. Das Schauspiel, das in Berlin noch nicht gegeben worden ist, hat bei seiner Hamburger Uraufführung, die wegen des Polizeiverbotes vor einem geschlossenen Kreise stattfinden mußte, beifällige gewaltige Aufsehen erregt. Den Arbeitern Charlottenburgs sowie den Mitgliedern der hiesigen russischen Kolonie wird jetzt die Gelegenheit geboten, das vielumstrittene Werk des temperamentvollen jungen Poeten und begeisterten Revolutionärs aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die Aufführung findet abends 8 1/2 Uhr im Volkshause statt. Reuanmeldungen, die für diese Vorstellung gültig sein sollen, müssen bis Dienstag, den 20. Februar, bei einer der folgenden Zahlstellen des Vereins bewirkt werden: Emil Müller, Postenstr. 8 (Volkshaus); Will, Kirchstr. 30; Paesler, Schlüterstr. 8; Franz Schmidt, Wilmersdorferstr. 130; Konsumverein, Wilmersdorferstr. 27; Wigalle, Schloßstr. 26a; Will, Murrer, Wilmersdorf, Eisenerstr. 14; Kähler, Wilmersdorf, Lauenburgerstr. 20.

Unfall in einer Brauerei. Beim Ausleeren der Lagerfässer schwer verunglückt ist gestern vormittag um 8 Uhr in der Kaiserbrauerei, Sophie-Charlottenstr. 92, der 37-jährige Arbeiter Lorenz Ratzel aus der Dörfelmannstr. 2a. Er wollte im Lager Keller Hähner vom Lager herunterlassen, die Hähner kamen ins Rollen und Ratzel geriet mit dem Kopf zwischen zwei große gefüllte Fässer. Dem Bedauernswerten wurde dabei der Kopf derart verletzt, daß ihm das Blut aus Mund und Ohren quoll. Der schwer verletzte Mann wurde aus seiner qualvollen Lage befreit im Krankenhaus nach dem Krankenhaus Westend geschafft. In seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Schöneberg.

Seine Befähigung als zweiter Bürgermeister von Schöneberg hat er am 18. Dezember vorigen Jahres zu diesem Amte gewählte Stadtsyndikus Blankestein erhalten. Die Einführung desselben wird bereits in der am nächsten Montag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung erfolgen. — Noch nicht beschäftigt ist der zu dem gleichen Zeitpunkt zum drittem gewählte Rechnungsdirektor Maschowitz. Er war damals mit nur einer Stimme Majorität gewählt worden. Von einigen bürgerlichen Stadtverordneten ist gegen dessen Wahl Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt. Wie verlautet, sollen unlaute Motive bei dieser Wahl eine Rolle gespielt haben.

Pankow.

In der Versammlung des Wahlvereins am 31. Januar d. J. die zum erstenmal in dem jetzigen Vereinslokal (bei Koczdi, Kreuzstraße 34) tagte und besser als bisher besucht war, referierte Genosse Baegge-Friedrichshagen über „Bibel und Bibel“. In der Diskussion, die dem interessanten Vortrage folgte, trat immer wieder die Forderung in den Vordergrund, im Hinblick auf die durch den neuen preussischen Schulgesetzentwurf drohenden Gefahren den Austritt aus der Landesliste zu erklären. Die treffliche Beweisführung des Referenten gegen die Legende, daß die Bibel „Gottes Wort“ und nach seinen Eingebungen niedergeschrieben sei, fiel auf fruchtbaren Boden; die Genossen werden die Ergebnisse der modernen Bibelforschung den Indifferenten begreiflich zu machen wissen. Genosse Freiwald teilte mit, daß die Gemeindevahlen in der dritten Klasse in zwei Bezirken am 15. März von 11 bis 8 Uhr stattfinden. Nachdem noch auf die im Vereinslokal am 6. d. M. stattfindende Protestversammlung gegen die neuen Reichsteuervorlagen und auf das ebenda am 18. März stattfindende Winterfest des Vereins hingewiesen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Eifersuchtschlagdie ereignete sich in der vorletzten Nacht in Pankow. In der Schulstr. 26 wohnte bei der 35 Jahre alten Witwe Marie Holzfuß der 46 Jahre alte Arbeiter Franz Gullikowski, der in einer Maschinenfabrik auf dem Grundstück Nr. 48 beschäftigt war. Frau Holzfuß hat drei Kinder von zehn, sieben und sechs Jahren, die bei ihr wohnen. Gullikowski unterhielt Beziehungen zu der Witwe Holzfuß und wollte sie heiraten. Die Frau aber wollte davon nichts wissen, weil Gullikowski nachlos eifersüchtig war. Diese Leidenschaft steigerte sich aber noch dadurch, daß sie mit einem Tischergesellen ein Verhältnis anknüpfte. Es kam wiederholt zu heftigen Ausbrüchen zwischen Gullikowski und der Frau. In der Nacht zum Donnerstag arbeitete Gullikowski bis Mitternacht und kam dann nach Hause. Wieder kam es zum Streit. Zuletzt ergriff der Wütende ein Beil und schlug unbarbarisch auf den Kopf der Frau ein, bis sie regungslos dalag. Dann ging er in einen Nebentraum, schloß sich ein und erhängte sich. Die Kinder

der Witwe glaubten, daß er nur schläfe, und hielten sich aus Angst vor ihm still. So kam es, daß auch gestern niemand zu Hilfe gerufen wurde. Erst die unheimliche, andauernde Ruhe in der Wohnung veranlaßte gestern abend die Hausgenossen, diese aufzubrechen. Man fand man die Frau hilflos in ihrem Bette liegen, vor dem die Kinder furchtsam und ratlos sahen. Der Mann war längst tot. Frau Holzfuß wurde nach der Charité gebracht. Sie liegt sehr schwer darnieder. Ein Beilhieb geht vom rechten Ohr bis auf den Hinterkopf, ein vierter Hieb traf die linke Kopffleite und ein fünfter den Hinterkopf. Die Leiche des Mannes wurde heute morgen nach dem Paulower Friedhof übergeführt. Die Kinder der Frau Holzfuß brachte die Gemeindeverwaltung in das Waisenhaus.

Ein schwerer Unfall, bei dem ein Arbeiter leider sein Leben einbüßte, hat sich gestern vormittag in der Mägdekrausen Fleisshandlung ereignet. Dasselbst war ein neuer 40 Zentner schwerer großer Schleifstein eingehängt worden, der erst zur Probe lief. Dem an dem Stein beschäftigten Arbeiter Johann Schuster war ausdrücklich unterjagt worden, dem Stein zu nahe zu kommen. Trotz dieses Verbots begab er sich zwischen Wand und den laufenden Stein, als dieser plötzlich auseinanderplatzte und die größere Hälfte sich gegen die Wand und den Arbeiter neigte. Dem Unglücklichen wurde der Schädel total zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Leiche wurde sofort nach der Leichenhalle übergeführt. Der Verunglückte, der etwa 40 Jahre alt ist, hinterläßt eine Witwe und vier unmündige Kinder.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem feinerzeit gefassten Beschlusse zu befassen, der ein gemeinsames Vorgehen mit der Stadt Berlin gegenüber den Verkehrsprojekten der Großen Berliner Straßenbahn betrifft. Wie wir kürzlich schon berichteten, beabsichtigt die Große Berliner eine Linie vom Westen über den Spittelmarkt nach Pankow, die Berliner, Mühlen- und Florastraße entlang zu errichten. Diese Linie soll später über die Kanäle der Nordbahn entlang nach Reinickendorf führen. Die Kommission, welcher auch Genosse Freiwald angehört, schlug dem Plenum vor, daß die Gemeinde mit einem gemeinsamen Vorgehen mit dem Berliner Magistrat sich insoweit einverstanden erklären möge, als dies den Interessen der Gemeinde Pankow entspricht. In der Sitzung von der zu erteilenden Konzession der oben genannten Strecken an die Große Berliner wird die Gemeinde Pankow auch mit Berlin gemeinsam den neuen Verkehrsprojekten nähertreten und diese unterstützen. Die Gemeinde Pankow behält sich vor, über jeden Antrag betreffend die Anlage neuer Verkehrsprojekte von Fall zu Fall zu entscheiden. Wahrend für diesen Beschlusse ist die immer mehr zunehmende Verbitterung der Gemeindevertretung und der Bürgerchaft gegen die Rücksichtslosigkeit der Straßenbahn Siemens und Halske, deren nomineller Besitzer die Stadt Berlin ist. Die Verkehrsdeputation des Berliner Magistrats scheint entweder keinen Einfluß auf die Siemens-Bahn zu haben, denn auch bei ihr sind die Beschwerden der Gemeinde Pankow ergebnislos geblieben — oder aber die Interessen der Gemeinde Pankow sind ihr gleichgültig. Unter voller Würdigung der Verhältnisse stimmten auch die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler für obigen Beschlusse.

Reinickendorf-Ost.

Ueber den Einbruch, der in dem Goldwarengeschäft von Körner verübt wurde, schreibt uns der Besitzer: Nachdem die Diebe das Schaufenster eingeschlagen, fuhr ich sofort dazwischen, konnte natürlich nicht verhindern, daß dieselben mit einem Teile meines Eigentums schleunigst ausrückten. Auf der Straße lagen die goldenen Armabänder, Ringe usw. überall verstreut; in der Holländerstraße sind noch Broschen und 2 Ketten gefunden worden, welche die Diebe auf der Flucht verloren hatten. Die Kriminalpolizei ist den Fährten auf der Spur; dieselben hatten sich nach den Lauben auf den Reihbergen geflüchtet. Der Schaden beträgt trotzdem noch etwa 350 M.

Friedenau.

Wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung eines Gerichtsvollziehers stand der frühere Generalkonsul Ali Kouri Day zu Friedenau vor dem Schöffengericht II. Er war früher in Schweden amtlich tätig und ist nach seiner Verabschiedung nach Friedenau übergesiedelt. Seine dortige Wohnung ist von seiner Frau, der Prinzessin Hatri Veniad, gemietet. In seiner Hausgenossenschaft gehören noch seine Tochter Kogli Hanem und die Bedienstete Louise Abdallah. Nach türkischem Recht ist die Frau die Inhaberin der Wohnung und auch des Mobiliars. Eine Tages hatte ein Gerichtsvollzieher bei der Prinzessin Hatri Veniad eine Kostenrechnung zu präsentieren. Er klingelte, forderte zur Begleichung des Schuldtitels auf und erhielt durch die Türpalte 20 Mark zugesetzt. Er hatte nun auch eine schon ältere Kostenrechnung gegen den Ehemann bei sich und wollte die Gelegenheit wahrnehmen, auch diesen Schuldtitel beglichen zu lassen. Wie die oben genannten weiblichen Mitglieder des Hausstandes, deren Aussagen durch den Dolmetscher Haffern ins Deutsche übertragen wurden, behaupten, habe sich der Gerichtsvollzieher bei der zufällig um dieselbe Zeit erfolgenden Heimkehr der Kogli Hanem und der Louise Abdallah mit in die sich öffnende Tür gedrängt und sei in das Zimmer der Prinzessin eingetreten, so daß diese mit einem lauten Aufschrei sich geflüchtet habe. Der Gerichtsvollzieher bestritt, sich eingedrängt zu haben, und behauptete, daß der Angeklagte plötzlich auf der Bildfläche erschienen sei und seiner Empörung in folgenden Worten Luft gemacht habe: „Sie wollen ein gebildeter preussischer Beamter sein? Sie sind ein gemeiner Kerl! So etwas kommt ja in der Türkei nicht einmal vor, daß ein Beamter in den Harem dringt!“ Darauf soll der Angeklagte dem Gerichtsvollzieher einen Zustritt versetzt und ihn in beisehelliger Weise aus der Wohnung hinauskomplimentiert haben. Der Angeklagte bestritt sowohl die wörtliche wie die tätliche Beleidigung. Er versuchte, daß er mit seiner Ausrufung zu dem Gerichtsvollzieher den preussischen Beamten, deren Wohlzogenheit er bei vielen Gelegenheiten kennen gelernt habe, nur ein Kompliment habe machen wollen. Er sei über das Vorgehen des Gerichtsvollziehers sehr empört gewesen, denn nach orientalischem Recht sei es die größte Beleidigung, wenn ein Mann in die Gemächer einer Prinzessin dringt, und in diesem Falle sei seine Empörung um so berechtigter gewesen, als die Prinzessin sich noch in Neglige befunden habe. Er habe den Gerichtsvollzieher auch nicht hinausgeworfen, sondern nur etwas energisch hinausgeleitet. — Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Scherardi legte dem Gerichtshofe dagegen nahe, daß in diesem Falle den obwaltenden Verhältnissen doch mehr, als es der Staatsanwalt getan, Rechnung getragen werden müsse. Der Angeklagte sei ein ernster, wohl angesehener Mann, ein Türke, der leicht aufgeregt sei. Auch die orientalischen Sitten müßten in Betracht gezogen werden, nach denen der An-

geklagte in eine begreifliche Erregung habe kommen müssen, als er den Beamten in den von der Prinzessin gemieteten Gemächern erblickte. — Der Gerichtshof erkannte aus den gleichen Gesichtspunkten heraus nur auf 40 M. Geldstrafe.

Schöneiche.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Mittwochnachmittag in der dritten Stunde auf dem Rittergut des Herrn Amtsrats Brede in Schöneiche. Die Ehefrau des Arbeiters Hoffmann war beauftragt, Stroh von der Dreschmaschine auf den Boden des Kuhstalles zu bringen. Nachdem dieselbe ihre Arbeit erledigt hatte und im Begriffe war, den Stallboden zu verlassen, brach die angelegte Leiter und Frau Hoffmann stürzte aus beträchtlicher Höhe auf den gepflasterten Hof, wo sie mit schweren Kopfverletzungen liegen blieb. Sie wurde zunächst nach ihrer Wohnung und nachdem der hinzugerufene Arzt Sanitätsrat Dr. Jacobi aus Friedrichshagen einen Rotverband angelegt hatte, nach dem Krankenhaus Bismarckshagen gebracht. Der Vorfall ist um so trauriger, da die Verletzte eine große Familie zu versorgen hat. Die im Gebrauch befindliche Leiter war sehr schadhaft, es fehlten schon längere Leiter vier Sprossen, mußte aber, obwohl sich noch eine bessere Zeit auf dem Gutshof befindet, auf ausdrückliche Anordnung des Hofmeisters benutzt werden.

Kallberge-Rüdersdorf.

Berggrutsch. Das in hiesiger Gegend seitene Schauspiel eines Berggrutes wurde vor einigen Tagen den Bewohnern von Kallberge-Rüdersdorf zuteil. Oberhalb des Tiefhauens Redentunnel war das Gebirge bereits am Sonnabend voriger Woche ins Aussehen gekommen, so daß die Umgebung geräumt werden mußte. Nachdem das Gebirge scheinbar zum Stillstand gelangt, wurde es durch den Regen in den letzten Tagen wieder in Bewegung gesetzt und der ganze Abhang bis in die Nähe des Feuerzimmers stürzte hinunter. Da der abgestürzte Teil fast ausschließlich aus Kalkstein besteht, so bedeutet dieser Berggrutsch für die Bergbauinspektion eine erhebliche Ersparnis an Kosten und Arbeit.

Friedrichsfelde.

In der Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins am 30. Januar im Lokale von Wandorf, Berlinertor, erstattete Gen. Pinfeler den Bericht über die Gemeindevertretung. Mit Genehmigung konstatiert er, daß die Mitarbeit unserer Genossen in derselben trotz der Voreingenommenheit der bürgerlichen Mehrheit nicht ohne guten Einfluß geblieben sei. Manche ihrer Kritiken hätten die Aufmerksamkeit auf früher nicht bemerkte Schäden gelenkt, manche ihrer Anregungen habe auch zu entsprechenden Maßnahmen geführt, wenn auch nicht immer sofort, sondern erst nachträglich. So haben unsere Genossen es erreicht, daß die Kommissionen für die einzelnen Referats ordnungsgemäß gewählt wurden. Die Vermehrung des eigenen Grundbesitzes der Gemeinde sei ihrem Eingreifen zu danken, ebenso die Einstellung eines Fürsorgefonds für Augenkranken und die Anerkennung des Weinaps, bei Vergebung von Gemeindegeländen den dabei beschäftigten Arbeitern die zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverein vereinbarten Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Im Armenhause wurden gesündere Verhältnisse herbeigeführt. Gelingen gelang es nicht, einen genügenden Einfluß der Gemeindevertretung auf die Vergebung öffentlicher Arbeiten selbst durchzusetzen. Auch bei der letzten unserer Genossen angeregten Kleinfahrerabgabe offenbarte sich der Mangel der bürgerlichen Mehrheit, die über den sozialdemokratischen Antrag zur Tagesordnung überging. Scharf gezielte der Reber das System der nichtöffentlichen Verhandlungen. Es gäbe noch zahlreiche Mängel zu beseitigen, aber um wirksam durchzugreifen, reiche der Einfluß der zwei Genossen gegen 23 bürgerliche Vertreter nicht aus. Es müssen mehr sozialdemokratische Vertreter gewählt werden und sei deshalb bei der bevorstehenden Erziehung im März mit vollen Kräften in die Wahlkämpfe einzutreten. Sodann wurde das Wahlkomitee aus den Genossen Pinfeler, Eick, Stähler, Gronwald und Sawdächlich zusammengesetzt und zu Delegierten für die Generalversammlung von Groß-Berlin Gronwald, Eick, Reber und Sawdächlich, als Ersatzmann Umbreit gewählt. Zum Mediator wurde Wocher bestimmt. Am Schluß wurde den Genossen eine lebhaftige Agitation für den Austritt aus der Landesliste als Antwort auf die preussische Schulvorlage empfohlen.

Zehlendorf.

Am Dienstag, den 30. v. Mts., fand im Lokal von Benno Rickley eine öffentliche Versammlung statt. Dieselbe war, auch von Frauen, außerordentlich zahlreich besucht. Der Raum erschien viel zu klein, um die Besucher alle aufzunehmen. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen, daß auch von den Frauen in energischer Weise dafür zu sorgen versucht wird, daß uns recht bald wieder ein größerer Saal zur Verfügung steht. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Heinr. Schulz, Bremen, welcher über das äußerst interessante Thema: „Erziehung und Sozialismus“ sprach. Ueber den Vortrag haben wir vor einiger Zeit an anderer Stelle sehr eingehend berichtet, sodas sich eine Wiederholung erübrigt. In der Diskussion wurde allgemein angefordert, als Antwort auf das neueste Schulverfassungsgesetz den Austritt aus der Landesliste zu erklären. Ferner wurde auf die bevorstehenden Gemeindevahlen hingewiesen und die Frauen ersucht, sich an den Arbeiten zu beteiligen. Als Vertrauensperson wurde Frau Oeding, Rindlerstr. 1, gewählt.

Französisch-Buchholz.

Die Große Berliner Straßenbahngesellschaft hatte seinerzeit auch ein Geind der Gemeinde Französisch-Buchholz, nach dort eine Straßenbahnlinie zu führen, abgelehnt, sofern die Gemeinde nicht einen Zuschuß von 100 000 Mark leisten wolle. — Die Straßenbahngesellschaft motivierte ihre ablehnende Haltung besonders damit, daß die Chausseestrad Französisch-Buchholz-Planen keinen beträchtlichen Verkehr aufzuweisen habe und dauernde Zuschüsse erforderlich würde. Die Gemeinde baute daraufhin eine eigene Straßenbahnlinie und zwar gerade auf die angeblich unrentable Strade Französisch-Buchholz-Bahnhof Planenburg bis Pankow-Heinersdorf. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde nun das Ergebnis des ersten Betriebsjahres bekannt gegeben. Danach betragen die Einnahmen von der Straßenbahn für die Gemeinde 17 861,85 M., die Ausgaben nur 14 728,28 M., so daß also noch ein Ueberschuß von 3133,57 M. vorhanden ist. Dabei haben noch beträchtliche Abstrichungen stattgefunden. Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft konnte aber, sofern sie eine Verbindung über Pankow nach Berlin geschaffen hätte, einen beträchtlich höheren Zuschuß erzielen, weil bei einer direkten Verbindung von dem Vororte nach Berlin die Zahl der Fahrgäste größer gewesen wäre, als unter den jetzigen Verhältnissen, wo von Pankow-Heinersdorf

aus die Eisenbahn benutzt werden muß, um nach Berlin zu gelangen.

Groß-Westen.

Eine gut besuchte Volksversammlung tagte am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 2 Uhr, in Nordstr. bei Groß-Westen. Genosse Max Kiesel-Berlin referierte über die Anfänge der russischen Revolution und erzielte für seine gütigen Ausführungen reichlichen Beifall. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute in Nordstr. tagende öffentliche Versammlung für Groß-Westen und Umgebung spricht den russischen Brüdern und Schwestern ihre Sympathie aus in ihrem heldenmütigen Kampf gegen den russischen Absolutismus. Der Kampf, welchen die russischen Revolutionäre führen, ist ein Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit. Die Versammlung verspricht, die russischen Genossen tatkräftig zu unterstützen.“ In der Diskussion führte Genosse Kaiser-Königs-Wallert-Hausen aus, daß es bedauerlich wäre, daß die Genossen der hiesigen Gegend so wenig unsere Parteipresse lesen. In seinem Schlusswort geißelt Genosse Kiesel noch eingehend das preussische Wahlrecht. Der Betrag der Kassenabrechnung wurde den Kassen in russischen Freiheitskampf übergeben. Die Sammlung ergab einen Betrag von 15,50 M.

Teltow.

Vom Rade gestürzt und schwer verunglückt ist gestern der 43-jährige Arbeiter Johann Steinmann. St. fuhr mit seinem Rade die Behndorfer Chaussee entlang. Kam aber infolge des schlechten Zustandes derselben zu Fall, wobei er sich eine Kopfverletzung zuzog und den linken Oberarm und Unterschenkel brach. Er wurde von Arbeitern der Kanalisation zum Arzt und von da nach seiner Wohnung geschafft.

Spandau.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Donnerstag, den 1. Februar, nach Erledigung einiger Sachen und einer dringlichen Vorlage betreffend Wahl einer gemischten Kommission für die Aufhebung der Grundsteuer, in welche auch Genosse Piel gewählt wurde, in der Hauptsache mit Etatsberatungen. Zum Gaststättencat hatte der Stadtv. Dusch den Antrag eingebracht, die Löhne sämtlicher Gaststättensarbeiter um 25 Pf. täglich zu erhöhen. Wie bei allen solchen Anträgen, wo es sich um Erhöhung der Löhne städtischer Arbeiter handelt, ist der Kommunalrat für den Antrag nicht zu haben. Da heißt es nur immer hübsch langsam erwidern und generell vorgehen, damit den Arbeitern gar nicht etwa zu viel gewährt wird. Genosse Piel trat energisch für den Antrag Dusch ein. Nachdem aber der Bürgermeister Wolf erklärte, daß man ja den Lohn der Gaststättensarbeiter erst erhöht habe, und zwar den der Feuerarbeiter von 4,80 M. steigend von drei zu drei Jahren um je 20 Pf. bis zum Höchstlohn von 5,20 M. und den der Hofarbeiter von 3,50 M. steigend von drei zu drei Jahren auch um je 20 Pf. bis zum Höchstlohn von 4,20 M., da konnte sich der Stadtv. Dusch nicht mehr halten, er fiel wieder mal um, indem er seinen Antrag zurückzog und noch dazu den Bürgermeister seinen Dank für die Erhöhung aussprach. Einfach während der Etat der Elektrizitätsanstalt stellt sich in Einnahme und Ausgabe auf 183 550 M. Als hierbei ein Eigentümer und Stadtverordneter über die zu hohen Lichtpreise beklagte, wies Genosse Piel sehr treffend darauf hin, daß man sich leider auf 15 Jahre an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft gebunden, statt ein eigenes Werk zu bauen, und so lange dieser Vertrag gehe, werden auch wohl die Apothekerpfeife behalten werden.

Der Schulleiter, welcher einen städtischen Zuschuß von 402 692 Mark erfordert, balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 757 175,69 Mark. Der Zuschuß aus der Staatskasse ist um 20 042,80 M. höher als im Vorjahre. Die neue Realschule, welche mit dem 1. April er. ins Leben tritt, erfordert bei einer angenommenen Schülerzahl von 320 einen Zuschuß aus der Staatskasse von 20 349 Mark, pro Schüler also 63,50 M. Die höhere Mädchenschule erfordert einen Zuschuß von 14 007,87 M. Da hier die Schülerzahl nicht angegeben war, so forderte der Genosse Piel Auskunft darüber, um festzustellen, daß für jeden Schüler resp. Schülerin der gehobenen Schule ein größerer Zuschuß gezahlt werden müsse als für einen Gemeindefürer. Aber die Zahlen doch auch mehr Steuern, replizierte hierauf der Stadverordnetenvorsteher Schröder und der Bürgermeister Wolf, ohne auf das Verlangen Piels weiter einzugehen. Erst als der konservative Stadtverordnete Baumhoffer wieder damit hervortrat, daß man ja eine derartige Zusammenstellung schon in der Etatskommission erbeten, bequante sich der Bürgermeister Wolf zu dem Zugeständnis, wenn man nach diesen Zahlen rechnet, dann komme allerdings auf jeden Schüler der gehobenen Schule ein Zuschuß aus der Staatskasse von durchschnittlich 83 M. und für einen Gemeindefürer ein solcher von 38 M. So dürfe man aber nicht rechnen, man müsse bedenken, daß die Eltern der Schüler der gehobenen Schulen doch auch mehr Steuern zahlen, folglich müssen für ihre Kinder auch mehr Zuschüsse gezahlt werden. Das ist doch eine sonderbare Logik. Wir sind immer der Ansicht, daß dem Steuerzahler mehr geholfen werden müsse. Als nun gar Genosse Piel behauptete, daß die Einkommen bis zu 3000 M. mehr Steuern ausprägen als die Einkommen über 3000 M., machte ihn der Oberbürgermeister folgendes Rechenexempel auf: Nach einer Statistik aus dem Jahre 1900, die ihm gerade vorliege, brachten 2607 Steuerzahler, die den Satz von 2,40 M. zahlten, also ein Einkommen von je unter 600 M. hatten, 6658 M. Steuern auf, während 35 Steuerzahler, die den Satz von 600 M. zahlten, also ein Einkommen von je 19 500 bis 20 500 M. hatten, dieselben Steuern aufbrachten, und daraus wird gefolgert, daß für die 35 Kapital- und steuerkräftigeren Leute mehr Zuschuß geleistet werden müsse wie für jene armen 2607, die den 35 möglicherweise ihr Kapital erst erworben haben. Da sieht man wieder einmal, was für sonderbare Mitten die kapitalistische Wirtschaftsordnung treibt. Genosse Piel stellte dann einige Forderungen aus dem kommunalen Programm der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, wie Einheitssteuern, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Umänderung des Lehrplans, bessere hygienische Einrichtungen, wie Brausebäder usw., bessere Bezahlung für Lehrkräfte. Er trat auch dafür ein, daß man das Gehalt der Lehrerinnen erhöhen möge. Natürlich fand er dafür kein Verständnis bei den bürgerlichen Stadtverordneten. Man versuchte ihn sogar lächerlich zu machen. Der konservative Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Wulde stellte u. a. sogar die Behauptung auf, es sei ausgeschlossen, daß ein Lehrer sich zur sozialdemokratischen Partei bekenne. Auch der Verleger des konservativen amtlichen Organes, der Reichsverbandler und Antisemit Schob, versuchte sein Späßchen. Nun, er ist nicht ernst zu nehmen. Er tut im Interesse seines Abonnementwindmühl leidenden Neptils. Höchst ergötzlich ist auch, daß man die 3000 M., welche die Versammlung für Anstellung von Schulärzten eingestellt hatte, wieder gestrichen hat, weil — man höre und staune — weil der Vertrag mit den Ärzten nicht zustande gekommen ist. Welch ein soziales Verständnis hier vorherrscht, dokumentiert sich aus dieser Tatsache. Sämtliche drei Etats wurden schließlich genehmigt. Die übrigen Punkte fallen wohl weniger für die Öffentlichkeit ins Gewicht.

Der Kassierer des Gewerkschaftsvereins, Genosse Reichard, befindet sich kurzzeitig im Krankenhaus zu Potsdam. Gelber, welche für das Startell bestimmt sind, wolle man bis auf weiteres an den Obmann Genossen Sage, Albinstr. 5, abliefern.

Berliner Nachrichten.

Der Magistrat genehmigte am Freitag den Antrag des Kuratoriums des jüdischen Schlacht- und Viehhofes, auf Errichtung einer Warte für die zahlreichen Personen, die oft stundenlang auf die Entfernung der Fleisch und den Verkauf des Fleischverkaufs warten. Ferner stimmte der Magistrat den Anträgen der Deputation der

städtischen Kanalisations- und Rieselwerke wegen verschiedener Umbauten auf den Rieselplätzen zu.

Neue Verkehrspläne. Der „Südwest-Zentral-Bahn-hof“, der an Stelle des Potsdamer und Anhalter Bahnhofes auf dem Bahngelände jenseits des Landwehrkanals, etwa zwischen Egelinger- und Kurfürstentrasse, geschaffen werden soll, beschäftigte gestern Abend den aus Delegierten der Grundbesitzer- und Bezirksvereine des Südwestens und Südens der Stadt bestehenden „Vereinigten Verkehrsausschuss“. Der Vorsitzende, Gymnasialdirektor Prof. Dr. Stayer, brachte eine Petition zur Verlesung, in welcher der Eisenbahnminister v. Budge gebeten wird, den Plan prüfen zu lassen und eine Abordnung von Bürgern der beteiligten Stadtbezirke zum Vortrage darüber empfangen zu wollen. Diese Petition ist bereits von zehn Stadtverordneten des Südwest-Bezirks unterzeichnet worden. Die Mitteilung, daß die Staatsbahn-Verwaltung bereits in eine Prüfung des Projekts eingetreten sei, wurde zwar für irrig erklärt, auch auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, welche sich der Hinausverlegung der beiden Bahnhöfe entgegenstellten. Vor allem wurde eine Tunnelverbindung von dem geplanten Zentralbahnhof über den Potsdamerplatz nach dem Leichter Stadtbahnhof den großartigen Plan der Staatsbahn-Verwaltung, den Potsdamer mit dem Stettiner Bahnhof durch einen Tunnel zu verbinden, durch Kreuzen, denn auch diese für den Fernverkehr unerlässliche Verbindung soll unter dem Potsdamerplatz verlegt werden. Wenn nun auch der viergleisige Tunnel der Großen Berliner Straßenbahn hier (wie weiterhin an dem Brandenburger Tor) so tief gelegt werden wird, daß jener Staatsbahn-Tunnel noch ausführbar ist, so würde ein dritter Bahntunnel, der für den Verkehr zwischen dem Zentralbahnhof und der Stadtbahn (Leichter Bahnhof) allerdings notwendig erscheinen mag, die ungleich wichtigere Fern-Verbindung unmöglich machen. Darin würde das Projekt des „Zentral-Bahnhofs“ auch mit dem von der Stadt im Einvernehmen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten aufgestellten, generellen Plan kollidieren, der, neben einer Nord-Süd-, Ost-West- und inneren Ring- (Ergänzungs-) Linie als in absehbarer Zeit auszuführende Untergrundbahn, auch den zweigleisigen Eisenbahntunnel zwischen Potsdamer (Wannsee-) und Stettiner Bahnhof festgelegt hat. Der Verkehrsausschuss beschloß trotzdem, nochmals für das vor Jahresfrist schon einmal abgelehnte Projekt einzutreten; die Petition wurde mit großer Mehrheit genehmigt, auch wurden vier Delegierte gewählt, welche in der erbetenen Audienz dem Minister von Budge die Wünsche der Bewohner des Südwestens vorzutragen haben würden. Zur Führung der Abordnung hat sich der Stadtverordnete Kreitzing bereit erklärt, der sich für das Bahnhofsprojekt von jeher lebhaft interessiert. Bei den Anwohnern des Potsdamer- und Anhalter Bahnhofs dürfte der Plan der Hinausverlegung der Bahnhöfe wohl auf einigen Widerstand stoßen.

Reinigungswäschereien. Die Bestimmungen der Polizeiverordnung, betreffend Sicherheitsvorschriften für Reinigungswäschereien, vom 28. März 1905, treten am 1. April dieses Jahres auch für solche Anlagen in Kraft, die bei Erlass der Verordnung bereits bestanden haben. Sie gelten nicht nur für Betriebe mit fremden Arbeitern, sondern für alle Reinigungsanstalten, zum Beispiel alle Handbühnenwäschereien, heimliche Waschanstalten und dergleichen, in welchen Seifen oder ähnliche Leinwandentwässerungsmittel verwendet werden, und für solche Betriebe, in welchen diese Reinigungsmittel zur erneuten Verwendung gereinigt werden.

Den Mitgliedern der Zentral-Konferenzen- und Sterbekasse der Tischler (Berlin G) diene zur Nachricht, daß die für Dienstag angelegte Versammlung der Parteiverfassungen wegen schon am Montag in demselben Lokal stattfindet.

Ein entsetzliches Familiendrama

ereignete sich gestern nachmittag in der Weisstraße 66. Dort wohnte seit vorgestern der Portier Straube mit seiner 40-jährigen Ehefrau Franziska im Dürckebäude 1 Treppen. Das Ehepaar ist aus Schlesien zugezogen, der Mann besand sich bis vor einem Jahre in einer Irrenanstalt in Grünberg i. Schl. Gestern nachmittag schreit der Herrmann bei ihm wieder ausgebrochen zu sein. Die Frau wurde auf der Treppe sitzend, aus mehreren Stößen stark blutend, von einem Schwamm aufgefunden und nach der Unfallstation gebracht. Sie hatte eine 10 Zentimeter lange Wunde auf der linken Schenkelhälfte, eine Quetschwunde auf dem Hinterkopf und eine ziemlich stark blutende Wunde am linken Ohr. Nachdem ihr die Wunde verbunden war, wurde die Frau in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. Der Mann wurde von der Polizei verhaftet.

Eine unangenehme Ueberraschung wurde gestern der Tochter des Eigentümers Krüger, Kirchhofstr. 26 zuteil, als sie bei einem der Hausbewohner, dem pensionierten Postkassierer Julius Voer die Miete einzulösen wollte. Sie fand den 2. in der Küche an einer Wollschur erhängt vor. Was den Lebensmüden, der bereits im 62. Lebensjahre stand, in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Zwei schwere Ueberraschungen sind in der vergangenen Nacht auf dem Gesundbrunnen verübt worden. In der zwölften Stunde passierte der 28-jährige Bauarbeiter Karl Jechrig, Hochstr. 33 wohnhaft, die Weisstraße und wollte in Begleitung seiner Wittiv heimkehren. Unterwegs stießen die beiden auf mehrere Rowdys, in deren Begleitung sich ein junges Mädchen befand, welches 3. kannte. Mithin erkundete der Auf „Wohler heraus!“ und im nächsten Augenblick führten sich die Vurschen über 3. her und stießen auf ihn ein. Blutüberströmt brach der Bittgehende zusammen. Auf die Hilfe der Wittiv des 3. eilten Passanten und jetzt ergriffen die Messerführer die Flucht. In benutzlosem Zustande brachte man 3. nach der Unfallstation in der Badstraße, wo bei ihm in der Brust, am Hals und am Rücken nicht weniger als neun Messerstiche festgesteckt wurden. Die Täter sind bereits ermittelt und verhaftet worden.

Ein schwerer Raubanfall scheint einem Ueberfall zugrunde zu liegen, welcher fast um dieselbe Zeit in der Wollanstrasse ausgeführt wurde. Der 43 Jahre alte Rauber Hermann Venz, Gortischstr. 1 wohnhaft, wurde beim Passieren der Wollanstrasse plötzlich von einigen jungen Vurschen überfallen und so schwer verletzt, daß er die Unfallstation VII aufsuchen mußte. 2 gibt an, daß ihm die Täter beim Ueberfall gewaltsam ihr und Portemonnaie entziffen hätten. Auch die Urheber dieses Ueberfalls sind bereits ermittelt worden.

Die Drahtdiebe und das „Blau Kreuz“. Die Diebesbande, welche in letzter Zeit im Osten fortwährend Zeitungsdrahte zerstörte und stahl, ist jetzt hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Die Bande bestand aus vier Mitgliedern und zwar aus den „Gelegenheitsarbeitern“ Emil Fiedler, Fritz Steinborn, Hermann Unger und Karl Jochler. Am recht sicher zu gehen, hatte die Diebesgesellschaft das „Blau Kreuz“ in der Fietzenstraße zu Rixdorf als Stammslokal gewählt. Die Vurschen verdienten ihren Lebensunterhalt lediglich durch den Diebstahl von Fernspreckdrähten sowie durch Diebstahl und Messingdiebstahl in Neubauten. Die Gossverwaltung, welche wiederholt Verordnungen auf die Ergreifung von Drahtdieben gesetzt hat, dürfte durch die Festnahme der Täter vor weiterem großen Schaden bewahrt werden.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich gestern nachmittag in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte an der Anhalter Bahn zgetragen. Der 28-jährige Kontor Alfred Ludwig, der bei der Firma Degenhardt (G. m. b. H.), Waldstr. 33, angestellt ist, hatte auf der Eisenbahnwerkstätte eine Oberleitungsanlage anbringen wollen. Er stürzte dabei von beträchtlicher Höhe ab und zog sich so schwere innere Verletzungen zu, daß er in einem Krankenwagen in das Krankenhaus Moabit gebracht werden mußte.

Das Hochwasser der Spree hält in diesem Jahre ungewöhnlich lange seinen Hochstand und beweist, daß die kürzlich im Landtage bei der Hochwasserdebatte vorgebrachten Beschwerden der Anlieger der Obersee über die Schädigungen durch die Spree-überflutungen vollständig berechtigt waren. Seit vier Wochen bereits zeigt die Spree anhaltend, bald steigend, bald fallend, Hochwasser, welches gegenwärtig so bedeutend ist, wie es schon seit längerer Zeit nicht war. Das Hochwasser macht sich besonders in den oberen Gegenden des Flußlaufes durch bedeutende Veränderungen bemerkbar, die nicht nur Schlammablagerungen auf den Felsten zur Folge haben, sondern auch die Fahrtrinne der Spree verflachen und alljährlich enorme Kosten durch Baggararbeiten verursachen. Diese Veränderungen sind an der Einmündung der Spree in die Havel sowie oberhalb der letzteren so bedeutend, daß durch die alljährlich herausgebagerten Sandmassen in jener Gegend große Auffüllungen vorgenommen werden konnten. Da bei dem anhaltenden Hochwasser auch jetzt wieder Verschlämmungen zu besorgen sind, erscheinen die Enttauschungen für die an der Spree belegenen Wiesen- und Felder für dieses Jahr sehr ungünstig, so daß die Anlieger wieder erheblichen Schaden erleiden würden.

Volks-Kabarett. Kürzlich gaben wir einer Besprechung Raum, die sich mit einem in Lichtenberg von Frau Wollotte veranstalteten Volks-Kabarett-Abend beschäftigte und zu einem bedingungslos günstigen Resultate gelangte. Diese Besprechung hat uns eine Zuschrift von einem Parteigenossen eingebracht, die ein gegenteiliges Urteil enthält und von der wir glauben, sie ebenfalls hier wiedergeben zu sollen. Die Zuschrift lautet:

„Die Nr. 23 des „Vorwärts“ enthält aus Lichtenberg eine äußerst günstige Rezension eines sogenannten „Volks-Kabarett“ unter Leitung von Frau Wollotte. Diese Kritik möchte ich nicht unbedingten lassen, da die ganze Veranstaltung auf mich einen entgegengesetzten, geradezu deprimierenden Eindruck gemacht hat. Auch nicht den geringsten ästhetischen Genuß konnte man mit nach Hause nehmen. Wenn man von den schwachen Versuchen zu gesellschaftlicher Kritik aus „Wills Werdegang“ absteht, so enthält die Veranstaltung auch nicht irgend welche Anlässe zur gesellschaftlichen oder politischen Satire. Und trotzdem bilden diese Veranstaltungen als Ganzes die beste Kritik der bürgerlichen Kultur. Ist doch alles, was da geboten wird, das Verlesungsprodukt einer Kultur, der gerade durch diese künstliche Defizienz der hippokratische Zug im Gesicht anmerken ist. Dem künstlerischen Bedürfnis des Proletariats nach ästhetischem Genuß, Schönheit, Vegetierung und Erhebung über seine Wätere, wird eine derartige „Kunst“, die keine großen Ziele kennt, nicht gerecht. Die naturalistische Richtung der Ober Jahre, die das „Proletariat“ nur in der Schnapsweide und im Vorder aufsucht, feiert ihre fröhliche Aufrechterhaltung in dieser „Kunst“, deren höchster Ehrgeiz es zu sein scheint, die Wirkungen des Alkohols recht „realistisch“ auf der Bühne zur Anschauung zu bringen. Man frage sich nur, wo die Kunst bleibt, wenn in den erhabenen Pantomimen 30. sage und schreibe dreißig Redensarten und Joten „hineingebietet“ werden, wie: „Reinlich hast Du ne Beste an!“ „Du hast ja'n Pidel af de Nase!“ „Ein guter Hahn wird selten fett!“ usw. wie es ein Herr Damberger als Siegreichster fertig brachte. Ist denn der Herr, der wohl mehr pornographischer als satirischer Schriftsteller ist, zwar nicht als Mitarbeiter des „Simplissimus“, wohl aber als eifriger Mitarbeiter von „Satir“, „Selt“, „Kleines Spielblatt“ und ähnlichen Gesittungsprodukten. Wenn wir auch keine Anlässe haben, nach dem Volkstempel gegen derartige „Kunst“ zu schreiben, so noch viel weniger, sie zu unterstützen. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Verlesungen, derartige Kunstprodukte bei der Massenbewußten Arbeiterklasse einführen zu wollen, scheitern werden an dem guten Beschma der Berliner Friedrichstraße, für die es geschaffen ist. Wollen die Arbeiter derartige Kunstgenüsse, so finden sie diese in jedem Einzel-Lokal. Da ist mir denn doch das kleinste Parteiblatt schlechterer Lesart lieber als eine derartige „Gesellschaftskritik“. Mögen diese Produkte als Aufstufungs-erscheinungen einer untergehenden Kultur ihre Berechtigung und natürliche Erklärung finden, mit einer unwürdigen Kulturbewegung, wie sie der Sozialismus darstellt, sind sie unvereinbar.“

Das königliche Institut für Meerestunde, Georgenstraße 34/36, veranstaltet in der kommenden Woche abends 8 Uhr folgende öffentliche, Herren und Damen zugängliche Vorträge: Donnerstag, den 8. d. M., spricht Herr Prof. Voelglow-Berlin über „Echlon und die Perlenfischerei“, mit Lichtbildern; Samstag, den 10. d. M., Herr Prof. Tichy-Danzig über „Echlon und die Perlenfischerei“, mit Lichtbildern. Einladungen sind zum Preise von 25 Pf. pro Abend von 12 bis 2 Uhr mittags und an den Vortragsabenden selbst von 6 Uhr ab im Institut erhältlich; außerdem in der Zeit von 9 bis 4 Uhr im Deutschen Notendruck, Bernburgerstraße 35, I. Zum Vortrage des Herrn Prof. Voelglow sind die Einladungen bereits vergriffen.

Das Apollo-Theater

bietet für den Monat Februar ein vollständig neues und abwechslungsreiches Programm. Die Operette „Prinzessin Rosine“ hat der Offenbachjude „Die Insel Tulipatan“ weichen müssen, durch die das Publikum in recht animierte Stimmung versetzt wird. Als hervorragende Akrobaten produzieren sich Gebrüder Balzer, die durch ihre Tricks mit dem Trampolin alle Aufmerksamkeit finden. The four Darktown ist ein Programm mit beilegt, der sich als ein Reperquartett darstellt. Mit ihren wohlgeschulten Stimmen erzielten sie stürmische Hervorrufe. Noch eine andere Leistung verdient hervorgehoben zu werden, das sind die an einem dreifachen Red arbeitenden Sapho. Robert Steidl ist der alte geblieben und seine neuen Schöner schließen sich seinen bewährten Erfolgen an. Diermal ist das moderne Kabarett das Ziel seiner Spottlust. Ob die Direktion mit der Wahl des Pariser Nachtbildes: „Im Griffen-Kabarett“ gerade einen glücklichen Griff getan hat, möchten wir billig bezweifeln, in den Rahmen und Charakter des Abends paßt es nicht gut hinein.

Vermischtes.

Das größte Trockendock der Welt wird in Manila auf den Philippinen erwartet. Es ist in Amerika gebaut, ein riesiger stählerner Kasten, den man mit einem wasserdicht abgeschlossenen Dach versehen hat und der im Schlepplau mehrerer Dampfer von Norfolk in Virginia nach Manila gebracht wird. Das ist eine Reise von 17 000 englischen Meilen, die wenigstens 3 Monate dauern wird, aber schon im Dezember v. J. begonnen worden ist. Die Amerikaner haben diesem Dock den Namen ihres Admirals Dewey gegeben.

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz
(Wögl. des Arbeiter-Turnerbundes).
Am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags pünktlich 4 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/52:
Jahres-Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Jahresbericht. 3. Rechnung. 4. Festsetzung des Budgets für das laufende Geschäftsjahr. 5. Wahl der Delegierten zum Kreisrat. 6. Anträge. 7. Verschiedenes.
*) Hierzu Antrag der Fortturnerschaft: Der turn. Rückgang d. U. Abt. um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bitten.
Der Vorstand.

Möbel
Polsterwaren
Sofas, Matratzen, Garnituren, Bettstellen. 312V*
Otto Dorbusch, Tapezier- und Dekorateur.
47 Bergstraße 47.
Polsterwaren u. aus eigener Werkstatt
August Lucas, Rixdorf, Bergstr. 63.
Wollwaren, Strümpfe, Trikotagen
Eprell-Geschäft. Begr. 1872.